

STUDIE

CO₂-Preise: eine Idee, deren Zeit gekommen ist

Bestehende Instrumente und aktuelle Debatten in Europa und den G

Linus Herzig Oldag Caspar

Impressum

A §/y/

Linus Herzig Oldag Caspar

i ywt. 6 /

Anika Busch

Ry t 1yuy

Germanwatch e V

B ro Bonn

Dr Werner Schuster Haus

Kaiserstr

D Bonn

Telefon

Fax

B ro Berlin

Stresemannstr

D Berlin

Telefon

Fax

Internet www.germanwatch.org

E Mail info@germanwatch.org

Juli

Bestellnr

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter

1y - t/ t v3 1 wy

Zusammenfassung

In Deutschland erreicht die Diskussion um die Stärkung der CO₂-Bepreisung derzeit ihren ersten Höhepunkt. Ein wichtiger Grund hierfür ist die Klimaschutzlücke, in die sich Deutschland durch ausbleibendes Handeln über viele Jahre manövriert hat. Deutschland droht, seine nationalen, europäischen und internationalen Klimaschutzzusagen massiv zu verfehlen. Als Konsequenz drohen u.a. Strafzahlungen für den Bundeshaushalt in Höhe von bis zu Milliarden Euro bis 2030. Eine Vielzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Unternehmen, Kirchen, Sozial- und Umweltverbände, Gewerkschaften und Bundesbehörden spricht sich darum für die Einführung ambitionierter und sozial gerechter CO₂-Preise aus.

Kritische Stimmen entgegnen jedoch, Deutschland drohe ein nationaler Alleingang. Gestritten wird zudem darum, ob in den Sektoren Verkehr und Gebäude eine CO₂-Bepreisung über eine Steuer- und Abgabenreform über die Ausweitung des Europäischen Emissionshandels oder sogar die Einrichtung eines zusätzlichen Emissionshandels am sinnvollsten ist.

Damit Deutschland das Potential von CO₂-Preisen möglichst weitgehend ausschöpft, lohnt sich der Blick nach außen. **Die vorliegende Studie liefert zu diesem Zweck einen Überblick darüber, welche Wege bei der CO₂-Bepreisung Deutschlands wichtige Handelspartner in der G20 und in Europa gewählt haben und welche Debatten zur Einführung oder Weiterentwicklung von CO₂-Preisinstrumenten hier aktuell laufen.**

Deutlich wird: Die Bepreisung von Treibhausgasen ist für immer mehr Staaten weltweit ein wichtiges Mittel zur Erfüllung der Klimaziele. CO₂-Preisinstrumente in weltweit 25 Staaten sind nach Weltbank-Berechnung derzeit schon umgesetzt oder warten auf ihre Umsetzung. In der EU bepreisen bereits zwölf Mitgliedsstaaten Treibhausgasemissionen in Sektoren außerhalb und/oder zusätzlich zum Europäischen Emissionshandel (EU EHS). Mit dem Start des Mindestpreises in den Niederlanden werden es ab 2026 dreizehn sein. In der G20 existieren mit dem Start der südafrikanischen CO₂-Steuer am 1. Juni 2017 in dreizehn Staaten regionale oder nationale CO₂-Preise. Während die Preishöhe der verschiedenen Instrumente stark variiert, bepreisen diese bereits rund ein Fünftel aller globalen Treibhausgasemissionen.

Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahren sehr wahrscheinlich weiter an Dynamik gewinnen. Eine Vielzahl von Staaten diskutiert über die Einführung neuer bzw. die Weiterentwicklung bestehender nationaler und regionaler CO₂-Preisinstrumente. In Europa werden entsprechende Debatten u.a. geführt in Belgien, Irland, den Niederlanden, Luxemburg, der Schweiz und Tschechien; in der G20 insbesondere in China, Japan, Kanada, Mexiko und den Vereinigten Staaten.

Im Ergebnis zeigt sich: Ein nationaler Alleingang droht bei Einführung einer zusätzlichen CO₂-Bepreisung nicht. Deutschland wäre Teil einer internationalen Entwicklung, die mittlerweile weite Teile der EU und der G20 umfasst. Deutschland droht jedoch europaweiter Sonderfall zu werden, sollte sich die Bundesregierung in den Sektoren Verkehr und Gebäude für eine CO₂-Bepreisung im Rahmen des vorhandenen oder eines zusätzlichen Emissionshandels entscheiden. Europaweit haben sämtliche Staaten mit einer CO₂-Bepreisung in beiden Sektoren eine Steuerlösung gewählt. Auch in der G20 hat sich der Großteil der Staaten für diesen Weg entschieden. Viele EU- und G20-Staaten haben zudem verstanden, dass die sozialverträgliche Ausgestaltung eines CO₂-Preises wichtig für ihren Erfolg ist.

Ein ambitioniertes Engagement Deutschlands beim CO₂-Preis würde darüber hinaus mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit zu einer weiteren Stärkung der weltweiten Entwicklung von CO₂-Preisen führen. Doch auch ohne glaubwürdige Fortschritte in Deutschland sind CO₂-Preise eine Idee, deren Zeit gekommen ist.

Inhalt

Ergebnisse des 15. Jahrs Emissionshandel

Zusammenfassung CO Preise

**ehrwertung CO Emissionshandel für die Erzeugung des Stroms in der EU
Marktmechanismen zur Erreichung der Ziele des TFEU**

ehrwertung CO Emissionshandel in der EU

EZV

- 5.1 Der Europäische Emissionshandel Weiterentwicklung notwendig
- 5.2 Belgien
- 5.3 Dänemark
- 5.4 Estland
- 5.5 Finnland
- 5.6 Frankreich
- 5.7 Großbritannien
- 5.8 Irland
- 5.9 Italien
- 5.10 Lettland
- 5.11 Luxemburg
- 5.12 Niederlande
- 5.13 Norwegen
- 5.14 Österreich
- 5.15 Polen
- 5.16 Portugal
- 5.17 Schweden
- 5.18 Schweiz
- 5.19 Slowenien
- 5.20 Spanien
- 5.21 Tschechien

G

- 6.1 Argentinien
- 6.2 Australien
- 6.3 Brasilien
- 6.4 China
- 6.5 Japan

6.6 Kanada

6.7 Mexiko

6.8 S dafrika

6.9 S dkorea

6.10 T rkei

6.11 Vereinigte Staaten

Shihvs Bhs

1 Einleitung und zentrale Ergebnisse

In Deutschland erreicht die Diskussion um die Stärkung der CO₂-Bepreisung derzeit ihren ersten Höhepunkt. Für die große Mehrheit der Akteure scheint inzwischen klar: Es bedarf dringend zusätzlicher Instrumente, um die Klimaschutzlücke zu schließen, in die sich Deutschland durch ausbleibendes Handeln über viele Jahre manövriert hat. Ungefähr 60 Prozent betragt die Klimaschutzlücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit derzeit – 60 Prozent, das ist der Unterschied zwischen dem vorgenommenen nationalen Emissionsreduktionsziel für 2030 von 40 Prozent unter dem Pariser Niveau und der erwarteten Realität einer Reduktion von rund 20 Prozent bis zum nächsten Jahr.

Dabei wird die Klimaschutzlücke bis 2030 weiter zunehmen. Sollte die Bundesregierung nicht schnell gegensteuern, besonders groß droht die Lücke in den nicht vom Emissionshandel abgedeckten Bereichen Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, nicht-energieintensive Wirtschaft zu werden. Die Denkfabrik Agora Energiewende hat errechnet, dass Deutschland bei einem Weiterstoß bis zu den Emissionserlaubnissen anderer EU-Staaten in einer Höhe von bis zu 100 Milliarden Euro aufkaufen müsste. Daneben besteht auch in den Sektoren, die vom Europäischen Emissionshandelssystem (EU EHS) erfasst werden – Strom, energieintensive Industrie, innereuropäischer Luftverkehr – Handlungsbedarf. Das Umweltbundesamt schlägt darum eine deutliche Weiterentwicklung des EU EHS vor, damit der Emissionshandel einen ausreichenden Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Dekarbonisierung leisten kann.

Seit 2019 als das drohende Scheitern des Pariser Klimaziels offensichtlich wurde, fordern Ökonomen und Klimawissenschaftler, Bundesbehörden, Unternehmen, Kirchen, Umweltverbände und schließlich auch Sozialverbände und Gewerkschaften verstärkt einen wirksamen und sozialverträglichen CO₂-Preis in Ergänzung zur aktuellen Ausgestaltung des EU EHS. Zwar ist völlig klar, dass ein stärkerer CO₂-Preis nur eine von mehreren zusätzlich notwendigen Maßnahmen sein kann, wenn Deutschland auf Zielkurs kommen und wieder glaubwürdiger Klimaschutzpartner der anderen ambitionierten Staaten werden möchte. Jedoch hat eine den Emissionshandel ergänzende CO₂-Bepreisung bei entsprechender Ausgestaltung das Potential, als Teil eines Instrumentenmixes eine der wirksamsten zusätzlichen Maßnahmen in Deutschland zu werden. Für sehr viele Expertinnen und Experten ist darum inzwischen klar: Ohne ein die anderen Klimaschutzmaßnahmen unterstützendes ambitioniertes CO₂-Preis-Instrumentarium dürfte eine mit den Pariser Klimazielen übereinstimmende Geschwindigkeit beim Klimaschutz in Deutschland nicht oder nur mit zusätzlichen Kosten erreichbar sein.

Damit Deutschland das Potential der CO₂-Bepreisung hinsichtlich Sektorenabdeckung und Preisniveau möglichst weitgehend ausschöpft, lohnt sich der Blick nach außen zu den Partnern in der Europäischen Union und den G27-Ländern. Die weltweite Gesamtzahl bestehender CO₂-Preisinstrumente hat über die letzten Jahre deutlich zugenommen. Weltweit sind aktuell regionale, nationale oder internationale CO₂-Preisinstrumente in 60 Ländern umgesetzt bzw. warten auf ihre Umsetzung. Die Initiativen bepreisen mit Stand Ende 2023 rund 15 Prozent der globalen

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit | Klimaschutzbericht
Europarechtlich ist Deutschland durch die EU Effort Sharing Entscheidung und die EU Climate Action Verordnung verpflichtet, die Emissionen in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels bis 2030 um 30 Prozent und bis 2035 um 40 Prozent unter das Niveau von 2021 zu senken. Gerade in diesen Sektoren fallen die Emissionsentwicklungen jedoch besonders ernüchternd aus. Aus Agora Energiewende, Agora Verkehrswende. Die Kosten von unterlassenen Klimaschutz für den Bundeshaushalt. Die Klimaschutzverpflichtungen Deutschlands bei Verkehr, Gebäuden und Landwirtschaft nach der EU Effort Sharing Entscheidung und der EU Climate Action Verordnung.

Treibhausgasemissionen Gt CO₂e Diese Entwicklung dürfte auch über die kommenden Jahre anhalten So diskutieren in einer Reihe weiterer Staaten Gesellschaft und Politik analog zu Deutschland über die Einführung eines CO₂ Preises In einigen der Länder mit bereits etablierten CO₂ Preissystemen laufen zudem Prozesse zur und Diskussionen über die Weiterentwicklung ihrer CO₂ Bepreisung Es existiert damit eine erhebliche Breite an weltweiten Erfahrungen zur technischen Umsetzung und politischen Machbarkeit

Dr. Ina Tetzgraber bietet zur besseren Nutzbarmachung der weltweiten Erfahrungen einen Überblick über die schon eingeführten CO₂ Preis Instrumente sowie die laufenden Debatten zur Einführung oder Weiterentwicklung von CO₂ Preissystemen in Europa und anderen Teilen der Welt Wir haben uns dabei auf die Mitgliedsstaaten der EU plus Norwegen und Schweiz sowie die G 20 beschränkt aber auch Entwicklungen auf regionaler Ebene in diesen Ländern betrachtet Die Auswahl erfolgte vor dem Hintergrund der in vielen Fällen weitgehenden ökonomischen Vergleichbarkeit mit und Bedeutung dieser Staatengruppe für Deutschland Auch soll die Auswahl die Erörterung von Optionen einer koordinierten CO₂ Bepreisung mit Nachbarländern unterstreichen Vor diesem Hintergrund geht diese Studie zudem der Frage nach inwiefern die Einführung eines ambitionierten zusätzlichen CO₂ Preises in Deutschland ein nationaler Alleingang wäre oder ob sich das Land einer laufenden internationalen Entwicklung anschließen würde

Die Studie stellt die regulatorischen Rahmenbedingungen der existierenden CO₂ Preisinstrumente in den ausgewählten Staaten vor und gibt einen Überblick über etwaige laufende politische Debatten im jeweiligen Land zum Thema CO₂ Preis

Executive Summary

Überwiegend neben dem Europäischen Emissionshandel sondern würde sich lediglich einer insbesondere europaweiten mehr und mehr aber auch weltweiten Entwicklung anschließen So haben mittlerweile zwölf EU Staaten neben dem Emissionshandel nationale CO₂ Preisinstrumente umgesetzt Mit dem Start des CO₂ Mindestpreises in den Niederlanden werden es ab Ende 2017 dreizehn sein In der G 20 existieren mit dem Start der südafrikanischen CO₂ Steuer am Juni 2017 jetzt in dreizehn Staaten regionale oder nationale CO₂ Preisinstrumente inkl EU EHS

Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich weiter an Dynamik gewinnen denn **neben dem Europäischen Emissionshandel sondern würde sich lediglich einer insbesondere europaweiten mehr und mehr aber auch weltweiten Entwicklung anschließen So haben mittlerweile zwölf EU Staaten neben dem Emissionshandel nationale CO₂ Preisinstrumente umgesetzt Mit dem Start des CO₂ Mindestpreises in den Niederlanden werden es ab Ende 2017 dreizehn sein In der G 20 existieren mit dem Start der südafrikanischen CO₂ Steuer am Juni 2017 jetzt in dreizehn Staaten regionale oder nationale CO₂ Preisinstrumente inkl EU EHS** In Europa werden entsprechende Debatten u.a. geführt Belgien Irland den Niederlanden Luxemburg der Schweiz und Tschechien In der G 20 gibt es entsprechende Debatten insbesondere in China Japan Kanada Mexiko und den Vereinigten Staaten

Aus Gründen der Einfachheit wird nur von einer CO₂ Bepreisung und nicht von CO₂ Öquivalent Bepreisung gesprochen Gemeint ist jedoch in solchen Fällen in denen auch andere Treibhausgase bepreist werden sollen eine CO₂ Öquivalent Bepreisung Bei der Angabe von CO₂ Preisen verwenden wir analog zur Weltbank das e K rzel für CO₂ äquivalente Tonnenpreise auch dann wenn es sich tatsächlich nur um die Bepreisung von CO₂ handelt Als Datengrundlage dienen insbesondere das Carbon Pricing Dashboard der Weltbank sowie die Internetseite der International Carbon Action Partnership (ICAP) Bezüglich der erfassten Energieträger eines CO₂ Preisinstrumentes sei darauf verwiesen dass für die Angabe fossil fuels der Weltbank die Übersetzung alle fossilen Brennstoffe gewählt wurde In Fällen wo das jeweilige CO₂ Preisinstrument nicht in allen Sektoren Anwendung findet sind entsprechend nur die Brennstoffe in den erfassten Sektoren betroffen Dänemark Estland Finnland Frankreich Großbritannien Irland Lettland Polen Portugal Schweden Slowenien und Spanien Alle zwölf EU Mitglieder haben sich bei ihren CO₂ Preisinstrumenten für Steuerlösungen entschieden Argentinien Australien China Deutschland Frankreich Großbritannien Italien Japan Kanada Mexiko Südafrika Südkorea und die Vereinigten Staaten

BhmghwCO Bhuvnmzsk n ghs Thoyt vns Z w h zsg Whvohl wxhyßy grh kvh h Mhl w hrg ghw zsyhwzfl yhs L sghw dzi hräh Tyhzhw tghw Aekdehsp xzsk Deutschland würde zum europaweiten Sonderfall sollte sich die Bundesregierung in den Sektoren Verkehr und Gebäude für eine CO-Bepreisung im Rahmen des vorhandenen oder eines zusätzlichen Emissionshandels entscheiden. Europaweit hat sich kein Staat für eine Emissionshandlung in diesen beiden Sektoren entschieden. Stattdessen haben neun EU-Staaten sowie Norwegen und die Schweiz eine Steuerlösung für Teile der Sektoren Wärme und Verkehr gewählt. Auch in den G hat sich die Mehrheit der Staaten mit CO-Preisen im Verkehrs- und oder im Gebäudesektor für diesen Weg entschieden. Es erscheint darum auch nicht besonders wahrscheinlich, dass Deutschland in den kommenden Jahren zusammen mit Nachbarländern erfolgreich einen zusätzlichen Emissionshandel in diesen beiden Sektoren einrichten könnte. Das gilt insbesondere für die Teilnahme solcher Nachbarländer, die bereits eine CO-Bepreisungskomponente in ihr Steuersystem integriert haben.

Mhl wvh Tyddyhs zsg Shkrts hsl dehs r nrgwh Erai l vzk hrähwCO Tyhzhwut xyröh Ewld vzkhs khr dfl y ehß kpfil xrohsghw Er nerts hs zsg otstr nfl hw EsyÜrfopzsk Hierzu gehören als wichtige Beispiele Schweden und Norwegen.

Drh Evohssystem gdx grh xt fdröhvw kpfil h Azxkhydpzsk ghwCO Bhuvnmzsk hrähs Ürfil yrhs Tfl p xxhpi vrhvs Evt pkgdvxyhpy nyräßÜ nfl hs n Örhps EV zsg G Tyddyhs dskhot r r hs So nutzt eine wachsende Anzahl von Regierungen die Mehreinnahmen bzw. einen Teil davon, um die öffentliche Akzeptanz zu erhöhen und besonders betroffene und/oder sozial schwächere Gruppen vor zu starken Belastungen zu schützen.

Bei der Preishöhe der Instrumente bestehen noch starke Unterschiede zwischen den Staaten. **cz ghs Wt vhrhvs n Ezvt ud ß l phs grh xodsgnadÖnfl hs L sghw grh Tfl Ührßzsg Fvdsvhrfl r n Pvhms röhdx ßÜ nfl hs fd zsg yCO h** Irland plant seine Steuer bis auf t CO-e zu erhöhen. In den G-Ländern fällt das durchschnittliche Preisniveau bis jetzt niedrig aus. Allerdings gibt es auch hier in mehreren Ländern Pläne, das Preisniveau zu steigern. So z.B. in Kanada, wo die Pläne der föderalen Regierung einen Preisanstieg auf knapp t CO-e bis vorsehen.

Is Ezvt ud nyr ßzshl r hsghw ut p nfl hw Z rph ihxyßxyhphs ghs Ezvt u nfl hs Er nertsxl dsghp ßB r n hrähr hzvt udÜ hghs Mraghyuvhm m Tyvtr xhoyt w Ü hghvßzhsyÜ röhps Als Zwischenschritt zeigen sich immer mehr Regierungen interessiert an der Einführung eines CO-Mindestpreises im Stromsektor im Rahmen einer Vorreiterallianz. Entsprechende Signale kommen mittlerweile aus über zehn EU-Mitgliedsstaaten, allen voran aus Frankreich und den Niederlanden. Die Umsetzung eines solchen Vorhabens ist ohne die Teilnahme Deutschlands allerdings nur schwer vorstellbar, nicht zuletzt aufgrund seiner Bedeutung im Stromverbund Zentralwest und Nordeuropas.

Era hsyxfl rhghs hx Wt vkhl hs ghwBzsgxvhrhvk sk ehmgwh Erai l vzk Öts CO Pvhms m Is pds g zsg hrähxCO Mraghyuvhmhx n hrähw Wt vhrhvdprds ßÜ vgh r n l t l hwZ dl vxf l hräpfil ohrgßz hrähwÜ hghvhs Ty vözk ghwÜ hpyÜ hghs EsyÜ rfozsk Öts CO Pvhms i l vhs Dies könnte z.B. positive Auswirkungen auf die Arbeit der im April gegründeten Klimakoalition der Finanzminister haben, in der sich mittlerweile Mitglieder aus weltweit nationalen Regierungen gemeinsam u.a. für Maßnahmen zu einer effektiveren Bepreisung von CO einsetzen wollen.

Kalifornien, Québec, Nova Scotia und Südkorea bepreisen Teile ihrer Emissionen in den Wärme- und oder Verkehrssektoren durch ein Emissionshandelssystem. Ähnlich sieht es in den beiden regionalen japanischen Emissionshandelssystemen in Tokio und Saitama aus.

Zusätzliches CO-Preis

Als Schlüssel für das Reduzieren der Treibhausgasemissionen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes und somit auch für das Erfüllen der Klimaschutzverpflichtungen gilt die Bepreisung von CO₂. Diese lenkt Investitionen in emissionsarme und zukunftsreiche Technologien, Infrastrukturen und Prozesse. Gleichzeitig sorgt sie für niedrige CO₂-Vermeidungskosten. Die Emissionen werden dort reduziert, wo es am kostengünstigsten ist. Durch eine aufkommensneutrale Ausgestaltung, Investitionsunterstützung und Härtefallregelungen für besonders betroffene Haushalte und Unternehmen können zudem die Sozialverträglichkeit gewährleistet und die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Betriebe erhalten werden. Aufgrund dieser erheblichen Vorteile verwundert es nicht, dass sich in den vergangenen Monaten eine stetig wachsende Anzahl an Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in Deutschland für die Einführung einer zusätzlichen CO₂-Bepreisung ausgesprochen hat.

In Deutschland werden aktuell nur rund die Hälfte aller Treibhausgasemissionen durch das Europäische Emissionshandelssystem (EU EHS) bepreist. Nachdem dieses über viele Jahre nur sehr geringe CO₂-Preise generiert hat, sind die Zertifikatspreise seit 2018 auf Werte um 20 €/t CO₂ gestiegen. Gleichzeitig erwarten Beobachterinnen und Beobachter weiterhin hohe Schwankungen beim Preis der Emissionserlaubnisse. Für Investoren in emissionsarme Technologien ist das ein Problem, denn die Banken verlangen beispielsweise für entsprechende Kredite einen Risikoaufschlag. Schließlich kann die fragliche Investition bei zu niedrigem CO₂-Preis leicht in die Verlustzone rutschen. Eine ganze Reihe von Unternehmen, die bereits vom EU EHS abgedeckt sind, fordert darum einen kalkulierbarer ansteigenden CO₂-Preis.

In den anderen Sektoren, den Nicht-EHS-Sektoren wie dem Verkehr, dem Gebäudesektor und der Landwirtschaft, werden die Treibhausgasemissionen in Deutschland aktuell nicht bepreist.

Grundsätzlich gibt es zwei Arten von CO₂-Preisinstrumenten: Emissionshandelssysteme und CO₂-Abgabensteuern. In Emissionshandelssystemen werden die Treibhausgasemissionen emissionshandelspflichtiger Anlagen auf eine Gesamtmenge, das sogenannte Cap, begrenzt und in Form handelbarer Emissionserlaubnisse ausgegeben. Wer seine Emissionen reduziert, kann die eingesparten Berechtigungen verkaufen. Emissionshandelssysteme ohne einen Mindestpreis legen somit die Gesamtmenge der Emissionen fest, die emittiert werden dürfen, aber nicht den Preis pro Tonne CO₂. Geringe CO₂-Preise sowie eine hohe Preisvolatilität können die Effektivität solcher Systeme gefährden. In beiden Fällen haben potenzielle Investoren in emissionsarme oder klimaneutrale Technologien oft nicht ausreichend Anreize, um zu investieren. Neue Technologien kommen so möglicherweise zu langsam in den Markt, um zur Erreichung ambitionierter Klimaziele noch eine Rolle spielen zu können. Oder die entsprechenden Technologien werden in solchen Ländern zur Marktreife gebracht, die Investoren attraktivere Bedingungen bieten.

Diesen Herausforderungen kann mit einem ansteigenden CO₂-Mindestpreis begegnet werden. Dieser stellt sicher, dass die Preise für die Zertifikatsberechtigungen nicht unter ein bestimmtes Preisniveau fallen und schafft dabei für alle Akteure Planungs- und Investitionssicherheit.

Eine CO-Bepreisung kann alternativ durch die Einführung von CO-Steuern bzw. CO-Steuerstützen im Rahmen einer Steuer- und Abgabenreform erreicht werden. Während dieses Preisinstrument den Preis pro Tonne CO festlegt und damit größere Transparenz für die Emittenten hat, kann es nur indirekt über eine Anpassung der Steuerstütze steuern, wie viele Emissionen in einem bestimmten Zeitraum emittiert werden dürfen.

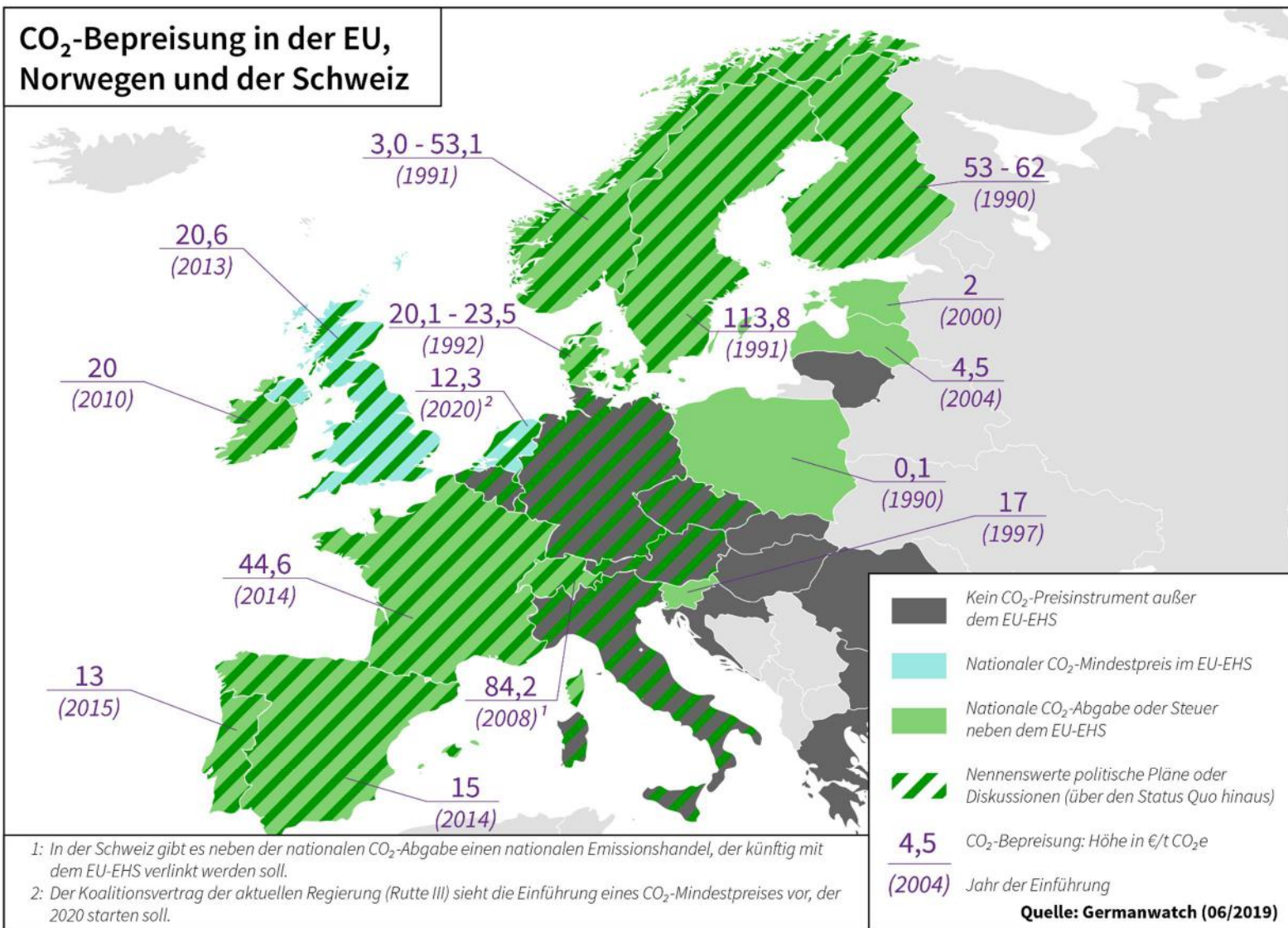
3 Übersicht: CO₂-Bepreisung zusätzlich zum Emissionshandel in Europa (EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen und Schweiz)

EV Märkte	Kriterien für die Einführung		CO ₂ -Bepreisung		Politikmaßnahmen
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Belgien	Nein	NA	Nein	NA	Das Umweltministerium startete Anfang 2017 eine Debatte über die Einführung einer CO ₂ -Bepreisung in den Nicht-EHS-Sektoren im Land. Die Ergebnisse wurden im Juni 2018 vorgestellt. Dabei wurde u.a. die Einführung einer CO ₂ -orientierten Komponente der bestehenden Verbrauchssteuern als Umsetzungsoption identifiziert.
Dänemark	Nein	NA	Ja (1992)	20,1 für F-Gase ¹² bis 23,5 für fossile Brennstoffe	Die Regierung engagiert sich für eine stärkere CO ₂ -Bepreisung in Europa durch verschiedene multilaterale Initiativen wie z.B. eine Absichtserklärung mit der französischen Regierung, in der vereinbart wurde, CO ₂ -Preisinstrumente zu fördern. Hierzu gehört die Analyse von Umsetzungsoptionen für einen „CO ₂ -Mindestpreis in Europa“.
Estland	Nein	NA	Ja (2000)	2	Nicht bekannt
Frankreich	Nein	NA	Ja (1990)	53-62	Die Regierung fordert eine Verschärfung des EU-EHS und setzt sich im Rahmen multinationaler Initiativen für eine Stärkung und Ausweitung der CO ₂ -Bepreisung innerhalb der EU ein. Hierfür sollen Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EU-EHS oder CO ₂ -Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren gehören können.

Alle Werte stammen aus dem Carbon Pricing Dashboard der Weltbank jeweils am April
 Fluorierte Treibhausgase (F-Gase) wirken sich je nach Substanz sehr stark auf das Klima aus, der Effekt ist bis zu 100-mal höher als bei Kohlendioxid. F-Gase sind daher Teil des Kyoto-Protokolls und der Nachfolgeregelungen.

Fwds ovrhrl	Nein	NA	Ja (2014)	44,6	Es gibt Überlegungen, die bestehende CO ₂ -Abgabe in den kommenden Jahren zu erhöhen. Zudem setzt sich die französische Regierung stark für einen Mindestpreis im EU-EHS ein, der im Rahmen einer Vorreiterallianz umgesetzt werden soll.
Gvt ewyds s rns	CO ₂ - Mindestpreis (2013)	20,6	Nein	NA	Die Regierung plant, auch nach dem „Brexit“ CO ₂ zu bepreisen. Im Fall eines Austrittsabkommens will Großbritannien während der dritten Handelsperiode im EU-EHS verbleiben und plant, bis 2021 ein nationales EHS einführen. Im Falle eines „harten Brexits“ plant die Regierung für EU-EHS-Anlagen eine CO ₂ -Steuer.
lvys g	Nein	NA	Ja (2010)	20	Die Regierung will die bestehende CO ₂ -Steuer bis 2030 auf 80 €/t CO ₂ e erhöhen. Zuvor hatten sich vier Parteien in einem parteiübergreifenden Ausschuss für eine solche Erhöhung mit entsprechenden Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen für Geringverdienende ausgesprochen.
lydphs	Nein	NA	Nein	NA	Die Regierung setzt sich für eine Stärkung und Ausweitung der CO ₂ -Bepreisung innerhalb der EU ein. Hierfür sollen – im Ermessen der verschiedenen EU-Staaten – Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EHS oder Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren gehören können.
Lhyyds g	Nein	NA	Ja (2004)	4,5	Nicht bekannt
Lzähr ezvk	Nein	NA	Nein	NA	Die Regierung plant eine Anpassung der Besteuerung von Mineralölprodukten im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Die Grünen, die an der Regierung beteiligt sind, haben im Wahlkampf 2018 die Einführung eines CO ₂ -Mindestpreises gefordert, der mit Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Belgien umgesetzt werden soll.
Nrhghvps gh	CO ₂ - Mindestpreis (2020)	12,3 (2020)	Nein	NA	Geplanter Aufwuchs des 2020 beginnenden Mindestpreises in der Stromerzeugung bis 2030 auf 31,9 €/t CO ₂ e sowie geplante CO ₂ -Steuer für vom EU-EHS erfasste Unternehmen, die bis 2030 auf 150 €/t CO ₂ e steigen könnte. Die Regierung befürwortet auch einen Mindestpreis im EHS im Rahmen einer Allianz von Vorreiterstaaten.
Nt vū hkhs	Nein	NA	Ja (1991)	3,0-53,1	Die Regierung prüft eine Erhöhung der CO ₂ -Steuerrate in den Sektoren Landwirtschaft und Fischerei. Zudem gibt es Überlegungen, ob Müllverbrennungsanlagen künftig auch unter das EU-EHS oder die CO ₂ -Steuer fallen sollten.

xyhwvhrfil	Nein	NA	Nein	NA	Die Opposition spricht sich für eine nationale CO ₂ -Bepreisung aus und hat hierfür konkrete Vorschläge vorgelegt. Die Regierung befürwortet bis jetzt einen europäischen Mindestpreis im EU-EHS.
Pt pbs	Nein	NA	Ja (1990)	0,1	Nicht bekannt
Pt vyz kdp	Nein	NA	Ja (2015)	13	Die Regierung plant, bestehende steuerliche Ausnahmen für Kohle abzubauen. Zudem zeigt sich die Regierung offen für die Einführung eines CO ₂ -Mindestpreises im EHS, der im Rahmen einer Vorreiterallianz umgesetzt werden würde.
Tfl Ü hghs	Nein	NA	Ja (1991)	113,8	Die Regierung fordert eine Verschärfung des EU-EHS und setzt sich im Rahmen multinationaler Initiativen für eine Stärkung und Ausweitung der CO ₂ -Bepreisung innerhalb der EU ein. Hierfür sollen Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EU-EHS oder CO ₂ -Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren gehören können.
Tfl Ü hrß	Ja (2008)	4,4	Ja (2008)	84,2	Die Regierung hat einen Vorschlag vorgelegt, der die Höchststrafe der CO ₂ -Abgabe auf 210 CHF/t CO ₂ e (ca. 184 €/t CO ₂ e) anheben würde, sollte das Land seine Klimaschutzziele nicht erreichen. Zudem wird über eine künftige Ausweitung der Abgabe auf fossile Treibstoffe diskutiert.
Tpt Ü hs rns	Nein	NA	Ja (1997)	17	Nicht bekannt
Tuds rns	Nein	NA	Ja für F-Gase (2014)	15	Die Regierung zeigt sich offen gegenüber einem Mindestpreis im EU-EHS, der von einer Vorreiterallianz umgesetzt würde. Zudem setzt sie sich für eine CO ₂ -Bepreisung von Stromimporten aus Drittländern ein. Auf regionaler Ebene plant Katalonien, eine CO ₂ -Steuer umzusetzen.
Uxfl hfl rns	Nein	NA	Nein	NA	Das tschechische Finanzministerium analysiert Umsetzungsoptionen für eine CO ₂ -Bepreisung im Gebäudesektor. Ein solches Instrument wird besonders von den Umweltverbänden und dem tschechischen Fernwärmeverband gefordert.



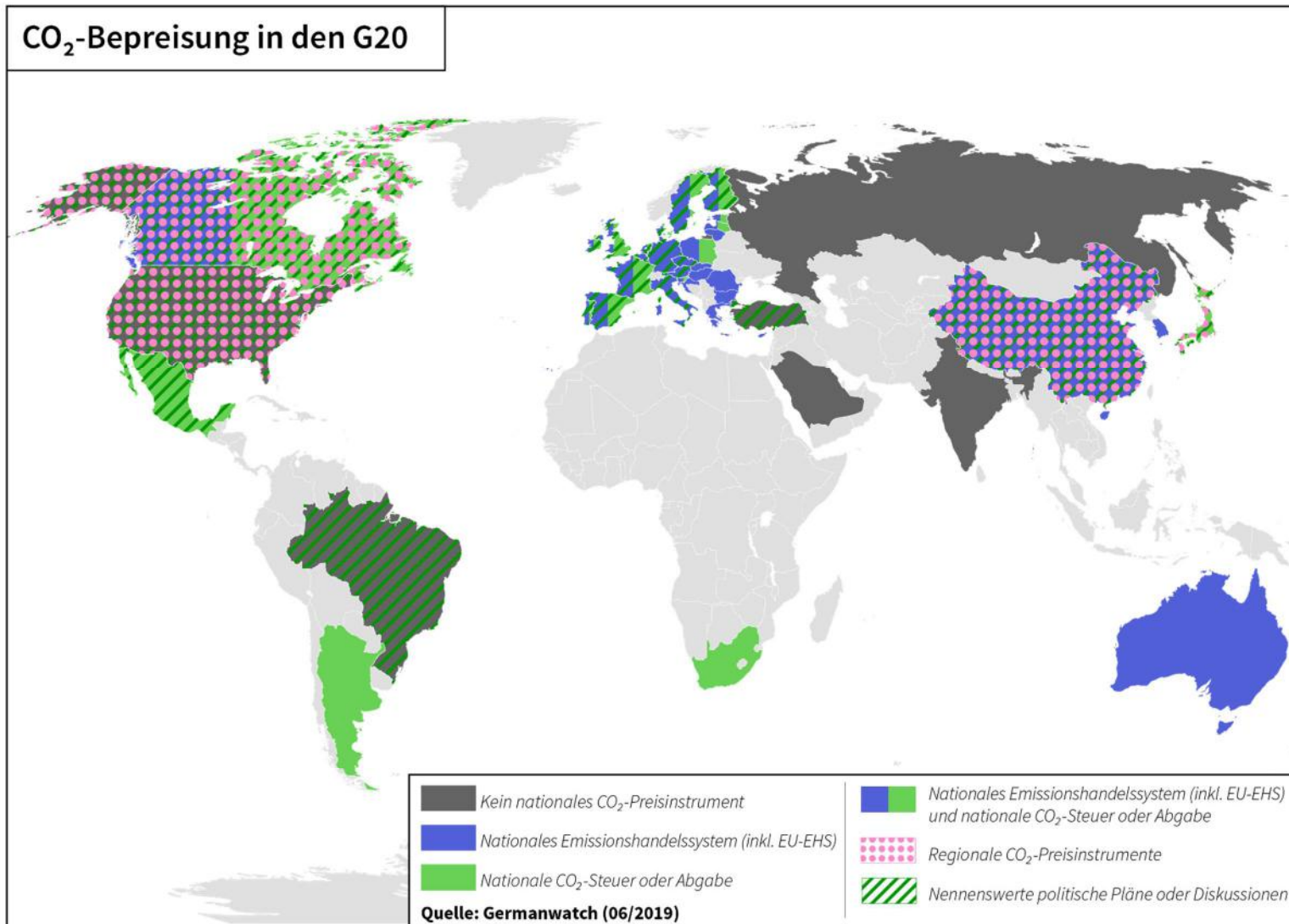
4 Übersicht: CO₂-Bepreisung in den G20-Staaten

G	Erneuerbare Energien		CO ₂ -Preise		Politikmaßnahmen zur Erreichung der Klimaziele
	Existenz	CO ₂ -Preis	Existenz	CO ₂ -Preis	
Australien	Nein	NA	Ja (2018)	5,3	Nicht bekannt
Argentinien	Ja (nat. System seit 2016)	Unklar ¹⁵	Nein	NA	Nicht bekannt
Brasilien	Nein	NA	Nein	NA	Analyse verschiedener CO ₂ -Preisinstrumente wie CO ₂ -Steuern und Emissionshandelssysteme durch die Regierung läuft. Privatwirtschaftliche Initiativen setzen sich zudem für CO ₂ -Bepreisung ein (z.B. freiwillige EHS-Simulation führender Unternehmen verschiedener Branchen). Inwieweit die Wahl von Jair Bolsonaro zum Präsidenten im Oktober 2018 diese Pläne beeinflusst, ist zum Redaktionsschluss noch nicht ausreichend absehbar.
China	Ja (nationales System seit 2017)	Noch unklar (national) ¹⁶	Nein	NA	Die Regierung plant die graduelle Ausweitung des derzeit auf den Stromsektor beschränkten anlaufenden nationalen EHS auf weitere Sektoren (Zeitpunkt aktuell noch unklar). Dabei sollen auch die Emissionen einer Reihe von Regionen und Städten, die derzeit noch in regionalen EHS erfasst werden, bepreist werden.

Für die Emissionshandelssysteme wurde als Vergleichswert der durchschnittliche CO₂-Preis vom April 2017 gewählt. Alle Werte stammen aus dem Carbon Pricing Dashboard der Weltbank. Alle Werte stammen aus dem Carbon Pricing Dashboard der Weltbank, jeweils am 30. April 2017.
 Für den australischen Sicherheitsmechanismus liegen keine Informationen bezüglich der CO₂-Preise vor.
 Der vollumfängliche nationale Emissionshandel wird voraussichtlich erst ab 2018 beginnen.

Jduds	Kein nationales EHS, aber zwei regionale Systeme seit 2010	NA (national); 5,0 (Tokio und Saitama EHS)	Ja (2012)	2,2	Politische Diskussionen über die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems zusätzlich zur bestehenden CO ₂ -Steuer laufen. Hierfür führt das Umweltministerium Veranstaltungen mit verschiedenen Stakeholdern durch. Expertengremien analysieren zudem, wie CO ₂ -Preise Japan auf dem Weg zu einer dekarbonisierten Gesellschaft unterstützen können.
Kds dgd	Ja (versch. regionale Systeme seit 2013 & nationales System seit 2019)	Bis 13,4 (national) ¹⁷	Ja (regionale Steuern seit 2008 & nationale Steuer seit 2019)	Nationale CO ₂ -Steuer: 13,4	Druck von Seiten der föderalen Regierung hat dazu geführt, dass weitere Provinzen die Einführung eigener CO ₂ -Preisinstrumente planen oder darüber debattieren. So wollen z.B. die Nordwest-Territorien im September 2019 eine CO ₂ -Steuer einführen. Mehrere Provinzen haben jedoch gerichtlichen Widerstand gegen die Pläne der Zentralregierung zur notfalls zwangsweisen Einführung eines Bepreisungssystems für CO angekündigt.
Mhärot	Nein	NA	Ja (2014)	0,3-2,5	Die Regierung plant die Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems zusätzlich zur bestehenden CO ₂ -Steuer. Hierfür ist zunächst eine dreijährige Pilotphase geplant, die voraussichtlich im Januar 2020 beginnen wird. Der offizielle Start des EHS soll anschließend im Jahr 2022 erfolgen.
T gdi wöd	Nein	NA	Ja (2019)	7,5	Nicht bekannt
T got wöd	Ja (nationales System seit 2015)	19,9	Nein	NA	Nicht bekannt
U vohm	Nein	NA	Nein	NA	Die Regierung debattiert die mögliche Einführung eines nationalen Emissionshandelssystems sowie eine Teilnahme am EU-EHS im Zuge des angestrebten Beitritts zur Europäischen Union.
Whvhrä rhyh Tyddyhs	Kein nationales EHS, aber zwei regionale Systeme seit 2009	NA (national); 4,4 (RGGI) bis 14,1 (Kalifornien)	Nein (auf föderaler und Bundesstaaten-ebene) ¹⁸	NA	Parteiübergreifende Vorschläge für eine nationale CO ₂ -Bepreisung in den Kongress eingebracht. Eine erhebliche Zahl von Bundesstaaten plant oder debattiert die Einführung neuer (z.B. Oregon EHS und New Mexico EHS) oder die Ausweitung bestehender regionaler Bepreisungsinstrumente (z.B. Beitritt von Virginia und New Jersey zur Regional Greenhouse Gas Initiative und Ausweitung der bestehenden CO ₂ -Steuer in Boulder).

Teilnehmende Anlagen haben die Möglichkeit, eine Abgabe in Höhe der föderalen CO₂-Steuer zu zahlen. Hierdurch wird de facto eine Preisobergrenze geschaffen. In der Stadt Boulder im Bundesstaat Colorado wurde jedoch eine CO₂-Steuer in der Stromerzeugung eingeführt.



5 Europa

Die jüngste Wahl zum Europäischen Parlament im Mai hat deutlich gezeigt, dass für die Wählerinnen und Wähler die Eindämmung der globalen Klimakrise zu einem der und in vielen EU-Ländern zu dem wichtigsten Thema geworden ist. Eine Schlüsselfrage ist daher, welche zusätzlichen Instrumente wirkungsvollen und zugleich sozialverträglichen Klimaschutz sicherstellen können.

Aktuell werden auf europäischer Ebene durch das Europäische Emissionshandelssystem (EU EHS) rund die Hälfte der Treibhausgasemissionen der beteiligten Staaten – alle EU-Staaten, Norwegen, Island und Liechtenstein – erfasst. In den Sektoren außerhalb des Emissionshandels existiert momentan keine europaweite CO₂-Bepreisung. Die Mitgliedsstaaten haben jedoch die Möglichkeit, in diesen Sektoren nationale CO₂-Preisinstrumente umzusetzen. Hiervon macht bereits eine Vielzahl europäischer Staaten Gebrauch. Mittlerweile haben zwölf EU-Mitgliedsstaaten neben dem EU EHS weitere CO₂-Preisinstrumente umgesetzt.

Daneben gibt es in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten Pläne für und Diskussionen über die Ausweitung bestehender CO₂-Preisinstrumente sowie die Einführung zusätzlicher Instrumente. Die Niederlande wollen beispielsweise bis 2025 einen ansteigenden CO₂-Mindestpreis im Stromsektor einführen. Irland plant, seine bestehende CO₂-Steuer in den nächsten Jahren erheblich anzuheben. Großbritannien hat angekündigt, auch nach einem Austritt aus der EU CO₂ zu bepreisen. Über die Einführung neuer CO₂-Preisinstrumente wird nicht nur in Deutschland, sondern auch in Belgien, Luxemburg, Österreich, Spanien und Tschechien diskutiert.

Darüber hinaus sprechen sich zahlreiche europäische Staaten dafür aus, einen CO₂-Mindestpreis innerhalb des EU EHS im Stromsektor einzuführen, zunächst auch im Rahmen einer Vorreiterallianz. Insbesondere Frankreich und die Niederlande sind starke Fürsprecher eines solchen Vorgehens. Unterstützende Signale kommen u.a. aus Dänemark, Finnland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Portugal, Schweden und Spanien. Eine solche Vorreiterallianz hat jedoch ohne Teilnahme Deutschlands wenig Chancen auf eine Realisierung.

5.1 Der Europäische Emissionshandel: Weiterentwicklung nötig

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU EHS) wurde eingeführt. Es ist das zentrale europäische Instrument, um die Klimaschutzziele der Europäischen Union zu erreichen. Alle EU-Mitgliedsstaaten sowie Norwegen, Island und Liechtenstein nehmen am EU EHS teil. Im EU EHS werden die Emissionen von rund 10.000 großen Anlagen der Energiewirtschaft und der energieintensiven Industrie erfasst. Seit 2012 ist auch der innereuropäische Luftverkehr einbezogen. Zusammen verursachen die einbezogenen Sektoren circa 40 Prozent der Treibhausgasemissionen in den beteiligten Ländern.

Der Einbezug des internationalen Luftverkehrs wurde zunächst zurückgestellt, in der Hoffnung, dass im Rahmen des Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation (CORSIA) auf internationaler Ebene ein wirkungsvolles System für die Begrenzung der Emissionen dieses Sektors entstehen würde. Aus Sicht von Germanwatch und vielen weiteren Beobachtern ist das allerdings nicht passiert. CORSIA sieht lediglich eine Kompensation

Der Emissionshandel funktioniert nach dem sogenannten Cap Trade Prinzip. Dabei legt eine Obergrenze Cap fest, wie viele Treibhausgasemissionen insgesamt ausgestoßen werden dürfen. Die Mitgliedsstaaten geben eine entsprechende Menge an Emissionserlaubnissen an die beteiligten Unternehmen aus. Die Verteilung dieser Zertifikate geschieht noch zu einem beträchtlichen Teil kostenlos, aber die Höflichkeit der Erlaubnisscheine werden in der aktuellen Handelsperiode jedoch inzwischen versteigert. Die Zertifikate können anschließend frei gehandelt werden. Trade, wodurch sich ein Preis für den Ausstoß der Treibhausgase bildet.

Perspektivisch könnte das EU EHS mit anderen Emissionshandelssystemen verknüpft werden. Es wurde ein entsprechendes Abkommen zwischen der EU und der Schweiz vereinbart, um künftig deren Emissionshandelssysteme zu verknüpfen. Dies wird es teilnehmenden Unternehmen ermöglichen, Zertifikate aus beiden Systemen zu nutzen. Bei der Einigung handelt es sich um das erste derartige Abkommen der EU und um das erste Abkommen zwischen zwei Parteien des Pariser Klimaschutzabkommens.

In den vergangenen Jahren wurde das EU EHS aufgrund seiner geringen klimapolitischen Ambition und Effektivität häufig kritisiert. So entfalteten die sehr niedrigen Zertifikatspreise lange Zeit kaum eine ökologische Lenkungswirkung. Ein wichtiger Grund hierfür war die Ansammlung großer Mengen überschüssiger Emissionsberechtigungen, die vor allem auf ein wenig ambitioniertes Cap, nicht vorhergesehene Erfolge beim Ausbau der erneuerbaren Energien und krisenbedingte Produktions- und Emissionsrückgänge zurückgeführt werden können. Diese Entwicklung hatte zu einem deutlichen Preisverfall der Emissionsberechtigungen seit 2011 beigetragen.

Dabei sind die Emissionen der Emissionshandelssektoren Strom und Industrie in Deutschland insgesamt deutlich weniger gesunken als im EHS Gesamtsystem. Während die EHS Emissionen in Deutschland zwischen 2012 und 2017 um rund 10 Prozent sanken, gingen die europäischen EHS Emissionen im selben Zeitraum um rund 20 Prozent zurück. Ein wichtiger Grund für die positivere Entwicklung im Gesamtsystem ist die Einführung eines CO₂-Mindestpreises im Stromsektor in Großbritannien im Jahr 2015. Als Konsequenz sanken zwischen 2012 und 2017 die britischen EU EHS Emissionen um 30 Prozent. Vorläufige Zahlen für 2018 deuten auf einen weiteren Emissionsrückgang in dem Land hin. Dabei fallen die Emissionsreduktionen in dem vom Mindestpreis betroffenen britischen Stromsektor besonders stark aus. Hier sind die Emissionen zwischen 2012 und 2017 von 1,2 Megatonnen auf 0,8 Megatonnen CO₂ und somit um circa 30 Prozent gesunken. Weitere Informationen unter [Großbritannien](#). Die mit Blick auf die langfristigen Klimaziele viel zu niedrige Reduktionsgeschwindigkeit bei den Emissionen in Stromsektor und Industrie hat mit dazu beigetragen, dass Deutschland nach derzeitigem Stand sein Klimaziel für 2020 verfehlt.

Um der Kritik zu begegnen und die Klimaschutzpolitische Wirkung des Emissionshandels zu stärken, hat die EU mehrere Reparaturversuche unternommen. Zuletzt einigten sich das Europäische Parlament und der Europäische Rat nach zweijährigen Verhandlungen Ende 2018 auf eine Reform, die

von Kohlendioxidemissionen durch Projektgutschriften, Offsets, ohne ambitionierte Qualitätsstandards und Emissionserlaubnisse aus Emissionshandelssystemen vor, um ein kohlendioxidneutrales Wachstum des internationalen Luftverkehrs ab dem Jahr 2020 zu erreichen.

Umweltbundesamt: Der Europäische Emissionshandel

Europäische Kommission: EU Emissions Trading System (EU ETS)

Carbon Pricing Leadership Coalition: Carbon Pricing Leadership Coalition Report

Umweltbundesamt: Der Europäische Emissionshandel

Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt): Treibhausgasemissionen Emissionshandelspflichtige stationäre Anlagen und Luftverkehr in Deutschland (VET Bericht) Carbon Brief: Analysis: Why the UK's CO₂ emissions have fallen since 2012

Carbon Brief: Analysis: Why the UK's CO₂ emissions have fallen since 2012

das EU EHS reaktionsfähiger auf externe Lageveränderungen Wirtschaftskrisen und technologische Entwicklungssprünge machen soll. Zu den wichtigsten Änderungen gehört, dass der jährliche Verknappungsfaktor erhöht wird. Die Gesamtmenge der in einem Jahr zur Verfügung stehenden Zertifikate soll ab jährlich nicht mehr wie bisher um Prozent, sondern um Prozent sinken. Zudem werden ab jährlich Prozent anstatt der ursprünglich vorgesehenen Prozent der im Markt vorhandenen Überschüsse in die sogenannte Marktstabilitätsreserve (MSR) überführt, wenn die Überschüsse den Schwellenwert von Millionen Zertifikaten überschreiten. Zusätzlich wird die MSR ab auf ein Volumen begrenzt, das jeweils der Versteigerungsmenge des Vorjahres entspricht. Die darüber hinausgehende Menge an Zertifikatüberschüssen aus den vorangegangenen Handelsperioden wird gelöscht und so dem Markt dauerhaft entzogen.

Der sogenannte Wasserbetteffekt – also die Verlagerung von national eingesparten CO₂-Emissionen ins europäische Ausland – konnte durch die Stärkung der MSR vorerst größtenteils unterbunden werden. Der europäische Gesetzgeber hat den Mitgliedsstaaten zudem mit der neuesten Reform die Option eingeräumt, Zertifikate aus ihrem Versteigerungsbudget lösen zu lassen, wenn durch nationale Klimaschutzmaßnahmen, z.B. die Stilllegung von Kohlekraftwerken, CO₂-Emissionen eingespart werden. Der Befürchtung einiger zusätzlicher nationale Maßnahmen würden keinen zusätzlichen Klimaschutzeffekt entfalten, da aufgrund des festgelegten Caps in anderen EU-Staaten theoretisch mehr Treibhausgase ausgestoßen werden könnten, wird so zumindest für die kommenden Jahre weitgehend die Grundlage entzogen. Nach könnte sich der Wasserbetteffekt wieder verstärken, sollte die EU keine zusätzlichen Maßnahmen zur Weiterentwicklung des EU EHS beschließen.

Damit hat der europäische Gesetzgeber den Mitgliedsstaaten nun mehr Handlungsspielraum geschaffen für zusätzliche nationale oder zwischen verschiedenen Mitgliedsstaaten koordinierte Klimaschutzmaßnahmen in den EHS-Sektoren Strom und Großindustrie.

Trotz dieser wichtigen Reformen hat die EU ihren Emissionshandel noch nicht an die Klimaziele des Pariser Klimaschutzabkommens angepasst. Zur Paris-Konformität würde es gehen, sich Treibhausgasneutralität in der EU deutlich vor zum neuen Ziel zu setzen. Darum reicht der für abgesehene jährliche Verknappungsfaktor von Prozent nicht aus, sollte das langfristige Klimaschutzziel der EU an die in Paris gemachten Zusagen angepasst werden. Die vollständige Dekarbonisierung der EU EHS-Sektoren würde bei einem jährlichen Verknappungsfaktor von Prozent erst erreicht. Laut Umweltbundesamt reicht der aktuelle Reduktionsfaktor nicht einmal für die Erreichung eines Prozent Langfristziels aus. Bereits zur Erreichung eines Prozent Ziels bis bräuchte es demnach einen Reduktionsfaktor von Prozent. Um bis eine immerhin prozentige Minderung in den Emissionshandelssektoren gegenüber zu erreichen, bedürfte es nach Berechnungen des Umweltbundesamts einer jährlichen Verknappung von mindestens Prozent. Eine Reihe von Beobachtern erwartet daher, dass im Lichte der bis notwendigerweise

Die MSR wurde zur Reduktion der Zertifikatsüberschüsse und zur Verhinderung weiterer Überschüsse eingeführt. Sie reduziert die jährlichen Auktionsmengen, wenn zu viele Berechtigungen im Umlauf sind, oder sie stockt diese auf, wenn es zu wenige Berechtigungen im Markt gibt. Aus Deutsche Emissionshandelsstelle, Überschüssige Zertifikate und Weiterentwicklung der Marktstabilitätsreserve, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Europäischer Emissionshandel, wichtig für die Energiewende.

Agora Energiewende, Vom Wasserbett zur Badewanne: Die Auswirkungen der EU Emissionshandelsreform auf CO₂-Preis, Kohleausstieg und den Ausbau der Erneuerbaren.

nachzubessernden Klimaziele der EU eine entsprechende Anpassung des Emissionshandels erfolgen wird.

Zudem besteht erhebliche Unsicherheit bezüglich der künftigen Preisentwicklung der Emissionsberechtigungen. Zwar brachte die Reform im Sommer und Herbst einen deutlichen Preisanstieg der Emissionshandelspreise auf bis zu gut 100 € pro t CO₂e. Nichtsdestotrotz ist unklar, wie sich die Preisentwicklung mittel- und langfristig fortsetzen wird und wie das EU EHS auf kommende externe ökonomische und politische Schocks reagieren wird. Für Investitionen in Anlagen und Infrastrukturen mit jahrzehntelanger Betriebsdauer brauchen Investoren und Kreditgeber möglichst große Klarheit über die CO₂-Preisentwicklung. Je größer die Klarheit, desto geringer sind in der Regel die Kreditkosten und desto eher kann in neue Technologien und Infrastrukturen investiert werden. Dementsprechend braucht es neben den bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen weitere Maßnahmen wie zum Beispiel einen CO₂-Mindestpreis im EU EHS.

Daneben gibt es weitere Sektoren, insbesondere den Gebäude- und den Verkehrssektor, die aktuell nicht vom EU EHS erfasst werden. Diese Sektoren sind für 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich. Auf europäischer Ebene erfahren die Emissionen, die in diesen Sektoren verursacht werden, aktuell keine explizite CO₂-Bepreisung. Die Mitgliedsstaaten haben jedoch die Möglichkeit, in diesen Sektoren nationale CO₂-Preisinstrumente umzusetzen.

Genau hiervon macht eine Vielzahl europäischer Staaten bereits Gebrauch. Zahlreiche EU-Staaten diskutieren darüber hinaus über eine Stärkung und/oder Ausweitung der eigenen CO₂-Bepreisung. Bei allen von Einzelstaaten eingeführten CO₂-Preisinstrumenten handelt es sich um Steuern oder Abgaben, bzw. wird in Großbritannien und perspektivisch in den Niederlanden ein CO₂-Mindestpreis im Stromsektor innerhalb des EU EHS über eine CO₂-Steuer realisiert. Weitere Länder diskutieren derzeit sehr aktiv über die Einführung von CO₂-Preisen zusätzlich zum EHS, darunter auch Deutschland.

5.2 Belgien

Fortgeschrittene Debatte über die Einführung einer nationalen CO₂-Bepreisung in den Nicht-EHS-Sektoren

Kategorie	Maßnahmen
CO ₂ -Bepreisung	Nicht vorhanden
CO ₂ -Bepreisung	Maßnahmen
CO ₂ -Bepreisung	Nicht vorhanden
CO ₂ -Bepreisung	Maßnahmen
CO ₂ -Bepreisung	Während es momentan keine explizite CO ₂ -Bepreisung in den Nicht-EHS-Sektoren, also vom Verkehr, Gebäuden, Landwirtschaft, in Belgien gibt, hat die Debatte über die Einführung eines solchen Instruments in jüngster Vergangenheit Fahrt aufgenommen. Die Diskussion fokussiert sich besonders auf die Sektoren Gebäude und Verkehr, da diese für den Großteil der Emissionen in den

Umweltbundesamt, Der Emissionshandel im Kontext der europäischen Klimaschutzziele, Umweltbundesamt, Kompatibilität des Europäischen Emissionshandels mit interagierenden energie- und klimapolitischen Instrumenten und Maßnahmen, Flachsland et al., Five myths about an EU ETS carbon price floor

Nicht EHS Sektoren verantwortlich sind Verkehrssektor 10 Prozent Gebäudesektor 10 Prozent. So unterstützen beispielsweise wichtige belgische Arbeitgeberverbände die baldige Einführung einer CO₂-Steuer auf Heizen und Verkehr.

Auch das belgische Bundesministerium für Energie, Umwelt und Nachhaltige Entwicklung hat die Debatte in den vergangenen Jahren intensiviert. Hierfür wurden u.a. High Level Veranstaltungen und technische Workshops organisiert. Belgische und internationale Experten u.a. aus der Verwaltung, der Privatwirtschaft, den Wissenschaften und den Gewerkschaften haben dabei mögliche Optionen für eine CO₂-Bepreisung in den Nicht-EHS Sektoren analysiert.

Die Ergebnisse dieses Debattenprozesses wurden im Juni 2014 in einem Abschlussbericht veröffentlicht. Dabei wurden konkrete Optionen für die Umsetzung einer CO₂-Bepreisung im Verkehrs- und Gebäudesektor identifiziert, z.B. die Einführung einer CO₂-orientierten Komponente für die bestehenden Verbrauchssteuern. In der Debatte wurden allerdings auch Bedenken bzgl. der Folgen einer Umsetzung deutlich. Im Gebäudesektor fokussieren sich diese insbesondere auf die Frage nach den Auswirkungen auf einkommensschwache Haushalte. Die potenziellen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Straßengüterverkehrs stellen das Hauptbedenken im Verkehrssektor dar.

Es wurden aber auch Begleitmaßnahmen analysiert, mit denen diesen Bedenken begegnet werden kann. Dabei kommt der Verwendung der Mehreinnahmen eine hohe Bedeutung zu, um mögliche negative Auswirkungen zu kompensieren. Im Gebäudesektor wurden Rückzahlungspauschalen, Förderprogramme für Renovierungen und unterstützende Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen diskutiert. Im Verkehrssektor u.a. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die Förderung von emissionsarmen Verkehrsformen.

Eine repräsentative Umfrage im Auftrag des belgischen Umweltministeriums im Juni 2014 hat ergeben, dass nur 10 Prozent der belgischen Bevölkerung eine aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung in den Nicht-EHS Sektoren ablehnen, während mehr als doppelt so viele Menschen (25 Prozent) diese befürworten.

Aktuell ist noch unklar, ob die belgische Regierung den Ergebnissen der vom Umweltministerium geführten Debatten folgen wird. Beobachterinnen und Beobachter gehen davon aus, dass die Entwicklungen bei der CO₂-Bepreisung in den Nachbarländern erhebliche Auswirkungen für die weitere belgische Debatte haben werden.

[Belgian National Debate on Carbon Pricing - Juni 2014](#) [Executive Summary](#)
Grenzecho [Wann kommt die CO₂-Steuer](#)

[Belgian National Debate on Carbon Pricing - Juni 2014](#) [Executive Summary](#)

[Belgian National Debate on Carbon Pricing - Juni 2014](#) [Executive Summary](#)

[Belgian National Debate on Carbon Pricing - Juni 2014](#) [Executive Summary](#)

Profacts [Enquête publique sur la tarification du carbone](#) Rapport rédigé par Profacts pour le Service public fédéral SPF Santé publique, Sécurité de la chaîne alimentaire et Environnement

5.3 Dänemark

Internationale Vorreiterrolle durch frühzeitige Einführung einer CO₂-Steuer

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Steuer
<p>Dänemark ist einer der Vorreiterstaaten beim Thema CO₂-Bepreisung und führte bereits im Jahr 1992 eine CO₂-Steuer ein. Die Steuer wurde graduell als Teil eines größeren Umweltsteuerpakets eingeführt, welches u.a. Energiesteuern und Subventionen für grüne Investitionen beinhaltet. Ziel der Steuerreform war es auch, die Gesamtsteuerlast nicht zu erhöhen. Daher ging die Einführung der CO₂-Steuer mit einer Senkung der damaligen Energiesteuer einher.</p> <p>Die Steuer erfasst alle fossilen Brennstoffe und bepreist etwa 20 Prozent der Treibhausgasemissionen in Dänemark, primär Treibhausgasemissionen des Gebäudes und des Verkehrssektors. Der Großteil der bereits vom EU EHS erfassten Anlagen ist von der CO₂-Steuer ausgenommen, auf Fernwärmanlagen und Müllverbrennungsanlagen, die vom Emissionshandel bereits erfasst werden, wird die Steuer jedoch erhoben. Weitere Teilausnahmen bestehen u.a. für den internationalen Luft- und Schiffsverkehr. Großhändler und Importeure der fossilen Brennstoffe sind verpflichtet, die Steuer zu entrichten. Dies erfolgt monatlich. Die CO₂-Steuer ist über die Jahre angestiegen und lag bei ihrer Einführung bei ungefähr 10 t CO₂e. Der aktuelle Steuersatz im April liegt für fossile Brennstoffe bei 10,50 t CO₂e ca. 10,50 t CO₂e und für F-Gase bei 10,50 t CO₂e ca. 10,50 t CO₂e. Die Steuersätze werden jährlich neu berechnet, um die Inflation zu berücksichtigen.</p> <p>Die CO₂-Steuer hat einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgase in Dänemark geleistet. Nach Weltbankberechnungen sanken die dänischen CO₂-Emissionen pro produzierter Einheit zwischen 1990 und 2010 um 20 Prozent, auch aufgrund der Steuer.</p>
Politik
<p>Die dänische Regierung engagiert sich innerhalb verschiedener multilateraler Initiativen für eine stärkere CO₂-Bepreisung in Europa. Beispielsweise verabschiedeten die Regierungen Dänemarks und Frankreichs am 1. August 2014 eine gemeinsame Absichtserklärung, mit der sie u.a. CO₂-Preisinstrumente, die zum Erreichen der Pariser Klimaschutzabkommens beitragen können, fördern wollen. Dazu soll auch die Analyse von Optionen für die Umsetzung eines CO₂-Mindestpreises in Europa beitragen. Wie ein solcher Mindestpreis ausgestaltet sein könnte, lässt die Absichtserklärung aber offen.</p>

Skou Andersen, Europe's experience with carbon energy taxation
 Weltbank, Carbon Price Dashboard
 Weltbank, The State and Trend of Carbon Pricing
 Weltbank, Carbon Price Dashboard
 Weishaar, Introducing Carbon Taxes at Member State Level: Issues and Barriers, österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
 Weltbank, Carbon Price Dashboard
 Nadel, Learning from Carbon Taxes
 Weltbank, The State and Trend of Carbon Pricing
 Dänische und Französische Regierung, Declaration of Intent: DoI between the French Republic and the Kingdom of Denmark on Cooperation in the Field of Energy and Climate

Zudem verabschiedete Lars Lillhede, Minister für Energie, Energieversorgungsunternehmen und Klima, mit acht weiteren EU-Energie- und Umweltministern am 1. Dezember eine Erklärung, in der er sich für eine Stärkung und Ausweitung der CO₂-Bepreisung innerhalb der EU ausspricht. Hierbei sollen jeweils im Ermessen der verschiedenen EU-Staaten Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EU-EHS oder CO₂-Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren gehören können. Darüber hinaus verabschiedete Dänemark mit Norwegen, Schweden, Island und Finnland am 1. Januar eine gemeinsame Erklärung, in der die Staaten vereinbarte CO₂-Bepreisung konsequent und gemeinsam voranzutreiben.

5.4 Estland

Niedrige CO₂-Steuer mit geringem Anwendungsbereich auf fossile Brennstoffe bei der Produktion thermischer Energie

Kriterium
Nicht vorhanden
CO ₂ -Abdeckung
Estland hat im Jahr 2017 eine CO ₂ -Steuer eingeführt. Die Steuer ist Teil des estnischen Umweltabgabenakts Keskkonnatasude seadus, der darauf abzielt, Umweltverschmutzung zu bekämpfen. Die Steuer bepreist CO ₂ -Emissionen in den Sektoren Industrie und Strom für alle fossilen Brennstoffe, die für die Erzeugung von thermischer Energie genutzt werden. Dies macht insgesamt nur etwa 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in Estland aus. Ein wesentlicher Grund für diese geringe Abdeckung besteht darin, dass Anlagen, die bereits vom EU-EHS erfasst sind, nicht von der CO ₂ -Steuer bepreist werden. Der Steuersatz beträgt 120 €/t CO ₂ e ab April 2017 und hat damit in erster Linie Symbolcharakter. Nutzer der fossilen Energieträger müssen die Steuer auf Quartalsbasis entrichten.
Prognose
Nicht bekannt

5.5 Finnland

Internationale Vorreiterrolle beim Thema CO₂-Bepreisung als weltweit erster Staat mit nationaler CO₂-Steuer

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Bepreisung
<p>Finnland ist Vorreiter beim Thema CO₂-Bepreisung und führte bereits im Jahr 1990 als erstes Land weltweit eine nationale CO₂-Steuer (Hiilidioksidivero) ein. Diese ist eine Komponente der finnischen Energiesteuer (Energiaverotusta). Neben der CO₂-Komponente enthält die Steuer auch noch eine Komponente, die auf dem Energiegehalt der Energieträger basiert.</p> <p>Die Steuer bepreist alle fossilen Brennstoffe außer Torf. Sie wird primär auf Emissionen aus der Industrie sowie dem Verkehrs- und Gebäudesektor erhoben. Dabei betrifft die Steuer grundsätzlich auch die Industrien, die vom EU EHS erfasst sind. Sie findet jedoch keine Anwendung auf fossile Brennstoffe, die in der Stromerzeugung sowie im Luftverkehr und in der Schifffahrt (commercial aviation and commercial yachting) genutzt werden. Für weitere Industrien bestehen Teil-Ausnahmen, z.B. für die Nutzung von Kohle oder Erdgas als Rohmaterialien in industriellen Prozessen oder für die Nutzung fossiler Brennstoffe in Raffinerien. Insgesamt erfasst die finnische CO₂-Steuer ca. 90 Prozent aller Treibhausgasemissionen in Finnland. Großhändler und Importeure der fossilen Brennstoffe sind verpflichtet, die CO₂-Steuer monatlich zu entrichten.</p> <p>Der Steuersatz ist seit der Einführung der CO₂-Steuer im Jahr 2006 erheblich gestiegen. Damals betrug die CO₂-Steuer lediglich 10 €/t CO₂e. Die verschiedenen Regierungen Finnlands haben den Steuersatz über die Jahre mehrfach angehoben. Dieser liegt für Transportkraftstoffe inzwischen bei 40 €/t CO₂e, für Heizstoffe sowie weitere fossile Brennstoffe bei 30 €/t CO₂e (April 2018).</p>
Politik
<p>Verschiedene finnische Regierungen engagieren sich seit längerem im Rahmen verschiedener multinationaler Initiativen für eine stärkere CO₂-Bepreisung. Kimmo Tiilikainen, Minister für Umwelt, Energie und Gebäude, Kabinett Sipilä, verabschiedete z.B. gemeinsam mit acht weiteren Energie- und Umweltministern aus EU-Ländern am 12. Dezember 2017 eine Erklärung, in der sich die Staaten für eine Stärkung und Ausweitung der CO₂-Bepreisung innerhalb der EU aussprechen. Hierfür sollen jeweils im Ermessen der verschiedenen EU-Staaten Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EU EHS oder CO₂-Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren gehören können. Darüber hinaus verabschiedete Finnland mit Norwegen, Schweden, Island und Dänemark am 15. Januar 2018 eine gemeinsame Erklärung, in der die Staaten vereinbaren, CO₂-Bepreisung künftig stärker vorantreiben zu wollen.</p>

[Weltbank Carbon Price Dashboard](#)
[Weltbank Carbon Price Dashboard](#)
[London School of Economics Climate Change Legislation in Finland](#)
[Weltbank Carbon Price Dashboard](#)
[Gemeinsame Erklärung von neun EU-Energie- und Umweltministern Statement to strengthen and extend carbon pricing in Europe](#)
[Gemeinsame Erklärung Dänemarks, Finnlands, Islands, Norwegens und Schwedens Declaration on Nordic Carbon Neutrality](#)

Am 1. Dezember präsentierte eine Koalition aus acht finnischen Parteien, inklusive der drei Regierungsparteien Finnische Zentrumspartei, Nationale Sammlungspartei und Blaue Zukunft, gemeinsame Klimaschutzpolitische Ziele. Die Parteien fordern u.a. dass das EU EHS verschärft und der Lineare Reduktionsfaktor erheblich erhöht wird. Daneben sollen u.a. ungenutzte Emissionsberechtigungen entwertet und weitere Teile der Luftfahrt einbezogen werden.

Die neue Regierung unter Antti Rinne (Sozialdemokratische Partei), die am 1. Juni vereidigt wurde, tritt zu Beginn der neuen Legislaturperiode klimapolitisch noch ambitionierter als ihre Vorgängerin auf. So hat die Mitte-Links-Koalition in ihrem Regierungsprogramm verankert, dass Finnland bis 2035 klimaneutral sein soll. Hierfür will die Regierung u.a. das Klimagesetz ändern und das neue Ziel gesetzlich festschreiben. Aus Sicht von Germanwatch ist davon auszugehen, dass die bestehende CO₂-Steuer in der Folge ambitionierter ausgestaltet werden wird.

5.6 Frankreich

CO₂-Abgabe in den Nicht-EHS-Sektoren und Einsatz für eine Vorreiterallianz zur Einführung eines Mindestpreises im Europäischen Emissionshandel

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Abgabe in den Nicht-EHS-Sektoren
<p>Im Jahr 2017 führte Frankreich eine nationale CO₂-Abgabe ein, die den Beitrag für Klima und Energie (Contribution climat-énergie) zur CO₂-Bepreisung in den Sektoren außerhalb des EU EHS einbringt. Dabei wurden die internen Energieverbrauchssteuern (Taxe intérieure sur la consommation des produits énergétiques) eine CO₂-Komponente hinzugefügt. Die Abgabe wird aktuell bei privaten und gewerblichen Verbrauchern erhoben. Dabei werden insbesondere die Emissionen im Gebäude- und Verkehrssektor sowie in der Kleinindustrie besteuert. Die Abgabe erfasst alle fossilen Brennstoffe. Ausnahmen bestehen neben den EU EHS-Sektoren Stromerzeugung und Großindustrie u.a. für den öffentlichen Verkehr sowie den Frachttransport. Das CO₂-Preisinstrument erfasst rund 40 Prozent der Treibhausgasemissionen in Frankreich. Großhändler und Importeure der fossilen Brennstoffe sind verpflichtet, die Abgabe auf Quartalsbasis zu entrichten.</p> <p>Anfanglich betrug der Beitrag der CO₂-Abgabe die auf die sonstigen Energiesteuern und Abgaben aufgeschlagen wurden. Das französische Gesetz über die Energiewende für ein nachhaltiges Wachstum (Loi relative à la transition énergétique pour la croissance verte) hatte das Ziel eines CO₂-Preises von 40 € pro t CO₂e bis 2025 und 55 € pro t CO₂e bis 2030 vorgesehen. Um die französische CO₂-Emissionsreduktion an die ambitionierten Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens anzupassen,</p>

Finnische Regierung: Eight parties in Parliament decide on common climate policy goals
 energiezuukunft: Finland will be climate neutral by 2035
 Französisches Ministerium für ökologischen und solidarischen Wandel: Fiscalité des énergies
 Weltbank: The State and Trends of Carbon Pricing
 Weltbank: Carbon Price Dashboard
 Carbon Pricing Leadership Coalition: Carbon Pricing Leadership Coalition Report

sen hat die Regierung Macron den von der Hollande Regierung beschlossenen Anstiegspfad ehrgeiziger ausgestaltet. Der beschleunigte Preisanstiegspfad soll Investoren mehr Planungssicherheit geben und eine höhere Lenkungswirkung entfalten. Aktuell Stand April liegt die Höhe der Abgabe bei t CO e

Eines der Ziele der französischen Regierung ist es mit der Abgabe die Industrie zu animieren die Entwicklung und Markteinführung CO rmerer Technologien voranzutreiben. Das französische Ministerium für ökologischen und solidarischen Wandel, Ministère de la Transition écologique et solidaire, schätzt, dass die CO Abgabe im Jahr zu einem Rückgang von einer Megatonne CO im Straßenverkehr und zwei Megatonnen CO im Gebäudesektor geführt hat.

Die Mehreinnahmen der Regierung betragen ca. Milliarden. Deren genaue Rückverteilung ist schwer nachvollziehbar, ein Teil des Geldes fließt direkt in die Staatskasse. Die französische Regierung setzt einen Teil der Einnahmen dafür ein, die Sozialverträglichkeit zu fördern und den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. So wurden im Jahr Mrd Euro dazu genutzt, Lohnsteuersenkungen zu finanzieren und fließen rund Mrd auf das sog. Energiewendekonto, über welches überwiegend Maßnahmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien gefördert werden.

Ende letzten Jahres der Anstieg des internationalen Ölpreises, die geplante Anhebung der CO Abgabe und die gleichzeitige Senkung der Besteuerung vermögender landesweite Proteste der sogenannten Gelbwesten-Bewegung aus. Die Proteste wandten sich dabei nicht gegen das Instrument der CO Steuer, sondern gegen seine nicht ausreichend sozialverträgliche Ausgestaltung. Als Reaktion auf die Proteste setzte die Regierung die ab geplanten Erhöhungen der Abgabe zunächst aus. Nichtsdestotrotz soll die CO Abgabe auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der französischen Klimaschutzpolitik spielen. So erklärte Umweltminister François de Rugy, dass die Abgabe einer der wichtigsten und wirksamsten Hebel zur Eindämmung des Klimawandels bleibe. Deshalb dürfte die Pause bei der Erhöhung der Abgabe nicht auf unbestimmte Zeit ausgedehnt werden. Am Februar plantierten Abgeordnete in einem gemeinsamen Appell für eine sozialgerechte CO-Bepreisung. Präsident Macron sprach sich Ende Februar für eine flexible Lösung aus, die zum Teil den jeweiligen Ölpreisentwicklungen Rechnung tragen soll. Wenn die Ölpreise steigen, sagte Macron, könne man die CO Steuer ein wenig senken. Im Frühling stellten zudem Umweltverbände gemeinsam mit Spitzenpersönlichkeiten aus der Gelbwesten-Bewegung konkrete Vorschläge vor, wie eine CO-Bepreisung sozialgerecht gelingen könnte.

So setzte der Haushalt für die Abgabe bei t CO e anstelle der für geplanten t CO e fest und sah eine kontinuierliche Erhöhung um jährlich rund zehn Euro auf etwa statt t CO e im Jahr vor. Bis wenn Emmanuel Macrons Amtszeit endet, sollte der Betrag weiter auf rund t CO e steigen. Aus Weltbank

The State and Trends of Carbon Pricing

Carbon Pricing Leadership Coalition

Carbon Pricing Leadership Coalition Report

Weltbank

Carbon Price Dashboard

Französisches Ministerium für ökologischen und solidarischen Wandel

Fiscalité carbone

Weltbank

Carbon Price Dashboard

Deutsch-französisches Büro für die Energiewende

CO-Bepreisung in Frankreich

Carbon Pricing Leadership Coalition

Carbon Pricing Leadership Coalition Report

Le Journal du Dimanche

Prix des carburants: chiffres pour comprendre le ras-le-bol actuel

New York Times

Yellow Vest Protests Shake France

Germanwatch

CO-Preise Frankreich zeigt wie man es nicht machen sollte

Euractiv

Nach Gelbwesten: CO-Steuer steht in Frankreich weiter zur Diskussion

Le Point

Tribune de députés pour une fiscalité carbone juste: Ce n'est pas le retour de la taxe carbone

Orphelin

VerkehrsRundschau

Macron denkt an flexible Version der CO-Steuer

Rseau Action Climat

Pas de Transition écologique sans justice sociale

Press Dheadys

Neben nationalen Maßnahmen versucht die Macron Regierung auch innerhalb Europas neue CO-Bepreisungsinitiativen auf den Weg zu bringen. So setzt sich Frankreich insbesondere für die Einführung eines multinationalen Mindestpreises für die Stromerzeugung im EU EHS ein, der anfänglich zwischen 10 und 15 €/t CO₂e liegen und im Rahmen einer Vorreiterallianz von EU Mitgliedsstaaten implementiert werden würde. Brune Poirson, Staatssekretärin im Umweltministerium, bezeichnete das EU EHS als grundsätzlich gut, aber nicht effizient genug. Über die Umsetzung eines derartigen CO₂-Mindestpreises führt das französische Umweltministerium Gespräche mit EU Mitgliedsstaaten, darunter mit der deutschen Bundesregierung im Rahmen der Meseberger Klima AG beider Regierungen, die grundsätzlich die Frage der CO₂-Bepreisung diskutiert.

Zudem unterzeichnete Brune Poirson gemeinsam mit acht weiteren Energie- und Umweltministern aus EU Ländern am 12. Dezember 2018 eine Erklärung, in der sich die Staaten für eine Stärkung und Ausweitung der CO₂-Bepreisung innerhalb der EU aussprechen. Hierbei sollen jeweils im Ermessen der verschiedenen EU Staaten Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EU EHS oder CO₂-Preisinstrumente in den Nicht-EHS Sektoren gehören können.

Daneben setzt sich die französische Regierung auch in der internationalen Klimaschutzpolitik für die Umsetzung neuer CO₂-Preisinitiativen ein. So richtete Frankreich im Juni 2018 ein internationales High Level Forum zum Thema CO₂-Bepreisung aus, an dem mehr als 100 Führungskräfte aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft teilnahmen. Ziel der Veranstaltung war es, Möglichkeiten für eine effektive Entwicklung und Umsetzung von CO₂-Bepreisungsmechanismen zu entwickeln.

5.7 Großbritannien

Vorreiterrolle als erster EU-Mitgliedsstaat mit einem CO₂-Mindestpreis im Stromsektor

Kurzbeschreibung des CO₂-Preises im EU EHS

Aktuell ist Großbritannien der einzige Mitgliedsstaat in der Europäischen Union und im Europäischen Emissionshandel, der in einem EU EHS Sektor einen komplementären nationalen CO₂-Mindestpreis umgesetzt hat. Der britische CO₂-Mindestpreis (Carbon Price Floor - CPF) wurde am 1. April 2017 eingeführt. Er war eine Reaktion auf die ausgebliebene Wirksamkeit des EU EHS. In der britischen Regierung hatte sich die Einschätzung durchgesetzt, dass das EHS keine ausreichenden Anreize für Investitionen in emissionsarme Technologien in Großbritannien

Euractiv	Seven EU countries call for stronger climate action in Europe
Reuters	France calls on EU nations to adopt carbon price floor
Energate	Frankreich drängt auf einen CO ₂ -Mindestpreis
Energate	Deutsch-Französische Arbeitsgruppe soll CO ₂ -Mindestpreis prüfen
Gemeinsame Erklärung von neun EU Energie- und Umweltministern	Statement to strengthen and extend carbon pricing in Europe
Carbon Pricing Leadership Coalition	Carbon Pricing Leadership Coalition Report
House of Commons	Carbon Price Floor (CPF) and the price support mechanism

setze. Ein wichtiger weiterer Grund war, dass die Regierung durch das verabschiedete Klimaschutzgesetz dazu verpflichtet war, die Wirtschaft kontinuierlich zu dekarbonisieren. Der dafür zentrale Wechsel in der Stromerzeugung von Kohle zu Gas stellte sich bei den niedrigen Zertifikatspreisen jedoch nicht ein.

Der CPF besteuert alle fossilen Energieträger, die für den Einsatz in der Stromerzeugung verwendet werden. Er setzt sich aus zwei Komponenten zusammen, die von den Stromproduzenten bezahlt werden: dem Preis für die EU EHS Emissionserlaubnisse, die Unternehmen auf den Auktionen der Regierung oder auf dem sekundären CO₂-Markt entrichten müssen, und dem CO₂-Unterstützungspreis Carbon Price Support (CPS), der die Differenz zwischen dem von der britischen Regierung prognostizierten EU EHS Zertifikatspreis und dem Mindestpreis darstellt. Liegt der prognostizierte EU EHS Zertifikatspreis über dem CPF, entfällt der CPS. Der CPS wird zum Zeitpunkt des Verkaufs von Kohle, Erdgas und Flüssiggas mit dem Einsatzzweck Stromerzeugung erhoben. Dabei erfasste der CO₂-Mindestpreis im April rund 70 Prozent der Treibhausgase in Großbritannien. Ausnahmen bestehen unter anderem für Stromerzeugungsanlagen in Nordirland und bestimmte Kraftwerke Kopplungsanlagen.

Der britische CO₂-Mindestpreis ist in den Jahren nach seiner Einführung zunächst deutlich gestiegen. So startete der Mindestpreis inkl. EU EHS Zertifikatspreis im Jahr 2001 bei ungefähr 10 t CO₂e. Der CPS betrug zu diesem Zeitpunkt 10 t CO₂e. Damals sah der Einsetzungsbeschluss vor, dass der Mindestpreis jedes Jahr steigen sollte, bis zu einem Preis von 20 t CO₂e im Jahr 2008.

Da jedoch die EU EHS Zertifikatspreise parallel nicht mitanstiegen und keine weiteren europäischen Länder einen EHS Mindestpreis einführten, entschied sich die britische Regierung, den Mindestpreis zunächst bei 10 t CO₂e und ab 2008 auf 10 t CO₂e einzufrieren. Hintergrund der Entscheidung waren auch Bedenken hinsichtlich relativ höherer Stromkosten für britische Unternehmen und Verbraucher im Vergleich insbesondere mit den EU-Nachbarn und damit einhergehende negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft. Im Jahr 2008 hatte sich die Lage bezüglich Mindestpreisen in anderen europäischen Ländern und dem allgemeinen EHS Preisniveau nicht wesentlich verändert, und die Regierung beschloss, den Preis bis 2010 weiter einzufrieren.

Im Jahr 2008 nahm das Finanzministerium durch den Mindestpreis rund 10 Milliarden ca. 10 Milliarden ein. Die Einnahmen fließen in den Gesamthaushalt des britischen Finanzministeriums und sind nicht zweckgebunden.

Der Mindestpreis wird insgesamt als Erfolg bewertet, da er einen erheblichen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen Großbritanniens geleistet hat. So konnte die kohlebasierte Stromerzeugung

Weltbank	Carbon Price Dashboard
Newbery et al.	When is a carbon price floor desirable
House of Commons	Carbon Price Floor (CPF) and the price support mechanism
House of Commons	Carbon Price Floor (CPF) and the price support mechanism
Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change	Decarbonization and EU ETS Reform
	Introducing a price floor to drive low carbon investments
Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags	Die CO ₂ -Abgabe in der Schweiz, Frankreich und Großbritannien
	Mögliche Modelle einer CO ₂ -Abgabe für Deutschland, Sachstand WD
Weltbank	Carbon Price Dashboard
Sandbag	The UK Carbon Price Floor
Weltbank	Carbon Price Dashboard
House of Commons	Carbon Price Floor (CPF) and the price support mechanism
House of Commons	Carbon Price Floor (CPF) and the price support mechanism
House of Commons	Carbon Price Floor (CPF) and the price support mechanism

deutlich reduziert werden eine Reihe von Kohlekraftwerken in Großbritannien wurde geschlossen Der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung sank von 30 Prozent auf weniger als 10 Prozent Im Juli 2019 lag der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung bereits auf einem Rekordtief von 7 Prozent Für die jüngste Beschleunigung des Kohleausstiegs in Großbritannien war allerdings das inzwischen über den CPF angestiegene Preisniveau der EHS Erlaubnisse hauptverantwortlich

CO Aekdeh t ghw Tyhz hw

Der CPS wird über eine Steuer realisiert Es Komplementäre Maßnahmen zum EU EHS

Pp sh Dhedyhs

Aktuell wird in Großbritannien über das künftige CO₂-Bepreisungssystem diskutiert Der Mindestpreis gilt nach momentaner Planung bis April 2020 Dies bestätigte der britische Schatzkanzler Philip Hammond in einer Rede zum Haushalt im Oktober 2019 Die politische Stimmung im Land deutet sehr auf einer Beibehaltung des Mindestpreises So forderten im Oktober die Energieunternehmen SSE Drax und Orsted von Schatzkanzler Philip Hammond auch künftige für ein starkes CO₂-Preissignal und damit einen wichtigen Anreiz für Investitionen in emissionsarme Technologien zu sorgen Die Nichtregierungsorganisationen Greenpeace Friends of the Earth und WWF forderten unterdessen Maßnahmen für einen weiter steigenden CO₂-Preis

Gleichzeitig wirft der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der EU Brexit Fragen bezüglich des künftigen CO₂-Bepreisungssystems des Landes auf Sollte Großbritannien die EU ohne ein Abkommen verlassen würde das Land auch aus dem EU EHS ohne Anschlussregeln austreten In diesem Szenario will die Regierung die Bepreisung durch das EU EHS durch eine nationale CO₂-Steuer von 100 t CO₂e ca. 100 t CO₂e ersetzen Der CPS würde dann offenbar auf die Steuer aufgeschlagen und auch in diesem Szenario bis 2020 beibehalten Die Steuer würde die Sektoren Industrie und Stromerzeugung erfassen

Sollte ein Austrittsabkommen zwischen Großbritannien und der EU erzielt werden will Großbritannien bis zum Ende der aktuellen Handelsphase Ende 2020 im EU EHS verbleiben Dies erklärte Claire Perry Ministerin für Energie und Sauberes Wachstum am 12. Februar 2019 im Oberhaus des britischen Parlaments Ab 2021 solle dann ein eigenes Emissionshandelssystem umgesetzt und mit dem EU EHS verlinkt werden Als mögliche Optionen prüft die britische Regierung aber auch noch einen eigenen nicht mit dem EU EHS verlinkten Emissionshandel einen Verbleib im EU EHS sowie eine langfristige CO₂-Steuer

Aurora Energy Research The carbon price thaw Post freeze future of the GB carbon price
 Newbery et al When is a carbon price floor desirable
 Aurora Energy Research The carbon price thaw Post freeze future of the GB carbon price
 House of Commons Carbon Price Floor CPF and the price support mechanism
 Carbon Brief Budget Key climate and energy announcements
 Reuters Energy firms green groups call for strong UK carbon price to keep coal at bay
 Carbon Pulse UK outlines carbon tax replacement for EU ETS under no deal Brexit
 Weltbank Carbon Price Dashboard

5.8 Irland

CO₂-Steuer in den Nicht-EHS-Sektoren und politische Debatte über eine künftige Anhebung der Steuerrate

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Steuer in den Nicht-EHS-Sektoren
<p>Irland führt eine Steuer in den Nicht-EHS-Sektoren ein. Dabei handelt es sich genau genommen um drei verschiedene Steuern: die Erdgas CO₂-Steuer (Natural Gas Carbon Tax), die Mineralölsteuer (Mineral Oil Tax Carbon Charge) und die Feste Brennstoffe CO₂-Steuer (Solid Fuel Carbon Tax). Die drei Steuern werden auf Kraftstoffe (Benzin und Auto-Diesel), Nichttransportbrennstoffe (LPG und Kerosin) und Festbrennstoffe (Torf und Kohle) erhoben.</p> <p>Die Steuer fällt an, wenn die Brennstoffe ins Land importiert werden und wird anschließend sukzessive auf die Endverbraucher abgewälzt. Großhändler und Importeure der fossilen Energieträger sind verpflichtet, die Steuer zu entrichten. Sie erfasst ca. 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in Irland und wird in den Nicht-EHS-Sektoren erhoben. Steuerliche Ausnahmen bestehen insbesondere für die Emissionen, die durch die Landwirtschaft verursacht werden.</p> <p>Die irische CO₂-Steuer startete zunächst mit 10 t CO₂e. Mittlerweile liegt sie bei 20 t CO₂e. Zwischen April 2010 und 2011 generierte die CO₂-Steuer Zusatzeinnahmen von rund 1,5 Milliarden Euro. Ein wesentlicher Grund für die Einführung der Steuer war der Bedarf nach Staatseinnahmen der irischen Regierung im Kontext der Finanzkrise. So werden die Einnahmen aus der Steuer zwar beispielsweise für ein Förderprogramm im Gebäudesektor genutzt, allerdings auch explizit als Mittel zur finanziellen Konsolidierung.</p>
Politische Debatte
<p>Am 1. Juni kündigte die konservative Regierung unter Premierminister Leo Varadkar Fine Gael eine Erhöhung der bestehenden CO₂-Steuer von 10 auf 20 t CO₂e bis 2015 als Teil ihres neuen Klimaaktionsplans an. Diese Maßnahme soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass Irland seine Klimaschutzziele erreicht und das Land auf seinem Weg in eine dekarbonisierte Wirtschaft unterstützen. Während noch unklar ist, welche Begleitmaßnahmen zur Sicherung der Sozialverträglichkeit auf den Weg gebracht werden sollen, plant die Regierung, die Steuer über die kommenden Jahre sukzessiv ansteigen zu lassen. Details zur genauen Ausgestaltung des Anstiegspfades sind aktuell nicht bekannt.</p>

IDA Ireland: Besteuerung in Irland
 Nadel: Learning from Carbon Taxes
 Weltbank: Carbon Price Dashboard
 Zimmermannov, H. Jek, Rozenk: Carbon taxation in European countries
 Convery, Dunne, Joyce: Ireland's Carbon Tax in the context of the Fiscal Crisis
 Public Policy: The Carbon Tax Years On
 Convery, Dunne, Joyce: Ireland's Carbon Tax in the context of the Fiscal Crisis
 Japanisches Umweltministerium: Greening of Whole Tax System and Carbon Tax in Japan
 The Center for International Environment and Resource Policy: Carbon Pricing in Practice
 Belgian National Debate on Carbon Pricing: Juni Executive Summary
 TheJournal: No decisions made as to how Ireland will quadruple its carbon tax by

Die Irish Times hatte bereits am 1. Mai berichtet, dass die Regierung auch eine Anhebung auf 10 € bis 15 € für den Liter Benzin denkbar halte. Die Zeitung prognostizierte zudem, dass die irische CO₂-Steuer bzw. ihre künftigen Anhebungen zu einer der politischen Schlüsseldebatten des Jahres sowie der nächsten Parlamentswahl werden.¹¹²

Die Entscheidung der Regierung kommt dabei nicht überraschend. Bereits am 1. März hatten sich Vertreter der Parteien Fine Gael, Fianna Fáil, Labour und Die Grünen innerhalb des parteiübergreifenden Committee on Climate Action des irischen Parlaments auf einen Bericht mit Maßnahmenempfehlungen geeinigt, die die Regierung im Kampf gegen den Klimawandel ergreifen sollte. Dazu gehört die nun bestmögliche Anhebung der bestehenden CO₂-Steuer von derzeit 10 € auf 15 € und die Einführung entsprechender Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen für sozial schwächere Verbraucher. Zudem soll gesetzlich verankert werden, dass die neuen Mehreinnahmen nicht in den generellen Haushalt fließen. Ob diese den Bürgerinnen und Bürgern in Form einer Pro-Kopf-Pauschale zurückgezahlt oder für spezifische Klimaschutzmaßnahmen oder Maßnahmen gegen Energiearmut genutzt werden, soll laut Bericht durch eine öffentliche Konsultation geklärt werden. Die größte Oppositionspartei Sinn Féin sowie die Partei Solidarity People Before Profit stimmten gegen den Bericht.

Premierminister Varadkar hat bereits in der Vergangenheit auf die Potentiale der CO₂-Steuer verwiesen. So machte er im Sommer deutlich, dass die Steuer im Rahmen des nächsten Haushalts erhöht werden müsse, damit Irland seine Klimaschutzziele erreichen könne. Dabei erklärte er, dass die Erhöhung insbesondere einkommensschwache Haushalte belasten werde. Um diese zu schützen, sollen zusätzliche entlastende Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Darüber hinaus verabschiedete Richard Bruton, Minister für Kommunikation, Klimaschutz und Umwelt, gemeinsam mit acht weiteren Energie- und Umweltministern aus EU-Ländern am 1. Dezember eine Erklärung, in der sich die Minister für eine Stärkung und Ausweitung der CO₂-Bepreisung innerhalb der EU aussprechen. Hierfür sollen jeweils im Ermessen der verschiedenen EU-Staaten Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EU-EHS oder CO₂-Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren gehören können.

5.9 Italien

Einsatz für eine Stärkung und Ausweitung der CO₂-Bepreisung innerhalb der Europäischen Union

Kategorie des Maßnahmens
Nicht vorhanden
CO₂-Bepreisung
Nicht vorhanden

Irish Times: Climate change plan: Carbon taxes seen as best way to reduce pollution
 Irish Times: Carbon tax increases should be reinvested as grants, says Martin
 Houses of the Oireachtas: Report of the Joint Committee on Climate Action: Climate Change a Cross Party Consensus for Action
 Irish Times: All party climate action committee reaches agreement on carbon tax rises
 Irish Examiner: Varadkar signals increased carbon tax to meet climate change goals
 Gemeinsame Erklärung von neun EU-Energie- und Umweltministern: Statement to strengthen and extend carbon pricing in Europe

Pp s h Dhedyhs
<p>Die italienische Regierung setzt sich für eine stärkere CO₂-Bepreisung innerhalb der Europäischen Union ein. So verabschiedete Sergio Costa, Minister für Umwelt, Landschafts- und Meereschutz, am 12. Dezember 2018 mit acht weiteren Energie- und Umweltministern aus EU-Ländern eine Erklärung, in der sich die Minister für eine Stärkung und Ausweitung der CO₂-Bepreisung innerhalb der EU aussprechen. Hierbei sollen jeweils im Ermessen der verschiedenen EU-Staaten Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EU-EHS oder CO₂-Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren gehören können.</p>

5.10 Lettland

CO₂-Steuer auf Emissionen in der Industrie und im Stromsektor, die nicht vom EU-EHS erfasst werden

Ktr uphr hsy wh Md sdl r hs ßzr EV EHT
Nicht vorhanden
CO Aekdeh t ghw Tyzh hw
<p>In Lettland wurde eine CO₂-Steuer (nodokli par oglek a dioksida) eingeführt. Die Steuer ist Bestandteil des lettischen Steuergesetzes für Natürliche Ressourcen (Dabas resursu nodokli likums), welches darauf abzielt, Umweltverschmutzung zu bekämpfen.</p> <p>Die lettische CO₂-Steuer bepreist CO₂-Emissionen aus der Industrie und dem Stromsektor, die nicht vom EU-EHS erfasst werden. Sie wird auf alle fossilen Brennstoffe außer Torf erhoben. Insgesamt werden durch die Steuer rund 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in Lettland bepreist.</p> <p>Der Steuersatz ist in den letzten Jahren leicht gestiegen, von 10 t CO₂e auf 12 t CO₂e. Die Mehreinnahmen, die durch die CO₂-Steuer generiert werden, müssen für Umwelt- bzw. Klimaschutzmaßnahmen genutzt werden.</p> <p>Großhändler und Importeure der fossilen Brennstoffe sind verpflichtet, die Steuer zu entrichten. Wie häufig dies der Fall ist, hängt von der Anlagengröße ab. So muss die Steuer für kleinere Anlagen jährlich und für größere Anlagen auf Quartalsbasis entrichtet werden.</p>
Pp s h Dhedyhs
Nicht bekannt

Gemeinsame Erklärung von neun EU-Energie- und Umweltministern
carbon pricing in Europe

Weltbank

Carbon Price Dashboard

Weltbank

Carbon Price Dashboard

Weltbank

The State and Trends of Carbon Pricing

Weltbank

Carbon Price Dashboard

Statement to strengthen and extend

5.11 Luxemburg

Geplante Ausrichtung der Steuern auf Mineralölprodukte an den Pariser Klimaschutzziele und politische Debatte über Einführung eines CO₂-Mindestpreises

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Ausscheidung
Nicht vorhanden
Politik
<p>Am Februar präsentierte die neue Regierung ihren Entwurf des Integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan für Luxemburg. Dieser sieht u.a. eine Anhebung der Steuern auf Mineralprodukte, Kraftstoffe und Heizöl im Einklang mit den Zielen des Pariser Klimaabkommens vor. Eine erste Anpassung der Besteuerung soll bereits erfolgen.</p> <p>Die Einführung einer weiteren CO₂-Bepreisung wurde auch im Rahmen des Wahlkampfs zur luxemburgischen Kammerwahl am Oktober thematisiert. Eine Forderung aus dem Wahlprogramm der Grünen D iGr ng lautete, Luxemburg solle sich zusammen mit den Regierungen von Deutschland, Frankreich, den Niederlanden und Belgien auf die Einführung eines CO₂-Mindestpreises einigen, der vermutlich im EU-EHS ansetzen würde. Hiervon versprechen sich die luxemburgischen Grünen eine Verbesserung des Klimaschutzes in der Industrie sowie Sicherheit bei der Investition in erneuerbare Energien. Zudem sollen europäische Betriebe durch die Einführung einer CO₂-Importtaxe vor Umweltdumping geschützt werden.</p> <p>Es ist wahrscheinlich, dass die Forderung nach einem CO₂-Mindestpreis in der angelaufenen Legislaturperiode adressiert werden wird. Die bisherige Regierung aus Liberalen, Sozialdemokraten und Grünen konnte bei der Wahl am Oktober ihre bisherige Mehrheit knapp verteidigen. Die Grünen gingen als große Gewinner aus der Wahl hervor und konnten ihre Mandatszahl von bisher sechs auf neun erhöhen. Die Grüne Carole Dieschbourg behält auch im neuen Kabinett ihre Rolle als Umweltministerin. Zudem besetzt die Partei mit Claude Turmes ebenfalls das Energieministerium.</p>

Regierung Luxemburg Entwurf des Integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan für Luxemburg
 D iGr ng Wahlprogramm Zukunft Zusammenhalt Gutt Liewen
 Tagesschau Wahl in Luxemburg Koalition verteidigt knappe Mehrheit
 Luxemburger Regierung Die Regierung

5.12 Niederlande

Regierung bereitet Einführung eines CO₂-Mindestpreises in der Stromerzeugung vor

Ktr uþr hsy vñ Md sdl r hs ßzr EV EHT	
<p>Die niederl ndische Regierung bereitet momentan einen CO Mindestpreis in der Stromerzeugung vor Dies sieht der Koalitionsvertrag des Kabinetts Rutte III vom Oktober vor Laut Koalitionsvertrag verspricht sich die Regierungskoalition davon mehr Energieeinsparung und effizienz Die Weltbank geht davon aus dass der CO Mindestpreis hnlich wie in Gro britanien ber eine CO Steuer umgesetzt wird Anfang Oktober best tigte die niederl ndische Regierung in einem Brief an das niederl ndische Parlament ihre Pl ne f r einen nationalen CO Mindestpreis Urspr nglich sollte der Mindestpreis bei t CO e starten und bis auf t CO e steigen</p> <p>Am Dezember ver ffentlichte die Regierung jedoch einen Entwurf f r ihre Energie und Klimapolitik mit niedrigeren Preisempfehlungen So soll der Mindestpreis nun zum Start t CO e betragen und bis auf t CO e ansteigen Grund f r die Revision ist laut Medienberichten dass Industrieunternehmen Kostennachteile bef rchten Der Druck der Industrie d rfte auch deswegen erfolgreich gewesen sein weil sich bis jetzt keine europ ische Vorreiterkoalition zur koordinierten Einf hrung von CO Mindestpreisen im EU EHS abzeichnet siehe Pl ne Debatten Entsprechende Anfragen aus Den Haag und Paris hat die deutsche Bundesregierung bis dato ins Leere laufen lassen Wahrscheinlich wird das niederl ndische Parlament noch vor der Sommerpause ber den Mindestpreis abstimmen Hier f r brachten die Ministerien f r Finanzen und Wirtschaft Anfang Juni einen entsprechenden Gesetzentwurf ins Parlament ein</p> <p>Inwieweit das neue CO Preisinstrument eine finanzielle Mehrbelastung f r die B rger bedeutet h ngt insbesondere von der k nftigen Entwicklung der EU EHS Zertifikatspreise ab Denn der k nftige CO Mindestpreis soll sich aus den Kosten der Emissionserlaubnisse des EU EHS und einer nationalen CO Preiskomponente zusammensetzen Insofern wird er nur greifen wenn die Zertifikatspreise unter dem nationalen Mindestpreis liegen In diesem Fall zahlen die Betreiber der erfassten Anlagen k nftig die Differenz zwischen den Zertifikatspreisen und dem nationalen CO Mindestpreis</p> <p>Der Mindestpreis ist Teil eines breiteren Klimaschutzma ßnahmenpakets der Regierung Dieses soll dazu beitragen dass sie ihr im Koalitionsvertrag vereinbartes Ziel erreicht ihre Treibhausgasemissionen bis um Prozent gegen ber zu senken</p>	
CO Aekdeh t ghw Tyhz hw	
Nicht vorhanden	

Koalitionsvertrag Kabinett Rutte III	Vertrouwen in de toekomst	
Weltbank	Carbon Price Dashboard	
Montel	Dutch government insists on CO price floor from	
International Carbon Action Partnership	Netherlands proposes EUR	carbon price floor
Niederl ndische Regierung	Ontwerp van het Klimaatakkoord	
Montelnews	Dutch to vote on carbon price floor before summer	
Energate	Niederlande ziehen Untergrenze f r CO Preis ein	
International Carbon Action Partnership	Netherlands proposes EUR	carbon price floor
Newbery et al	When is a carbon price floor desirable	
International Carbon Action Partnership	Netherlands proposes EUR	carbon price floor

Pp sh Dhedyyhs

Die niederl ndische Regierung k ndigte im M rz an eine zus tzliche CO Steuer f r Unternehm
men einf hren zu wollen. Dagegen soll die Energiesteuer f r B rger gesenkt werden. Die Kosten
m ssen ehrlicher verteilt werden, sagte Ministerpr sident Rutte. Die Regierung reagierte damit auf
Berichte von zwei staatlichen Instituten ber die Kosten der geplanten Ma nahmen gegen den Kli
mawandel. Danach w rden vor allem die B rger f r die Mehrkosten aufkommen.¹³⁵ Auch vom EU
EHS abgedeckte Unternehmen sollen die Steuer entrichten.¹³⁶

Die entsprechenden Pl ne schickte Wirtschaftsminister Eric Wiebes als Teil des Klimaatakkord
der Regierung am Juni an das niederl ndische Parlament. Danach soll die CO Steuer
voraussichtlich bei t CO starten und bis auf bis t CO e steigen. Die genaue
H he soll zu einem sp teren Zeitpunkt festgelegt werden. Fest steht, dass die Steuer die Kosten f r
die Emissionserlaubnisse des EU EHS beinhalten soll. Entsprechend m ssen die Unternehmen die
Differenz zwischen EU EHS Erlaubnispreis und der voraussichtlich h heren Steuer bezahlen. Au er
dem bepreist die Steuer nicht alle Emissionen der Industrie, sondern nur die Emissionen, die ber
ein bestimmtes Niveau hinausgehen, excessive emissions. Das jeweilige Niveau basiert auf den
produktbezogenen Bezugsnormen, Benchmarks, des EU EHS, wird aber um einen noch zu be
stimmenden Faktor versch rft. Durch die Nutzung von Benchmarks soll sichergestellt werden, dass
die ineffizientesten Anlagen die h chsten CO Kosten tragen. Zudem soll eine Abwanderung der In
dustrie in andere Staaten, Carbon Leakage, verhindert werden.

Dar ber hinaus wirbt die Regierung f r die Einf hrung eines EHS Mindestpreises sowie alternativ f r
einen zun chst im Rahmen einer europ ischen Vorreiterallianz koordinierten EHS Mindestpreis im
Stromsektor. So erkl rte sie, dass ihre aktuellen klimapolitischen Bem hungen darauf abzielen,
das EU EHS als Ganzes zu verbessern bzw. zu versch rfen. Sollte dies nicht m glich sein, sollten L
sungen in Zusammenarbeit mit anderen L ndern Nordwesteuropas gefunden werden. Zudem
verabschiedete Eric Wiebes, Minister f r Wirtschaft und Klimaschutzpolitik, mit acht weiteren Ener
gie- und Umweltministern aus EU L ndern am Dezember eine Erkl rung, in der sie sich f r
eine St rkung und Ausweitung der CO-Bepreisung innerhalb der EU aussprechen. Hierf r sollen
jeweils im Ermessen der verschiedenen EU Staaten Ma nahmen ergriffen werden, zu denen ein
Mindestpreis im EU EHS oder CO-Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren geh ren k nnen.

Handelsblatt Niederlande planen Klima Steuer f r Unternehmen
Reuters Dutch to introduce corporate CO tax as climate plans fall short
Beim niederl ndischen Klimaatakkord, sog. Klimaabkommen bzw. Klimavereinbarung, handelt es sich um
einen Kompromiss f r einen m glichen k nftigen Klimaschutzpolitischen Kurs des Landes, den Vertreter von Regie
rung, Arbeitgeberverb nden, Gewerkschaften, Industrie, Bauern, Verbraucher und Umweltschutzorganisationen
gemeinsam verhandelt haben, aus Deutschlandfunk, Energiewende in den Niederlanden, Der schwie
rige Einstieg in den Ausstieg
Niederl ndische Regierung Klimaatakkord hoofdstuk Industrie, The New York Times, Dutch
Government Presents Measures to Cut Carbon Emissions
Energate Deutsch-Franz sische Arbeitsgruppe soll CO-Mindestpreis pr fen
Montel Dutch government insists on CO price floor from
Gemeinsame Erkl rung von neun EU-Energie- und Umweltministern, Statement to strengthen and extend
carbon pricing in Europe

5.13 Norwegen

Vorreiterrolle mit frühzeitiger Einführung einer hohen CO₂-Steuer

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Bepreisung
<p>Norwegen gehört zu den weltweiten Vorreitern beim Thema CO₂-Bepreisung und führte bereits im Jahr 1991 eine CO₂-Steuer ein. Die CO₂-Steuer erfasst flüssige und gasförmige fossile Brennstoffe sowie Erdgas, das direkt in die Atmosphäre emittiert wird. Während grundsätzlich alle Sektoren von der CO₂-Steuer erfasst werden, bestehen für einige Sektoren Teilnahmen. So sind z.B. die Landwirtschaft und Müllverbrennung von der Steuer befreit. Zudem gilt für die Fischerei eine reduzierte Steuerrate. Anlagenbetreiber, die bereits vom EU EHS erfasst werden, sind von der CO₂-Steuer ausgenommen. Auf Aktivitäten rund um die Produktion von Offshore-Öl, die bereits unter das EU EHS fallen, wird jedoch die volle CO₂-Steuer erhoben.</p> <p>Die Steuer erfasst rund 40 Prozent der Treibhausgasemissionen in Norwegen. Gemeinsam mit dem EU EHS werden sogar circa 90 Prozent aller Emissionen bepreist. Produzenten, Großhändler und Importeure der fossilen Brennstoffe müssen die Steuer entrichten. Für Mineralerzeugnisse monatlich und für Offshore-Petroleum zweimal jährlich. Die Steuerraten variieren stark zwischen verschiedenen Brennstoffen und Sektoren. Die CO₂-Preise in Norwegen gehören jedoch insgesamt zu den höchsten weltweit. Am 1. April 2012 lagen sie zwischen 12,5 NOK/tCO₂e und 16,5 NOK/tCO₂e. Am 1. Januar 2013 wurde bereits ein Großteil der reduzierten Steuernätze und Ausnahmen abgeschafft. Die Mehreinnahmen durch die CO₂-Bepreisung fließen in den Haushalt. Die Regierung nutzt sie beispielsweise zum Einkommens- und Körperschaftssteuer zu senken. Ein weiterer Teil wird für die Altersvorsorge einkommensschwacher Bürger verwendet. Seit 2008 werden rund 40 Prozent der Einnahmen für grüne Maßnahmen wie einen Klimafonds sowie die Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz verwendet.</p> <p>Insgesamt bewertet die Regierung das vorhandene CO₂-Bepreisungsregime als CO₂-Steuer und Teilnahme am EU EHS als Erfolg. So liegen die Treibhausgasemissionen des Landes laut Regierung ohne CO₂-Bepreisung heute Stand 2012 bis 2020 bei 100 Prozent höher.</p>
Prospektive
<p>Die norwegische Regierung hat Komitees damit beauftragt, die Einführung einer CO₂-Steuer auf Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft sowie die Erhöhung der bestehenden CO₂-Steuerrate im Fischereisektor zu prüfen. Auch berlegt die Regierung, ob Müllverbrennungsanlagen künftig ebenfalls durch die CO₂-Steuer o bepreist werden sollten.</p>

- Weltbank [Carbon Pricing Dashboard](#)
- Norwegische Regierung [Submission to the Talanoa dialogue](#)
- Weltbank [Carbon Pricing Dashboard](#)
- The Center for International Environment and Resource Policy [Carbon Pricing in Practice](#)
- Norwegisches Öl und Energieministerium [Taxes and Emissions Trading](#)
- Weltbank [Carbon Pricing Dashboard](#)
- The Center for International Environment and Resource Policy [Carbon Pricing in Practice](#)
- Norwegische Regierung [Submission to the Talanoa dialogue](#)
- Weltbank [Carbon Pricing Dashboard](#)

5.14 Österreich

Einsatz der Regierung für einen europaweiten CO₂-Mindestpreis innerhalb des EU-EHS sowie Vorschläge der Opposition für eine nationale CO₂-Bepreisung

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Bepreisung
Nicht vorhanden
Opposition
<p>Aktuell finden in Österreich verschiedene Debatten zum Thema CO₂-Bepreisung statt. So macht sich die österreichische Regierung dafür stark, die CO₂-Bepreisung in Europa voranzutreiben. Dabei spricht sie sich für die Einführung eines europäischen Mindestpreises innerhalb des EU-EHS aus. Die österreichische Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger sagte in diesem Zusammenhang: „Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um eine Allianz mit Mitgliedsstaaten zu bilden, um einen CO₂-Mindestpreis auf EU-Ebene einzuführen.“ Die französische Regierung bezeichnete sie in diesem Zusammenhang als wichtigen Partner.</p> <p>Teile der österreichischen Opposition fordern außerdem die Einführung einer nationalen CO₂-Bepreisung. So spricht sich die liberale Partei Österreichs (NEOS) für die Einführung einer CO₂-Steuer aus. Am 10. Oktober präsentierte die Parteivorsitzende Beate Meinl-Reisinger und der Sprecher für Wirtschaft und Industrie, Tourismus, Energie und Kultur, Sepp Schellhorn ein Konzept für eine nachhaltige, innovative, entlastende, ökologische Steuerreform. Kernpunkt ist die Einführung einer CO₂-Steuer. Zunächst soll diese schrittweise Zielwert von 100 € pro t CO₂ vor allem im Verkehrssektor eingeführt werden. Die Ausgestaltung würde aufkommensneutral erfolgen, weil die Lohnnebenkosten um bis zu 1,5 Milliarden Euro gesenkt werden. In Phase II bis 2025 würde die Steuer auf alle Sektoren ausgedehnt werden, und es sollen gleichzeitig andere Steuern, z. B. Lohnsteuer, im Umfang von insgesamt zwei bis drei Milliarden Euro gesenkt werden.</p> <p>Neben der NEOS spricht sich auch die grün-gründete Liste Pilz für die Einführung einer CO₂-Steuer in Österreich aus. Die Partei fordert ebenfalls eine aufkommensneutrale, sozial gerechte Steuerreform inklusive Einführung einer CO₂-Steuer.</p> <p>Die Auswirkungen des Zusammenbruchs der Regierung Kurz Ende Mai 2019 auf die Klimapolitik waren zum Redaktionsschluss noch nicht absehbar. Mit Blick auf die Positionierungen der bisherigen Oppositionsparteien wird das Thema CO₂-Bepreisung aus Sicht von Germanwatch im Wahlkampf für die Neuwahlen zum Nationalrat 2019 jedoch eine Rolle spielen.</p>

Carbon Pulse Austria adds to EU nations favouring an EU ETS floor
 oekonews Köstinger für CO₂-Mindestpreis auf europäischer Ebene
 Tiroler Tageszeitung NEOS auf grünem Weg: ökologisches Steuerkonzept mit CO₂-Steuer
 Kurier Klimaschutz: Regierung lehnt dringlichen Parlamentsantrag ab
 Parlament Klimaschutz: Liste Pilz drängt auf Einführung einer CO₂-Steuer

5.15 Polen

Sehr niedrige CO₂-Steuer bereits seit 1990

Kategorie	EV EHT
Nicht vorhanden	
CO ₂ -Steuer	EV EHT
Polen führte bereits eine CO ₂ -Steuer ein. Dies erfolgte damit ungefähr zeitgleich mit der Einführung einer CO ₂ -Bepreisung in den Vorreiterstaaten Skandinaviens. Die polnische CO ₂ -Steuer ist Teil des polnischen Umweltschutzakts Prawo ochrony środowiska. Die Steuer wird auf alle Treibhausgasemissionen verursachenden Brennstoffe in grundsätzlich allen Sektoren erhoben. Ausnahmen bestehen für Anlagen, die bereits vom EU EHS erfasst sind. Ausnahmen gibt es auch wenn die jährliche Steuerlast unter dem Umweltschutzakt weniger als 100 Zloty (ca. 25 Euro) beträgt. Insgesamt erfasst die Steuer lediglich 10 Prozent der Treibhausgasemissionen Polens. Die Entrichtung erfolgt jährlich. Aufgrund der sehr niedrigen Steuerrate und des geringen Abdeckungsbereichs besitzt die Steuer jedoch in erster Linie Symbolcharakter. Aktuell liegt die Steuerrate bei ungefähr 10 Zloty (ca. 2,5 Euro) pro t CO ₂ e. April	
Prognose	EV EHT
Nicht bekannt	

5.16 Portugal

CO₂-Steuer in den Nicht-EHS-Sektoren und Abbau bestehender Ausnahmen für Kohle

Kategorie	EV EHT
Nicht vorhanden	
CO ₂ -Steuer	EV EHT
setzte die portugiesische Regierung eine Kommission Comissão Para a Reforma Fiscal Ambiental ein, die Vorschläge für eine Umweltsteuerreform erarbeiten sollte. Als Teilergebnis dieses Prozesses wurde am 1. Januar 2013 eine nationale CO ₂ -Steuer in Höhe von 10 Euro pro t CO ₂ e in den Nicht-EHS-Sektoren eingeführt. Die CO ₂ -Steuer gehört zu den Besonderen Verbrauchssteuern Código dos Impostos Especiais de Consumo. Sie wird auf alle fossilen Brennstoffe in den Nicht-EHS-Sektoren, insbesondere Verkehr und Gebäude, erhoben. In Portugal werden damit rund 10 Prozent der Treibhausgase erfasst. Großhändler und Importeure der fossilen Brennstoffe sind dazu verpflichtet, die Steuer monatlich zu entrichten. Der Steuersatz wird jährlich bestimmt und entspricht dem durchschnittlichen EU EHS Zertifikatspreis der vorangegangenen Jahre. Dementsprechend steigt die CO ₂ -Bepreisung in den	

- Weltbank Carbon Price Dashboard
- Pereira, Pereira The Environmental and Economic Effects of a New Carbon Tax in Portugal
- Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
- Weltbank Carbon Price Dashboard
- Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing

Nicht EHS Sektoren mit den Preisen im EU EHS derzeit an Der CO Steuersatz betr gt aktuell t CO e April

wurden durch die CO Steuer Mehreinnahmen in Höhe von ca Millionen Euro erzielt lagen die Einnahmen bereits bei ca Millionen Euro Die Steuer soll auch dazu dienen die öffentliche Verschuldung Portugals zu senken Sozial schwache Verbraucher sind teilweise von der Steuer ausgenommen

Prof. Dr. Philipp Diederichs

Aktuell bestehen bei der CO Steuer verringerte Steuersätze für kohlebasierte Stromerzeugung und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen während die Steuer auf Öl und andere Brennstoffe in den Nicht EHS Sektoren vollständig erhoben wird Die Ermäßigungen sollen kontinuierlich abgeschafft werden So zahlten die Betreiber von kohlebasierten Stromerzeugungs- und Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen noch eine reduzierte CO Steuer von nur Prozent steigt die ermäßigte Abgabe auf Prozent des normalen Steuersatzes und soll anschließend pro Jahr um Prozent steigen bis die Betreiber der Anlagen im Jahr den vollen Steuersatz zahlen müssen

Laut Medienberichten zeigt sich die portugiesische Regierung offen für die Einführung eines Mindestpreises im EU EHS der im Rahmen einer Vorreiterallianz umgesetzt werden würde In diesem Zusammenhang verabschiedete João Pedro Matos Fernandes Minister für Umwelt und Energiewende gemeinsam mit acht weiteren Energie- und Umweltministern aus EU Ländern am Dezember eine Erklärung in der er sich für eine Stärkung und Ausweitung der CO Besteuerung innerhalb der EU ausspricht Hierfür sollen jeweils im Ermessen der verschiedenen EU Staaten Maßnahmen ergriffen werden zu denen ein Mindestpreis im EU EHS oder CO Preisinstrumente in den Nicht EHS Sektoren gehören können

5.17 Schweden

Erfolgreicher Vorreiter mit einer der ersten und mittlerweile höchsten CO₂-Steuern weltweit bei hoher Wirtschaftsleistung und gesellschaftlicher Akzeptanz

Kategorie: Klimaschutz, Energie, Wirtschaft, EU, EHS

Nicht vorhanden

Pereira Pereira and Rodrigues A New Carbon Tax in Portugal A Missed Opportunity to Achieve the Triple Dividend
 Weltbank Carbon Price Dashboard
 Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
 Weltbank Carbon Price Dashboard
 Pereira Pereira and Rodrigues A New Carbon Tax in Portugal A Missed Opportunity to Achieve the Triple Dividend
 Weltbank Carbon Price Dashboard
 Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
 Montelnews EDF hopes for European CO₂ price floor within months Flachslund et al Five myths about an EU ETS carbon price floor
 Gemeinsame Erklärung von neun EU Energie- und Umweltministern Statement to strengthen and extend carbon pricing in Europe

CO Aekdeh t ghw Tyhz hw

Schweden geh rt zu den Vorreitern der CO Bepreisung und f hrte bereits eine CO Steuer Koldioxidskatt im Rahmen einer gr eren Steuerreform ein Die CO Steuer ist Teil der schwedischen Energiesteuer Skatt pa energi Bei der Einf hrung der CO Steuer wurde die bestehende Energiesteuer um Prozent reduziert

Die CO Steuer wird auf alle fossilen Brennstoffe erhoben insbesondere in den Nicht EHS Sekto ren Geb ude und Verkehr aber auch in anderen Industriezweigen die nicht vom EU EHS erfasst werden Urspr nglich galten f r diese Industrien reduzierte Steuers tze diese wurden aber abgeschafft Die Steuer erfasst rund Prozent der Treibhausgasemissionen Schwedens Ge meinsam mit dem EU EHS sind es etwa Prozent Fast alle CO Emissionen die bereits durch das EU EHS abgedeckt werden sind von der CO Steuer ausgenommen F r die W rmeproduk tion in EHS Anlagen gilt jedoch eine Ausnahme Deren Besteuerung ist von auf Prozent des regul ren CO Steuersatzes angehoben worden Seit besteuert die Regierung teilweise Kraft W rme Kopplungs KWK Anlagen die ebenfalls vom EU EHS erfasst sind F r deren W r meproduktion m ssen nun Prozent des regul ren Steuersatzes gezahlt werden Daneben bestehen Teil Ausnahmen von der Steuer z B in der Landwirtschaft oder f r bestimmte Trans portformen u a den Zugverkehr

Schweden verf gt mittlerweile ber die h chsten CO Steuers tze weltweit So betrug der Steuersatz bei Einf hrung der Steuer SEK t CO e ca t CO e und ist mittlerweile auf SEK t CO e ca t CO e angestiegen April Um die Inflation zu be r cksichtigen wird der Steuersatz jedes Jahr neu berechnet Seit kommen j hrlich zwei wei tere Prozent hinzu damit das Wachstum der Steuern mit dem allgemeinen Wirtschaftswachstum Schritt h lt Gro h ndler und Importeure der fossilen Brennstoffe m ssen die Steuer monat lich entrichten

Die hohe CO Steuer generiert entsprechend hohe Mehreinnahmen f r den Staatshaushalt Die Einnahmen lagen bei etwa bei Milliarden Ein Gro teil der Einnahmen flie t zur freien Verwendung in den schwedischen Haushalt Die Erh hungen der CO Steuer wurden al lerdings h ufig kombiniert mit steuerlichen Entlastungen in anderen Gebieten um eine allge meine Erh hung der steuerlichen Belastung zu verhindern unerw nschte Umverteilungen zu ad ressierten und Jobwachstum zu stimulieren Die CO Bepreisung erf hrt nicht nur innerhalb der politischen Parteienlandschaft gro e Unterst tzung sondern auch innerhalb der schwedischen Bev lkerung Laut schwedischen Finanzministerium ist die hohe Akzeptanz neben einem ge wachsenen Umwelt und Klimabewusstsein insbesondere mit den gleichzeitig erfolgten Steu

Nadel Learning from Carbon Taxes
 Weltbank Carbon Price Dashboard
 äkerfeldt Hammar CO Taxation in Sweden Experiences of the Past and Future Challenges
 Weltbank Carbon Price Dashboard
 Klu mann BEE Briefing zur CO Bepreisung in Schweden und der Schweiz
 Weltbank Carbon Price Dashboard
 Carbon Pricing Leadership Coalition The Swedish experience of carbon taxation Get a fossil free beer or carton of milk
 Carbon Pricing Leadership Coalition Carbon Pricing Leadership Coalition Report
 Klu mann BEE Briefing zur CO Bepreisung in Schweden und der Schweiz
 Weltbank Carbon Price Dashboard
 Weltbank Carbon Price Dashboard
 Klenert et al Making carbon pricing work for citizens
 äkerfeldt Hammar CO Taxation in Sweden Experiences of the Past and Future Challenges

erentlastungen gesichert worden. Darüber hinaus konnte durch breite Konsultationen ein grundsätzlicher Konsens über das Instrument erzielt werden, welcher auch Regierungswechsel überdauert hat.

Die Steuer ist ein Eckpfeiler der schwedischen Klimapolitik und wird häufig als klimapolitischer Erfolg gewertet. Schweden gilt als wichtiges Beispiel dafür, wie sich die Reduktion von Treibhausgasemissionen und Wirtschaftswachstum vereinbaren lassen. So sind seit Einführung der Steuer die CO₂-Emissionen Schwedens um 21 Prozent gesunken. Gleichzeitig stieg das Bruttoinlandsprodukt seit 2009 um 17 Prozent.

Prof. Dr. Dedyhs

Schweden wird häufig als potenzielles Teilnehmerland einer europäischen Vorreiterallianz für die Umsetzung eines CO₂-Mindestpreises in den Emissionshandelssektoren genannt. In diesem Zusammenhang verabschiedete Isabella Lövin, Ministerin für Internationale Entwicklungszusammenarbeit und Klima sowie Vizepremierministerin, gemeinsam mit acht weiteren Energie- und Umweltministern aus EU-Ländern am 12. Dezember 2018 eine Erklärung, in der sie sich für eine Stärkung und Ausweitung der CO₂-Bepreisung innerhalb der EU ausspricht. Hierfür sollen je weils im Ermessen der verschiedenen EU-Staaten Maßnahmen ergriffen werden, zu denen ein Mindestpreis im EU-EHS oder CO₂-Preisinstrumente in den Nicht-EHS-Sektoren gehören können.

5.18 Schweiz

Hohe CO₂-Abgabe sowie ein künftig mit dem EU-EHS verlinktes Emissionshandelssystem

Konzeption des Schweizer Emissionshandelssystems (EHS) für die Jahre 2012 bis 2020

Die Schweiz führte ein nationales Emissionshandelssystem (Schweizer EHS) ein. Dabei handelt es sich um ein verpflichtendes Cap and Trade System. Das Schweizer EHS bindet aktuell treibhausgasintensive Industrien und aus den Sektoren Zement, Chemie und Pharma, Raffinerie, Papier, Fernwärme und Stahl ein. Dabei erfasst es rund elf Prozent der Treibhausgasemissionen der Schweiz. Für jeden Teilnehmer am Emissionshandel wird anhand von Benchmarks die Menge an Emissionsrechten ermittelt, welche diesem kostenlos zugeteilt werden. Bei dieser Berechnung wird auch das Risiko von Produktionsverlagerung ins Ausland aufgrund der CO₂-Kosten (Carbon Leakage) berücksichtigt.

Die erste Phase des Schweizer EHS dauerte von 2012 bis 2020. In dieser Zeit konnten Unternehmen freiwillig am Emissionshandel teilnehmen, anstatt die nationale CO₂-Abgabe zu entrichten (siehe

Klümper, BEE Briefing zur CO₂-Bepreisung in Schweden und der Schweiz
 Klümper, BEE Briefing zur CO₂-Bepreisung in Schweden und der Schweiz
 Gemeinsame Erklärung von neun EU-Energie- und Umweltministern: Statement to strengthen and extend carbon pricing in Europe
 Im Fall Schweiz handelt es sich nicht um eine komplementäre Maßnahme zum EU-EHS, sondern um ein eigenständiges Schweizer Emissionshandelssystem, welches mit dem EU-EHS verknüpft werden soll.
 Schweizerische Eidgenossenschaft: Schweizer Emissionshandelssystem (EHS) für Unternehmen
 Weltbank: Carbon Pricing Dashboard
 Schweizerische Eidgenossenschaft: Schweizer Emissionshandelssystem (EHS) für Unternehmen

CO Abgabe oder Steuer In der zweiten Phase die von bis dauert ist die Teilnahme für große energieintensive Industrieunternehmen MW verpflichtend Mittelgroße Industrieunternehmen können weiterhin freiwillig teilnehmen Forschungs Entwicklungs und Prüfungs sowie Sonderabfallentsorgungsanlagen können zudem auf Antrag des Unternehmens ausgeschlossen werden waren Anlagen verpflichtet am Schweiz EHS teilzunehmen

Bis soll mit dem EHS eine Emissionsreduktion von mindestens Prozent gegenüber dem Basisjahr erreicht werden Bis wird eine Reduktion von Prozent und bis von Prozent gegenüber angestrebt betrug das Cap Millionen Tonnen CO Dieses sinkt jährlich um Prozent der Ausgangsmenge von auf rund Millionen Tonnen CO in Am April lag der Preis bei rund CHF tCO e ca tCO e

Am November unterzeichneten die Schweiz und die EU ein Abkommen um ihre Emissionshandelssysteme miteinander zu verknüpfen Bei der Einigung handelt es sich um das erste derartige Abkommen zwischen zwei Parteien des Pariser Klimaschutzabkommens Nachdem der Schweizer Gesetzgeber im März seine finale Zustimmung gegeben hat kann die Verlinkung im Januar starten

CO Aekdehtghw Tyzhw

Die Schweiz führte eine CO Abgabe ein Dabei handelt es sich um ein weiteres zentrales Instrument der schweizerischen Klimaschutzpolitik das Prozent der Treibhausgasemissionen erfasst Die Abgabe entfällt auf fossile Brennstoffe wie Heizöl Erdgas Kohle Petrokoks und weitere fossile Brennstoffe wenn sie zur Wärmeabgewinnung zur Erzeugung von Licht in thermischen Anlagen zur Stromproduktion oder für den Betrieb von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen verwendet werden Sie ist auf den Rechnungen für Brennstoffkäufe ausgewiesen und wird durch die Eidgenössische Zollverwaltung beim Grenzbertritt oder beim Inverkehrbringen erhoben Fossile Treibstoffe Benzin Diesel sind von der CO Abgabe ausgenommen Daneben bestehen weitere Ausnahmen So sind z.B. große CO intensive Unternehmen die am Schweiz EHS teilnehmen von der Abgabe befreit Diejenigen treibhausgasintensiven Unternehmen die nicht verpflichtet sind am Schweiz EHS teilzunehmen können sich von der Abgabe befreien lassen wenn sie sich im Gegenzug zu Emissionsminderungen verpflichten Eine weitere Ausnahme besteht für kleine KWK Anlagen Diese müssen für Brennstoffe die zur Stromproduktion genutzt werden keine Abgabe zahlen wenn die Feuerungsleistung zwischen und MW liegt

-
- Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 - International Carbon Action Partnership Switzerland
 - Schweizerische Eidgenossenschaft Schweizer Emissionshandelssystem EHS für Unternehmen
 - International Carbon Action Partnership Switzerland
 - International Carbon Action Partnership Switzerland
 - Schweizerische Eidgenossenschaft Schweizer Emissionshandelssystem EHS für Unternehmen
 - Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 - International Carbon Action Partnership Switzerland
 - Carbon Pricing Leadership Coalition Carbon Pricing Leadership Coalition Report
 - Carbon Pulse Swiss lawmakers give final approval for EU ETS link setting up connection
 - Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 - Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages Die CO Abgabe in der Schweiz Frankreich und Großbritannien
 - Schweizerische Eidgenossenschaft CO Abgabe
 - Klu mann BEE Briefing zur CO Bepreisung in Schweden und der Schweiz

Der Bundesrat legt die Höhe der CO₂-Abgabe dynamisch per Verordnung und rechtlich festgeschrieben unter Beachtung des Fortschritts bei der Klimazielerreichung der Schweiz fest. Begrenzt wird die Abgabe durch einen gesetzlich festgelegten Höchstsatz von 10 Franken pro Tonne CO₂-e. Die Abgabe ist über die Jahre erheblich gesteigert worden. Bei ihrer Einführung im Jahr 2008 lag sie bei CHF 12 pro Tonne CO₂-e und ab dem 1. Januar 2012 bei CHF 24 pro Tonne CO₂-e. Mit Wirkung zum 1. Januar 2013 wurde die Abgabe auf CHF 36 pro Tonne CO₂-e erhöht. Am 1. Januar 2014 wurde die Abgabe schließlich auf CHF 48 pro Tonne CO₂-e angehoben. Hintergrund war eine Analyse der Regierung, nach der die Schweiz im Jahr 2013 ihre Ziele für die Reduktion von Treibhausgasemissionen verfehlt hatte. Für die Zeit nach 2013 muss noch eine neue gesetzliche Basis geschaffen werden.

Jährlich werden rund zwei Drittel der Abgabenerträge verbrauchsunabhängig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückerteilt. Zwei Drittel der Einnahmen, die von der Bevölkerung entrichtet werden, werden in Form eines jährlichen Betrags gleichmäßig an alle in der Schweiz wohnhaften Personen zurückerteilt. Die Verteilung der Abgabenerträge erfolgt durch die Krankenkassen. Zwei Drittel der Einnahmen, die von der Wirtschaft entrichtet werden, werden an alle Arbeitgeber proportional zur abgerechneten AHV-Lohnsumme ihrer Arbeitnehmer zurückerteilt. Das restliche Drittel der Erträge, maximal 1,5 Milliarden Franken, ca. 1,5 Millionen, fließt in das Gebäudeprogramm zur Förderung energetischer Sanierungen und erneuerbarer Energien. Weitere 1,5 Milliarden Franken, ca. 1,5 Millionen, kommen einem Technologiefonds zu.

Prof. Dr. Philipp Dheddyhs

Um die Abgabe nach 2014 fortzusetzen, hatte die Regierung im Dezember 2013 ein entsprechendes Gesetzesvorhaben ins Parlament eingebracht. Dieses sah vor, die Höchststrafe der Abgabe von CHF 48 pro Tonne CO₂-e auf CHF 60 pro Tonne CO₂-e anzuheben, falls die Schweiz ihre Emissionsreduktionsziele nicht erreicht. Im Dezember 2013 scheiterte das Vorhaben vorläufig nicht aufgrund der CO₂-Abgabe selbst, sondern an der Frage, ob ein zunehmender Anteil der Minderungsziele im Inland erbracht werden muss oder ob weiterhin auch Zertifikate über im Ausland erbrachte Minderungen angerechnet werden dürfen. Momentan diskutiert der Ständerat das Gesetzesvorhaben und das weitere Vorgehen. Zudem findet eine Debatte darüber statt, ob die CO₂-Abgabe auf fossile Treibstoffe und damit den Verkehr erweitert werden soll.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages Die CO₂-Abgabe in der Schweiz, Frankreich und Großbritannien
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Klumann BEE Briefing zur CO₂-Bepreisung in Schweden und der Schweiz
 Die Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV ist die obligatorische Rentenversicherung der Schweiz
 Schweizerische Eidgenossenschaft Rückverteilung der CO₂-Abgabe
 Schweizerische Eidgenossenschaft CO₂-Abgabe
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Klumann BEE Briefing zur CO₂-Bepreisung in Schweden und der Schweiz
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages Die CO₂-Abgabe in der Schweiz, Frankreich und Großbritannien

5.19 Slowenien

Vorreiterrolle unter den Staaten Mittel- und Osteuropas durch die Einführung einer CO₂-Steuer bereits in den 1990er Jahren

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Steuer
<p>Slowenien wird unter den postsozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas häufig eine Vorreiterrolle beim Thema CO₂-Bepreisung attestiert. So führte die Regierung bereits am 1. Januar 1990 eine CO₂-Steuer (Okoljska dajatev za onesnazevanje zraka z emisijo CO₂) zur Zergorevanje go riva ein. Diese gehört zu den Umweltsteuern Sloweniens.</p> <p>Die Steuer erfasst rund 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in Slowenien, hauptsächlich in den Nicht-EHS-Sektoren, insbesondere Gebäude und Verkehr. Es werden Erdgas sowie alle flüssigen und festen Brennstoffe bepreist. Fast alle Anlagen, die bereits durch das EU-EHS erfasst werden, sind von der Steuer ausgenommen. Weitere Ausnahmen bestehen u.a. für die Luftfahrt und die Stromerzeugung. Großhändler und Importeure der fossilen Brennstoffe sind verpflichtet, die Steuer monatlich zu entrichten.</p> <p>Kleine Emittenten, die nicht vom EU-EHS erfasst werden, haben die Möglichkeit, ihre Zahlungsverpflichtungen mit EU-EHS-Zertifikatsberechtigungen zu tilgen.</p> <p>Die slowenische CO₂-Steuer wurde seit ihrer Einführung deutlich angehoben, von etwa 10 t CO₂e auf ca. 30 t CO₂e im April 2017. Die Einnahmen der Steuer fließen in den slowenischen Staatshaushalt.</p>
Prognose
Nicht bekannt

5.20 Spanien

Nationale Steuer auf F-Gase und Vorstoß auf regionaler Ebene mit geplanter Einführung einer CO₂-Steuer in Katalonien

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ -Steuer
<p>Aktuell existiert auf Bundesebene keine CO₂-Besteuerung. Die Zentralregierung hat sich in der Vergangenheit eher zurückhaltend gezeigt, wenn es um die Einführung von CO₂-Preisinstrumenten ging. Dies wurde immer wieder begründet mit der Sorge vor negativen volkswirtschaftlichen Effekten wie z.B. einer steigenden Inflation.</p> <p>Seit 2014 wird immerhin in allen Sektoren eine Steuer auf fluorierte Gase (F-Gase) erhoben (Impuesto sobre los Gases Fluorados de Efecto Invernadero). Es bestehen jedoch Ausnahmen für bestimmte Anwendungen, u.a. für die Nutzung in chemischen Prozessen. Die Steuer erfasst aktuell rund 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in Spanien. Wenn F-Gase in den spanischen Markt eintreten, müssen sie der spanischen Steuerbehörde gemeldet werden. Die Steuer muss alle vier Monate entrichtet werden. In der Vergangenheit bestanden steuerliche Ausnahmen für bestimmte fluorierte Gase. Diese wurden 2014 abgeschafft. Der Steuersatz lag am 1. April 2014 bei 10 tCO₂e.</p>
Regionale CO ₂ -Steuer
<p>Katalonien sieht sich als Vorreiterregion für Klimaschutz und geht derzeit mit einer eigenen CO₂-Bepreisungsinitiative voran. So verabschiedete das Parlament Kataloniens am 1. Juli 2017 das katalanische Klimawandelgesetz (Ley catalana de cambio climático). Hierin ist das Ziel verankert, die Treibhausgasemissionen Kataloniens bis 2020 um 10 Prozent bis 2030 um 20 Prozent und bis 2050 um 60 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 zu senken. Damit soll die Klimapolitik Kataloniens in Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen gebracht werden.</p> <p>Hierfür soll u.a. eine regionale CO₂-Steuer eingeführt werden, die die Treibhausgasemissionen von großen Anlagen in der Stromerzeugung, der Industrie sowie den Landwirtschafts- und Abfallsektoren bepreist, auch von Anlagen innerhalb des EU EHS. Die Steuerrate soll bei 10 tCO₂e starten und bis 2020 auf 20 tCO₂e steigen. Die katalanische CO₂-Steuer wäre die erste ihrer Art in Südeuropa. Die Mehreinnahmen will die Regierung gezielt für den Klimaschutz einsetzen. So sollen diese in einen Klimafonds für Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen fließen.</p>

Buuel Gonzlez, Implementing a carbon tax in Spain: how to overcome the fear of inflation. Vortrag im Rahmen der Konferenz der Green Growth Knowledge Platform (GGKP) in Venedig, Italien.

Fluorierte Treibhausgase (F-Gase) wirken sich je nach Substanz sehr stark auf das Klima aus; der Effekt ist bis zu 100-mal höher als bei Kohlendioxid. F-Gase sind daher Teil des Kyoto-Protokolls und der Nachfolgeregelungen.

Weltbank: Carbon Price Dashboard

Weltbank: Carbon Price Dashboard

Climate Group: Catalonia passes climate change law to reduce emissions by 20% by 2030

Weltbank: The State and Trends of Carbon Pricing

Climate Group: Catalonia passes climate change law to reduce emissions by 20% by 2030

Weltbank: The State and Trends of Carbon Pricing

Aktuell ist unklar wann und ob eine Umsetzung der CO₂ Steuer in Katalonien erfolgen wird. Hintergrund ist eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Spaniens der Teile des katalanischen Klimaschutzgesetzes außer Kraft gesetzt hat. Die Entscheidung richtete sich allerdings nicht gegen die ambitionierte Klimaschutzpolitik Kataloniens sondern steht in Verbindung mit dem allgemeinen Kompetenzstreit zwischen der Zentralregierung Spaniens und der Regierung Kataloniens.

Neben dieser regionalen Initiative zeichnen sich jedoch auch auf föderaler Ebene Bewegungen beim Thema CO₂ Bepreisung ab. Laut Medienberichten zeigte sich die spanische Regierung zuletzt offen für die Einführung eines multinationalen EHS Mindestpreises im Rahmen einer Vorreitallianz von EU Staaten. Zudem spricht sich die Regierung dafür aus die Einführung einer CO₂ Bepreisung auf EU Ebene auf importierte Stromimporte aus Drittländern zu prüfen.

5.21 Tschechien

Debatte über die Einführung einer CO₂-Bepreisung im Gebäudesektor

Kategorie
Nicht vorhanden
CO ₂ Bepreisung
Nicht vorhanden
Politik
<p>Die Debatte über die Einführung einer CO₂ Bepreisung läuft in Tschechien bereits seit einigen Jahren. So wurden in der Vergangenheit verschiedene Optionen für die Umsetzung einer CO₂ Steuer diskutiert. Im Juli 2017 verabschiedete die Regierung eine Resolution mit der der tschechische Finanzminister beauftragt wurde gemeinsam mit dem Umwelt- und dem Industrieminister Möglichkeiten zu analysieren um den Einsatz fester fossiler Brennstoffe in stationären Verbrennungsanlagen außerhalb des EU EHS zu reduzieren.</p> <p>Die ersten Ergebnisse der Regierungsanalyse wurden Ende 2017 präsentiert. Anschließend brachte die Regierung eine weitere Resolution auf den Weg mit dem Ziel die Analyseergebnisse zu aktualisieren und aufgrund der Ergebnisse der jüngsten EU EHS Reform. Im Rahmen dieser zum Redaktionsschluss noch unveröffentlichten Aktualisierung werden verschiedene Szenarien betrachtet mit denen eine CO₂ Bepreisung im Gebäudesektor umgesetzt werden könnte. Hierzu gehört auch die Einführung einer CO₂ orientierten Komponente der bestehenden Verbrauchs- und Energiesteuern. Das Modell geht dabei von einem anfänglichen CO₂ Preis von 10 € im Jahr</p>

Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
 Minutos El Constitucional tumba el impuesto catalán sobre el riesgo medioambiental de elementos radiotóxicos
 Montelnews EDF hopes for European CO₂ price floor within months Flachsland et al Five myths about an EU ETS carbon price floor
 Reuters Spain proposes EU carbon tax on energy imports
 Zimmermannov Hájek, Roženská Carbon taxation in European countries
 Sutlović Analysis: Current Carbon Pricing Developments in the Czech Republic Unveröffentlichte Analyse im Auftrag von Germanwatch

aus welcher bis auf t CO e ansteigen w rde. Zudem wird die Abschaffung der bestehenden Ausnahmen der Energiesteuer f r Erdgas diskutiert. In allen analysierten Szenarien sinkt die Nutzung fester fossiler Brennstoffe und von Erdgas w hrend die W rmeerzeugung basierend auf Biomasse und M llverbrennung ansteigt.

Neben dieser Analyse des Finanzministeriums benennen zwei offizielle Regierungsstrategien das Staatliche Energiekonzept der Tschechischen Republik St tn energetick koncepc 8esk Republiky und die Klimaschutzpolitik in der Tschechischen Republik Politika ochrany klimatu v 8R die Einf hrung einer CO Bepreisung als m gliche Ma ßnahme um ein Level Playing Field zwischen W rmeerzeugern innerhalb und au erhalb des EU EHS herzustellen.

Ob die tschechische Regierung eine entsprechende CO Bepreisung im Geb udesektor umsetzen wird war zum Redaktionsschluss unklar. Neben verschiedenen Umweltschutzorganisationen ist insbesondere der tschechische Fernw rmerverband ein starker Bef rworter einer solchen CO Besteuerung.

6 G20-Staaten

ähnlich wie in Europa hat in den G20 Staaten die Umsetzung verschiedener CO₂ Preisinstrumente in den vergangenen Jahren deutlich an Fahrt aufgenommen. Nachdem am 1. Juni 2017 die spanische CO₂ Steuer in Kraft getreten ist, haben nun dreizehn der G20 Staaten nationale oder regionale CO₂ Preisinstrumente (inkl. des EU EHS) implementiert. Viel spricht dafür, dass sich die Entwicklung zur Stärkung der CO₂ Bepreisung weltweit und in den G20 fortsetzt. In Brasilien, Japan, Kanada, Mexiko, der Türkei und den Vereinigten Staaten von Amerika wird über die Einführung zusätzlicher sowie die Ausweitung bestehender nationaler und regionaler Preisinstrumente diskutiert.

Daneben bilden sich zunehmend internationale Allianzen für eine verstärkte zwischenstaatliche Zusammenarbeit beim Thema CO₂ Preis. So gründete sich am 1. April 2017 die sogenannte Klima-Koalition der Finanzminister (The Coalition of Finance Ministers for Climate Action). An der Initiative sind neben dem deutschen Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) Finanzminister aus weiteren Staaten beteiligt. Ein explizites Ziel der Allianz ist es, gemeinsam auf Maßnahmen hinzuwirken, die zu einer effektiven Bepreisung von CO₂ führen.

Neben Zentralregierungen spielen regionale Akteure eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der CO₂ Bepreisung auf G20-Ebene. So erfolgten interessante Vorstöße u.a. in verschiedenen Bundesstaaten der USA sowie mehreren Provinzen Kanadas. Die Einführung regionaler CO₂ Bepreisungssysteme wird dabei oft als Testfall und Vorreiterschaft für eine spätere nationale CO₂ Bepreisung verstanden. Das Entstehen nationaler CO₂ Preisinstrumente in China und Kanada zeigen derzeit eindrücklich die allgemeine Relevanz dieser Einschätzung auf. Die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme Kaliforniens, Quabecs und Ontarios verdeutlicht zudem, dass regionale Akteure international erfolgreich zusammenarbeiten und damit die Einführung von CO₂ Preisen für weitere Regionen attraktiver machen können. Die Initiativen verschiedener Bundesstaaten in den Vereinigten Staaten zeigen darüber hinaus, wie regionale Akteure wichtige Fortschritte beim Thema CO₂ Bepreisung erzielen können, selbst wenn eine Zentralregierung beim Klimaschutz blockiert.

6.1 Argentinien

Einführung einer CO₂-Steuer am 1. Januar 2018

Erneuerbare Kohlenstoffdioxid
Nicht vorhanden
CO ₂ Aekdet ghwtzh
Der argentinische Kongress nahm am 1. Dezember 2017 eine CO ₂ Steuer (Impuesto al dióxido de carbono) als Teil einer umfassenden Steuerreform an. Die CO ₂ Steuer wird seit dem 1. Januar 2018 auf die meisten flüssigen fossilen Brennstoffe erhoben, seit dem 1. Januar 2019 auch auf Heizöl, Steinkohle und Petrolkoks. Sie ersetzt zum Teil eine bereits vorher vorhandene Brennstoffsteuer. Die liberal-konservative argentinische Regierung hat zudem weitere bestehende

Gründungsmitglieder waren neben Deutschland, Chile, Costa Rica, Dänemark, Elfenbeinküste, Finnland, Frankreich, Island, Irland, Kenia, Luxemburg, Marshallinseln, Mexiko, Niederlande, Nigeria, Österreich, Philippinen, Schweden, Spanien, Uganda und das Vereinigte Königreich. Anschließend beigetreten sind zudem Fiji, Guatemala, Kolumbien und Norwegen.

Weltbank

Carbon Pricing Dashboard

<p>Steuern reformiert bzw. gesenkt. So sank beispielsweise die Körperschaftssteuer von 35 Prozent im Jahr 2016 auf 30 Prozent. 2018 soll sie weiter auf 25 Prozent gesenkt werden. Von der Steuerreform erhofft sich das argentinische Finanzministerium eine Erhöhung der Wachstumsrate des Bruttoinlandprodukts von mindestens 2 Prozent.</p> <p>Die CO₂-Steuer wird in allen Sektoren auf alle Produkte erhoben, die einen höheren Emissionsfaktor besitzen als Gas oder Benzin. Ausnahmen bestehen u.a. im internationalen Luftverkehr und in der internationalen Schifffahrt sowie für die Nutzung fossiler Energieträger als Rohmaterialien in chemischen Prozessen. Aufgrund dieser Benchmarks und der vorhandenen Ausnahmen deckt die Steuer derzeit lediglich rund 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in Argentinien ab. Produzenten, Großhändler und Importeure sind verpflichtet, die Steuer monatlich zu entrichten. Die Steuerrate wird pro Quartal aktualisiert, um der Inflation Rechnung zu tragen.</p> <p>Die volle Steuerrate, die auf fast alle flüssigen Brennstoffe erhoben wird, lag bei ca. 10 t CO₂e/Am. April entsprach sie nur noch 1 t CO₂e. Diese Entwicklung lag aber nicht an einer Senkung der Steuerrate, sondern war durch den Wertverlust des argentinischen Pesos bedingt. Für Steinkohle, Petrolkoks und Heizöl startet der Steuersatz zunächst bei zehn Prozent der vollen Steuerrate. Anschließend wird er für diese Energieträger jedes Jahr um zehn Prozent ansteigen, um schließlich 100 Prozent zu erreichen.</p> <p>Die Einnahmen durch die neue Steuer sollen insbesondere verwendet werden zur Sicherstellung der Sozialverträglichkeit der Steuer und um den ökologischen Wandel voranzubringen. So sollen sie u.a. für den nationalen Wohnraumfonds Fondo Nacional de la Vivienda, das Sozialversicherungssystem sowie für Förderprogramme für erneuerbare Energien und Energieeffizienz genutzt werden.</p>
Project Dhedyyhs
Nicht bekannt

6.2 Australien

Baseline-and-Credit-System als Absicherung eines Emissionsreduktionsfonds

Ermarkt des gpxöxyhr
<p>Der eingeführte Emissionsreduktionsfonds Emission Reductions Fund (ERF) gilt als zentrales Instrument der australischen Klimaschutzpolitik. Dabei handelt es sich um einen Mechanismus, der finanzielle Anreize setzt, neue Technologien und Methoden zu verwenden, um damit die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und die Energieeffizienz zu verbessern. Unter dem ERF werden Australian carbon credit units (ACCU) für registrierte Projekte, die nachweislich zu CO₂-</p>

Argentinisches Finanzministerium Argentina's Comprehensive Tax Reform: Its new Carbon and Liquid Fuel Taxes
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing

<p>Vermeidung gef hrt haben ausgegeben Der ERF deckt Projekte u a aus den Sektoren Land wirtschaft Geb ude Stromerzeugung Industrie Verkehr und Abfallwirtschaft ab Er hat ein Ge samtvolumen von Milliarden AUD ca Mrd</p> <p>Um zu verhindern dass durch den ERF eingesparte Treibhausgasemissionen in andere Teile der Volkswirtschaft verlagert und somit relativiert werden besitzt der ERF einen sogenannten Si cherheitsmechanismus Safeguard Mechanism Dieser trat am Juli in Kraft Beim Si cherheitsmechanismus handelt es sich um ein Baseline and Offset Emissionshandelssystem Der Mechanismus verpflichtet die gr ten Emittenten Australiens dazu ihre Emissionen unter ei nem bestimmten Basisniveau zu halten Der Mechanismus findet auf rund Anlagen Anwen dung die j hrllich jeweils mehr als Tonnen CO emittieren Diese stammen aus den Sektoren Stromerzeugung und Industrie und sind f r rund die H lfte aller Treibhausgasemissio nen in Australien verantwortlich Anlagen die ber ihrem Basisniveau emittieren k nnen ACCUs u a auch von Projektbetreibern die diese durch den ERF erhalten haben erwerben um damit ihr Basisniveau nicht zu berschreiten</p>
<p>CO Aekdeh t ghw Tyhz hw</p>
<p>Bereits im Juli f hrte die sozialdemokratische Regierung unter Premierministerin Julia Gil lard eine CO Steuer ein Diese musste von Unternehmen in verschiedenen Branchen u a Stromerzeugung Fertigungsgewerbe Abfallwirtschaft Bergbau Gasproduktion und Luftfahrt deren direkten j hrllichen Emissionen einen bestimmten Grenzwert berschritten entrichtet wer den schaffte die neue national liberale Regierung unter Premierminister Tony Abbott die CO Steuer wieder ab um sie durch den Emissionsreduktionsfonds zu ersetzen R ckblickend war die australische CO Steuer ein Klimaschutzpolitischer Erfolg So nahmen in den beiden Jah ren in denen die Steuer erhoben wurde der Stromverbrauch um Prozent und die CO Emis sionen um Prozent ab bis Prozent der Stromverbrauchssenkung werden dabei auf die CO Steuer zur ckgef hrt</p>
<p>Pp s h Dhedyhs</p>
<p>Nicht bekannt</p>

Australische Regierung Emissions Reductions Fund
 Carbon Market Institute IETA Australia A direct action case study
 Carbon Market Institute IETA Australia A direct action case study
 Australische Regierung The Safeguard Mechanism Overview
 Carbon Market Institute IETA Australia A direct action case study
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Nadel Learning from Carbon Taxes
 Australische Regierung Repeal of the Carbon Tax How the Carbon Tax works
 Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
 Nadel Learning from Carbon Taxes

6.3 Brasilien

Prüfung verschiedener CO₂-Preisinstrumente durch die Regierung sowie privatwirtschaftliche Initiativen führender Unternehmen

Ermarktung des CO ₂
Nicht vorhanden
CO ₂ -Steuer
Nicht vorhanden
Private Initiativen
<p>Aktuell analysiert die brasilianische Regierung verschiedene CO₂-Preisinstrumente um herauszufinden welches Instrument am besten dazu beitragen kann die Klimaschutzziele des Landes zu erreichen. Dabei wird sowohl die Option eines nationalen Emissionshandelssystems als auch einer CO₂-Steuer untersucht. Die Weltbank erwartet dass die Analyse Mitte 2019 abgeschlossen sein wird.</p> <p>Die Führung bei der Analyse übernimmt innerhalb der Regierung das brasilianische Finanzministerium unter dem Weltbank Arbeitsprogramm Partnership for Market Readiness (PMR). Es wird erwartet dass die Analyse in ein White Paper mit Umsetzungsempfehlungen für ein CO₂-Preisinstrument mündet. Inwieweit die Wahl von Jair Bolsonaro zum Präsidenten im Oktober 2018 diese Pläne beeinflusst ist zum Redaktionsschluss noch nicht ausreichend absehbar.</p> <p>Auch die brasilianische Privatwirtschaft unternimmt Vorstöße für die Einführung einer CO₂-Bepreisung. So nimmt seit 2017 eine Gruppe führender Unternehmen an einer freiwilligen Emissionshandelssimulation teil. Die Initiative stellt eine Plattform bereit um Erfahrungen zu sammeln und Vorschläge für ein Cap and Trade Emissionshandelssystem zu entwickeln. 15 Unternehmen aus verschiedenen Sektoren der brasilianischen Wirtschaft an der Simulation teil.</p> <p>Zudem gab es auf regionaler bzw. kommunaler Ebene bereits verschiedene Vorstöße zur CO₂-Bepreisung. So kündigte beispielsweise der Bundesstaat São Paulo im Jahr 2017 an ein EHS einzuführen was bis jetzt allerdings noch nicht geschehen ist. Der Bundesstaat Rio de Janeiro hatte bekanntgegeben ein EHS einführen zu wollen. Das Vorhaben scheiterte aber an der Opposition aus Teilen der Industrie.</p>

Carbon Pricing Leadership Coalition, Carbon Pricing Dashboard
 International Carbon Action Partnership, Brazil
 Weltbank, Carbon Pricing Dashboard
 Das PMR wurde gegründet. Das von der Weltbank getragene Bndnis verfolgt das Ziel den Aufbau eines globalen Kohlenstoffmarkts voranzutreiben und interessierte Länder bei der Vorbereitung und Umsetzung innovativer Kohlenstoffmarktinstrumente zu unterstützen.
 Carbon Pricing Leadership Coalition, Carbon Pricing Leadership Coalition Report
 International Carbon Action Partnership, Brazil
 Weltbank, Carbon Pricing Dashboard
 Weltbank, Carbon Pricing Dashboard

6.4 China

Start des weltweit größten Emissionshandelssystems Ende 2017 nach einigen regionalen Vorläufern und geplante Ausweitung

Erneuerbare Energien

In China waren es zunächst Regionen und große Städte, die die Schaffung von Emissionshandelssystemen vorantrieben. So starteten in den Jahren 2013 und 2014 sieben Pilotemissionshandelssysteme in Peking, Chongqing, Guangdong, Hubei, Shanghai, Shenzhen und Tianjin und führten Fujian und Sichuan zwei weitere regionale Emissionshandelssysteme ein.²⁶²

Die regionalen Emissionshandelssysteme waren wichtige Vorläufer für einen nationalen Emissionshandel in China bzw. ebneten den Weg für diesen. Auch wenn sie nur einen verhältnismäßig kleinen Anteil der chinesischen Gesamtemissionen abdecken, stellen sie somit einen wichtigen Schritt für die Klimaschutzpolitik Chinas dar. Zudem besitzen viele der Provinzen und Städte, die einen regionalen Emissionshandel implementiert haben, hohe politische und wirtschaftliche Bedeutung.²⁶³ Auch wurden durch die regionalen Emissionshandelssysteme bereits wichtige Teile der chinesischen Industrie erfasst. So macht die sekundäre Industrie hauptsächlich Schwerindustrie in den sieben Pilotsystemen die Hälfte aus und gestartet sind 10 Prozent des BIP aus.²⁶⁴ Die Erfahrungen aus den Pilotsystemen erleichtern auch weiteren Regionen den Beitritt zum nationalen Emissionshandelssystem.²⁶⁵

Neben den regionalen Emissionshandelssystemen hatten und haben vor allem die Entwicklungen im europäischen und kalifornischen Emissionshandel einen wichtigen Einfluss auf die Schaffung und das Ambitionsniveau des China weiten Emissionshandelssystems. So wollte die chinesische Regierung die Fehler der Emissionshandelssysteme der EU und Kaliforniens bei der Einführung ihres nationalen Systems vermeiden. Hierfür führte die Regierung intensive Gespräche mit Vertretern sowohl der EU als auch Kaliforniens.²⁶⁶

Das nationale Emissionshandelssystem Chinas, China EHS, startete schließlich am 17. Dezember 2017. Zuvor war die Einrichtung des EHS als Ziel auf höchster politischer Ebene festgeschrieben worden. Der Emissionshandel deckt zunächst mehr als drei Milliarden Tonnen CO₂ ab, die mehr als 10 Prozent der nationalen Emissionen darstellen. Gemessen an der Menge der erfassten Emissionen handelt es sich demnach um den weltweit größten CO₂-Emissionshandel.²⁶⁷ So ist das chinesische EHS fast doppelt so groß wie das EU EHS.²⁶⁸ Es reguliert etwa 10 Prozent der Emissionen aus dem Stromsektor.²⁶⁹

-
- Carbon Brief [Q & A: How will China's new carbon trading scheme work](#)
 - Zhang Wang, Du [Lessons Learned from China's Regional Carbon Market Pilots](#)
 - Wang [Evaluating Regional Emissions Trading Pilot Schemes in China's Two Provinces and Five Cities](#)
 - Zhang Wang, Du [Lessons Learned from China's Regional Carbon Market Pilots](#)
 - Carbon Brief [Q & A: How will China's new carbon trading scheme work](#)
 - International Carbon Action Partnership [China](#)
 - Euractiv [China startet größten CO₂-Markt der Welt](#)
 - International Carbon Action Partnership [China](#)

Dem nationalen Emissionshandelssystem kommt eine entscheidende Rolle in der Klimaschutzpolitik Chinas zu. So soll es wesentlich dazu beitragen, dass die CO₂-Emissionen des Landes gemäß dem im Pariser Klimaabkommen verankerten Ziel Chinas (NDC) bis 2030 ihren Höhepunkt erreichen.²⁷⁰

Nichtsdestotrotz bleibt das chinesische EHS zunächst hinter den ursprünglichen Plänen der chinesischen Regierung zurück. So hatte die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission Chinas (NDRC) erklärt, dass das Emissionshandelssystem auch weitere Sektoren (Petrochemikalien, Chemikalien, Baumaterial, Stahl, Metalle, Papierherstellung und Luftverkehr) und somit insgesamt 21 Unternehmen erfassen sollte.²⁷¹ Dies wurde bis jetzt nicht realisiert. Von Beobachterinnen und Beobachtern ist zu hören, dass ein Hauptgrund dafür die aus chinesischer Regierungssicht zu geringen Fortschritte bei der CO₂-Bepreisung der Industrie in Europa und Nordamerika sind. Das China EHS soll nun künftig graduell auf andere Sektoren ausgeweitet werden.²⁷²

Für die Umsetzung des chinesischen EHS ist eine dreiphasige Roadmap vorgesehen.²⁷³ In der ersten Phase steht die Entwicklung von Marktstrukturen im Fokus. So sollen neben den administrativen Aspekten eines Handelssystems auch Mechanismen für ein Monitoring-, Berichts- und Verifikationssystem (Monitoring, Reporting and Verification – MRV) entwickelt werden. In dieser Phase müssen die teilnehmenden Unternehmen ihre Emissionen überwachen und melden.²⁷⁴

Für die zweite Phase, die voraussichtlich Ende 2021 startet und ungefähr ein Jahr dauern soll, ist eine Handelssimulation geplant. Hierfür werden kostenlose Berechtigungen an die Unternehmen zum Scheinhandel (mock trading) vergeben. Ziel der Simulation ist es, die Verlässlichkeit und das Management der Handelsplattform zu testen und weiterzuentwickeln sowie mögliche Marktrisiken aufzudecken.²⁷⁵

Die im Anschluss folgende dritte Phase stellt den tatsächlichen Start des vollumfänglichen Handels mit Emissionsberechtigungen im Stromsektor dar.²⁷⁶ Sobald in der dritten Phase der CO₂-Markt für den Stromsektor stabil operiert, soll eine graduelle Ausweitung des Marktes auf andere Sektoren sowie auf andere handelbare Produkte (z. B. Offsets) erfolgen.²⁷⁷

Viele weitere Details des chinesischen EHS sind zum aktuellen Zeitpunkt noch ungeklärt. Hierzu gehört z. B. die Frage, welche Funktionsweise die chinesische Regierung für den Emissionshandel auswählt. Laut Carbon Brief ist es wahrscheinlich, dass die Regierung kein absolutes Emissions-Cap festlegen, sondern intensitätsbasierte Ziele festsetzen wird, um die Emissionen pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts zu senken. Bei diesem Ansatz würde jedes Stromunternehmen basierend auf der Strommenge, welche es produziert, eine bestimmte Anzahl von Emissionsberechtigungen zugewiesen bekommen. So würden jene Unternehmen belohnt, die pro produzierter Einheit weniger Emissionen verursachen. Dieser Ansatz würde bestehende Sorgen verringern, dass eine stärkere CO₂-Bepreisung in China zu einer Verringerung des Wirtschaftswachstums führen

Volta: China's National Carbon Market – A Game Change in the Making | Ifri | 8dito | 8nergie
 Euractiv: China startet großen CO₂-Markt der Welt
 International Carbon Action Partnership: China
 International Carbon Action Partnership: China
 Carbon Brief: Q & A: How will China's new carbon trading scheme work
 Carbon Brief: Q & A: How will China's new carbon trading scheme work
 Carbon Brief: Q & A: How will China's new carbon trading scheme work
 Carbon Brief: Q & A: How will China's new carbon trading scheme work

können gleichzeitig bestünde aber die Gefahr dass die Stromproduzenten in einem solchen System zwar effizienter würden es aber zu einer Steigerung der Gesamtemissionen kommen könnten²⁷⁸

Unklar ist ebenfalls wie hoch der Anteil kostenloser Emissionsberechtigungen sein wird und wie viele der Berechtigungen über Auktionen versteigert werden Dies ist wiederum von hoher Bedeutung für die Frage nach der Höhe der Mehreinnahmen die durch den nationalen Emissionshandel erwirtschaftet werden²⁷⁹ Darüber hinaus ist aktuell noch unsicher wie sich die Preise für CO₂-Zertifikate entwickeln werden Die Forschungsplattform China Carbon Forum schätzt dass der Preis für den Ausstoß einer Tonne CO₂ im chinesischen Emissionshandel im Jahr etwa bei 10 Yuan umgerechnet knapp 1,5 € liegen könnten²⁸⁰

Am 1. April veröffentlichte die chinesische Regierung einen Regulierungsentwurf für das China EHS der bis zum Mai zur öffentlichen Konsultation gestellt wurde Die International Carbon Action Partnership bewertet die Veröffentlichung des Entwurfs als wichtigen Schritt für die weitere Entwicklung des China EHS Der Entwurf der noch kein Startdatum für den vollumfänglichen Start des EHS beinhaltet regelt u.a. die Aufgabenteilung zwischen der Zentral- und den Provinzregierungen

In den regionalen Emissionshandelssystemen fielen die CO₂-Preise bisher weitgehend niedrig aus Diese Systeme werden auch künftig neben dem China weiten EHS fortbestehen Dabei werden jene Emissionen aus dem Stromsektor die aktuell in den regionalen Systemen erfasst werden in das nationale EHS verlagert Die Emissionen der anderen Sektoren bleiben zunächst in den regionalen Systemen erfasst Laut chinesischer Regierung sollen aber auch diese perspektivisch in das landesweite EHS überführt werden wenn die Bedingungen dies zulassen²⁸²

Laut Experten könnten das chinesische EHS auch internationale wichtige Impulse setzen So bewertet die Nichtregierungsorganisation Carbon Market Watch alleine die Schaffung des chinesischen EHS als ein wichtiges Signal hin zu einer weltweiten Bewegung zu CO₂-Preisen²⁸³ Bei erfolgreicher Umsetzung des Emissionshandels könnten Ängste in Europa vor einer Verlagerung der Emissionen nach China (Carbon Leakage) verringert werden²⁸⁴

Daneben versucht die chinesische Regierung CO₂-Bepreisung durch internationale Kooperationen voranzutreiben Beispielsweise intensiviert sie ihre Zusammenarbeit mit der EU beim Thema Emissionshandel durch die Platform for Policy Dialogue and Cooperation between EU and China Hier sind für verschiedene Trainings und Dialoge geplant Auch unterzeichnete der chinesische Premier Li Keqiang am 1. Dezember eine gemeinsame Erklärung mit dem kanadischen Premierminister Justin Trudeau zum Klimaschutz Darin vereinbarten beide Parteien u.a. eine stärkere Kooperation beim Thema CO₂-Märkte

CO Aekdeht ghw Tyzh hw	
Nicht vorhanden	

Carbon Brief Q A How will China's new carbon trading scheme work
 Carbon Brief Q A How will China's new carbon trading scheme work
 Die Tageszeitung China führt Emissionshandel ein Der Preis für den Klimaschutz
 International Carbon Action Partnership China releases draft Interim Regulations on the Management of Carbon Emissions Trading
 Carbon Brief Q A How will China's new carbon trading scheme work
 Die Tageszeitung China führt Emissionshandel ein Der Preis für den Klimaschutz
 Carbon Brief Q A How will China's new carbon trading scheme work
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard

Progress Dedyhs

Laut Medienberichten hat die chinesische Regierung an ihren Plänen festgehalten, das nationale Emissionshandelssystem so schnell wie möglich auf emissionsintensive Fertigungsindustrien auszuweiten.²⁸⁶ Andere Medienberichte verweisen darauf, dass die chinesische Regierung bereits begonnen hat, Daten des Stahlsektors zu monitoren, da dieser in Zukunft ebenfalls vom China EHS erfasst werden soll.²⁸⁷

6.5 Japan

Vorreiterrolle durch erste CO₂-Steuer in Ostasien und regionale Emissionshandelssysteme sowie Diskussion über die Einführung eines nationalen Emissionshandels

Ergebnisse des Jahres

Während in Japan aktuell kein nationales Emissionshandelssystem existiert, wurden auf lokaler bzw. regionaler Ebene bereits zwei Handelssysteme implementiert. So startete das Emissionshandelssystem im Großraum **Tokio** (Tokio EHS). Dabei handelte es sich um das erste Emissionshandelssystem Japans. Das Tokio EHS erfasst ca. 70 Prozent der CO₂-Emissionen aus dem Energieverbrauch der Industrie, der Stromerzeugung und des Gebäudesektors.²⁸⁸ Damit bepreist der Emissionshandel insgesamt rund 70 Prozent der Treibhausgasemissionen im Großraum Tokio.²⁸⁹ In der ersten Handelsperiode (2013 bis 2014) waren größere Betriebe und Fabriken dazu verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen um sechs bis acht Prozent gegenüber dem Basisjahr zu reduzieren.²⁹⁰ In der zweiten Periode (2015 bis 2016) mussten die Emissionen nun um fünf bis sechs Prozent gegenüber dem Basisjahr reduziert werden.²⁹¹ Das EHS wurde somit in der zweiten Phase ambitionierter ausgestaltet. Bis Ende 2016 erreichte das Tokio EHS eine Emissionsreduktion von insgesamt 10 Prozent. Somit wurde das Reduktionsziel deutlich übererfüllt.²⁹² Das Preisniveau lag am 30. April 2016 bei ca. 1.200 JPY/tCO₂e (ca. 1.200 € / tCO₂e).²⁹³

Daneben startete das Emissionshandelssystem der Präfektur **Saitama** (Saitama EHS).²⁹⁴ Seit seinem Start ist dieses mit dem Tokio EHS verbunden.²⁹⁵ Unter das Saitama EHS fallen ebenfalls Emissionen aus dem Energieverbrauch der Industrie, der Stromerzeugung und des Ge-

Carbon Pulse: China holds firm on bringing major industry sectors into its ETS
 Nasdaq: China issues long-awaited draft of rules for carbon emissions trading
 Weltbank: Carbon Pricing Dashboard | IETA | EDF | Tokyo: The World's Carbon Markets: A Case Study Guide to Emissions Trading
 Weltbank: Carbon Pricing Dashboard
 Kreiser et al.: Market-based instruments: National experiences in environmental sustainability
 International Carbon Action Partnership: Tokyo
 Die Emissionen des Basisjahres basieren auf den durchschnittlichen Jahresemissionen aus drei konsekutiven Fiskaljahren (April bis März) aus den Fiskaljahren 2013 bis 2015, die von den Anlagen ausgewählt werden aus
 Weltbank: Carbon Pricing Dashboard | International Carbon Action Partnership | Tokyo
 Weltbank: Carbon Pricing Dashboard
 Die Präfektur Saitama schließt sich an die Präfektur Tokio an und hat mehr als 10 Millionen Einwohner
 International Carbon Action Partnership: Tokyo

budesektors über das Saitama EHS werden Prozent der Treibhausgasemissionen in der Pr
 fektur bepreist²⁹⁶ In der ersten Handelsperiode bis mussten die Emissionen wie in
 Tokio um sechs Fabriken oder acht Prozent gewerbliche Gebäude gegen über dem Basisjahr
 gesenkt werden in der zweiten Handelsperiode bis müssen sie um Fabriken oder
 Prozent gewerbliche Gebäude sinken²⁹⁷ Das EHS wurde somit ebenso wie das Tokio EHS
 in der zweiten Phase ambitionierter ausgestaltet Bis erreichte das EHS bereits eine Emis
 sionsreduktion von zusammengenommen Prozent²⁹⁸ Somit wurde auch das Reduktionsziel
 des Saitama EHS deutlich übererfüllt Das Preisniveau lag am April bei ca JPY t CO e
 ca t CO e²⁹⁹

CO Aekdeh t ghw Tyhz hw

Die nationale japanische CO Steuer trat am Oktober in Kraft Dabei handelt es sich um
 die erste CO Steuer in Ostasien³⁰⁰ Die Atomkatastrophe in Fukushima im März war ein
 wichtiger Auslöser für die Einführung der nationalen CO Besteuerung um Energieeinsparungen
 und den Klimaschutz voranzubringen

Die Steuer wird in allen Sektoren erhoben Es bestehen Ausnahmen für bestimmte Anwendungen
 von fossilen Energieträgern in den Sektoren Industrie Stromerzeugung Verkehr Land und
 Forstwirtschaft Die CO Steuer deckt etwa Prozent der Treibhausgasemissionen in Japan ab
 Produzenten fossiler Energieträger müssen die Steuer alle zwei Monate entrichten³⁰²

Die Steuerrate ist seit bei JPY t CO e ca t CO e³⁰³ eingefroren und aktuell gibt
 es keine Pläne sie weiter anzuheben³⁰⁴ generierte die japanische Regierung durch die
 Steuer Mehreinnahmen in Höhe von Milliarden USD ca Milliarden³⁰⁵

Neben der Steuer hat die japanische Regierung unterstützende Begleitmaßnahmen auf den Weg
 gebracht z.B. zur Energieeinsparung im Logistik- und Verkehrssektor sowie gezielte Maßnahmen
 für entvölkerte und kalte Gegenden³⁰⁶

Pp sh Dhedyhs

Seit wird in Japan die Einführung eines nationalen Emissionshandels diskutiert Das japa
 nische Umweltministerium veranstaltet regelmäßig Stakeholderdiskussionen und untersucht
 Möglichkeiten für die Einführung eines solchen Systems³⁰⁷ Als wichtiger Grund dafür dass die
 Diskussionen nur schleppend vorankommen wird der starke Widerstand der japanischen Stahl

Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Die Emissionen des Basisjahres basieren auf den durchschnittlichen Jahresemissionen aus drei konsekutiven Fis
 kaljahren April bis März des Zeitraums bis die von den Anlagenbetreibern ausgew hlt werden aus
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard Department of Environment of Saitama Prefectural Govern
 ment Emissions Trading System in Saitama International Carbon Action Partnership Saitama
 International Carbon Action Partnership Saitama
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Kawakatsu Lee Rudolph The Japanese Carbon Tax and the Challenges to Low Carbon Policy Cooperation
 in East Asia
 Kawakatsu Lee Rudolph The Japanese Carbon Tax and the Challenges to Low Carbon Policy Cooperation
 in East Asia
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Kawakatsu Lee Rudolph The Japanese Carbon Tax and the Challenges to Low Carbon Policy Cooperation
 in East Asia
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Kawakatsu Lee Rudolph The Japanese Carbon Tax and the Challenges to Low Carbon Policy Cooperation
 in East Asia
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard

und Stromindustrie gewertet. So gilt die Opposition der Keidanren – Verband der japanischen Wirtschaftsorganisationen – als Hindernis für die Einführung eines nationalen EHS in Japan.³⁰⁸

Seit 2011 hat sich die Diskussion um die Einführung weiterer CO₂-Preisinstrumente neben den bestehenden beiden regionalen Emissionshandelssystemen erneut intensiviert. Im März 2012 stellte das Global Environment Committee of the Central Environment Council – welches das japanische Umweltministerium berät – seine Long-term Low-carbon Vision für Japan vor. Das Beratergremium bezeichnete CO₂-Bepreisung als essentiell für die Dekarbonisierung der Gesellschaft. Basierend auf dieser Diskussion veröffentlichte ein Expertenkomitee für CO₂-Bepreisung eine Studie, die sich damit befasste, wie das Instrument Japan helfen könnte, seine Emissionsreduktionsziele zu erreichen sowie seine wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Im Juni 2012 wurde ein weiteres Expertengremium eingesetzt, das sich mit der Frage beschäftigte, inwieweit wie CO₂-Bepreisung Japan auf dem Weg zu einer dekarbonisierten Gesellschaft sowie beim Wirtschaftswachstum unterstützen kann. Zum Redaktionsschluss waren die Verhandlungen dazu noch nicht abgeschlossen.³⁰⁹

6.6 Kanada

Verschiedene regionale CO₂-Bepreisungssysteme und verpflichtendes föderales System für die verbliebenen Regionen ab 2019

Erneuerbare Energien

In Kanada waren wie in Japan und China die Provinzen Vorreiter bei der Etablierung von CO₂-Bepreisungssystemen.³¹⁰ Dabei entwickelten sich jene Provinzen, die eine CO₂-Bepreisung einführen, auch zu wirtschaftlichen Vorreitern. Sie gehörten gemessen am Bruttoinlandsprodukt zu den erfolgreichereren Provinzen des Landes.³¹¹

Quebec führte ein Cap and Trade Emissionshandelssystem (Quebec EHS) ein, welches am 1. Januar 2013 in Kraft trat. Das Quebec EHS deckte zunächst Anlagen in den Sektoren Strom und Industrie ab, die jährlich mehr als 10.000 Tonnen CO₂ emittierten. Seit 2014 fallen unter das Quebec EHS ebenfalls Großhändler und Importeure fossiler Brennstoffe, die im Gebäude- und Verkehrssektor sowie in kleinen und mittelgroßen Unternehmen genutzt werden.³¹² Die Zertifikatsverteilung erfolgt auf Basis einer Mischung aus kostenloser Allokation und Auktionen. Der CO₂-Preis im Quebec EHS lag am 1. April 2014 bei ca. 15 CAD/t CO₂e (ca. 12 € t CO₂e).

Über den Emissionshandel werden ca. 1,5 Milliarden Tonnen CO₂ und somit etwa 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in Quebec bepreist.³¹³ Da fast 90 Prozent der Stromerzeugung der

Kawakatsu, Lee, Rudolph: The Japanese Carbon Tax and the Challenges to Low-Carbon Policy Cooperation in East Asia

Weltbank: Carbon Pricing Dashboard

Neben den aufgeführten Emissionshandelssystemen gibt es seit dem 1. Januar 2013 ein regionales Cap and Trade System in Nova Scotia. Regionale Baseline and Credit Systeme existieren darüber hinaus in Alberta, British Columbia, Neufundland, Labrador sowie in Saskatchewan.

The Guardian: Canada passed a carbon tax that will give most Canadians more money

International Carbon Action Partnership: Quebec

Weltbank: Carbon Pricing Dashboard; International Carbon Action Partnership: Quebec

Provinz auf erneuerbaren Energien beruhen insbesondere Wasser und Windkraft ist der Verkehrssektor mit über 30 Prozent der Emissionen der größte Treibhausgasemittent der Provinz³¹⁴

Das Québec EHS ist ein zentrales Element der Klimawandelaktionsstrategie der Provinz im Osten Kanadas. Québec generiert durch sein EHS erhebliche Mehreinnahmen. Alle Einnahmen durch Versteigerung der Emissionsberechtigungen bis voraussichtlich mehr als 10 Milliarden CAD ca. 10 Milliarden werden in einen Grünen Fonds transferiert. Dieser wird für Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit genutzt³¹⁵

Die Provinz **Ontario** führte ebenfalls ein Cap and Trade Emissionshandelssystem. Ontario EHS ein³¹⁶ Das Ontario EHS bepreiste Emissionen aus den Sektoren Stromerzeugung, Industrie, Verkehr und Gebäude. Es erfasste rund 90 Prozent der Emissionen der Provinz³¹⁷. Am 1. Juli legte die neugewählte konservative Provinzregierung von Premierminister Doug Ford jedoch den Bill Cape and Trade Cancellation Act vor, um das Ontario EHS abzuschaffen³¹⁸. Hintergrund dieser Entscheidung war der Wunsch, die Verbraucher in Ontario stärker finanziell zu entlasten³¹⁹. Aufgrund aktueller Initiativen der kanadischen Regierung wird jedoch auch Ontario ein neues CO₂-Bepreisungsprogramm auf den Weg bringen oder abseinerzeit ein föderales System akzeptieren müssen, siehe Pläne Debatten.

Bis zu seiner Abschaffung war das Ontario EHS mit den Emissionshandelssystemen in Kalifornien und Québec verknüpft³²⁰. Dabei konnten die Anlagenbetreiber in den jeweiligen anderen Systemen Emissionsberechtigungen erwerben und nutzen, um damit ihre eigenen Compliance Anforderungen zu erfüllen³²¹. Trotz der Abschaffung des Ontario EHS zeigt die Verknüpfung der Systeme die internationale Anschlussfähigkeit solcher CO₂-Preissysteme und dass subnationale Akteure eine treibende Rolle spielen können³²².

Auf **föderaler Ebene** hat die liberale Zentralregierung unter Premierminister Justin Trudeau alle Provinzen und Territorien dazu verpflichtet, CO₂-Bepreisungssysteme einzuführen. Sie hat zudem ein eigenes System für diejenigen Regionen auf den Weg gebracht, die die föderalen Kriterien für eine CO₂-Bepreisung nicht erfüllen. Zu den Kriterien für das **föderale Bepreisungssystem** gehören unter anderem ein Preisniveau von mindestens 10 CAD/tCO₂e, ca. 10 tCO₂e im Jahr, welches jährlich um 10 CAD steigen soll, um 10 CAD/tCO₂e, ca. 10 tCO₂e zu erreichen. Ein weiteres Kriterium ist die jeweilige Abdeckung eines signifikanten Anteils der Emissionen³²³. Die Pläne hierfür stellte die kanadische Regierung im Oktober 2017 vor³²⁴. Durch das Vorgehen sollen die Provinzen und Territorien die Möglichkeit erhalten, eine CO₂-Bepreisung zu implementieren, die ihren eigenen Gegebenheiten am besten Rechnung trägt³²⁵. Die kanadische Bundesregierung schätzt, dass im Jahr 2022 durch die landesweite CO₂-Bepreisung bis zu 10 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden können. Laut Regierung entspricht dies dem CO₂-Ausstoß von bis zu 10 Millionen Autos und einer Emissionsreduktion von bis zu 10 Prozent gegenüber

Carbon Pricing Leadership Coalition	Carbon Pricing Leadership Coalition Report
Carbon Pricing Leadership Coalition	Carbon Pricing Leadership Coalition Report
Weltbank	The State and Trends of Carbon Pricing
International Carbon Action Partnership	Ontario announces cap and trade program
International Carbon Action Partnership	Ontario introduces formal legislation to repeal cap and trade outlines program wind down
Ontario	Premier Ford Announces the End of the Cap and Trade Carbon Tax Era in Ontario
Carbon Pricing Leadership Coalition	Carbon Pricing Leadership Coalition Report
Center for Climate and Energy Solution	California Cap and Trade
Carbon Pricing Leadership Coalition	Carbon Pricing Leadership Coalition Report
The Canadian Chamber of Commerce	Federal Carbon Pricing Backstop
The Guardian	Canada passed a carbon tax that will give most Canadians more money
Kanadische Regierung	Estimated results of the federal carbon pollution pricing system

als die kanadischen Gesamtemissionen Megatonnen CO betragen³²⁶ Die Regierung geht zudem davon aus dass sich das CO-Bepreisungssystem nicht negativ auf das Wirtschaftswachstum Kanadas auswirken wird³²⁷

Für diejenigen Regionen die kein eigenes System implementiert haben gilt damit ab das föderale Bepreisungssystem Dieses basiert neben einer CO-Steuer auf einem Baseline and Credit Emissionshandelssystem³²⁸ Dieses gilt für die energie- und handelsintensive Industrie Es bepreist Treibhausgasemissionen aus Anlagen zur Stromerzeugung und Industrieanlagen die pro Jahr mehr als tCO emittieren Industrieanlagen die zwischen und tCO pro Jahr emittieren können freiwillig an dem System teilnehmen Die jeweiligen Emissionslimits für die Industrieanlagen basieren auf einem Standard für die Sektor Produkt Intensität sowie der jährlichen Produktionsmenge der Anlage Teilnehmende Anlagen haben die Möglichkeit eine Abgabe in Höhe der föderalen CO-Steuer derzeit ca tCO e zu zahlen Hierdurch wird de facto eine Preisobergrenze für den Emissionshandel geschaffen³²⁹

Am Oktober kündigte die Zentralregierung an dass das föderale Emissionshandelssystem in **Manitoba New Brunswick Ontario Prince Edward Island** und teilweise in **Saskatchewan** nur in der Stromerzeugung und für Erdgas-bertragungsleitungen ab dem Januar Anwendung finden wird In den Territorien **Nunavut** und **Yukon** startete das EHS am Juli³³⁰

CO Aekdeh t ghw Tyh hw

Auch beim Thema CO-Steuern waren die kanadischen Provinzen Vorreiter³³¹ So führte **British Columbia BC** eine CO-Steuer ein³³² Diese bepreist Emissionen aus allen Sektoren Dabei bestehen verschiedene Ausnahmen für die Industrie den Luftverkehr den Verkehr und die Landwirtschaft Insgesamt erfasst die Steuer ca Prozent der Treibhausgasemissionen in BC Die Steuerrate lag am April bei CAD tCO e ca tCO e Die Steuer soll jährlich um CAD pro Tonne CO ca tCO e steigen und somit eine Höhe von CAD tCO e ca tCO e erreichen³³³

nahm die Regierung durch die Steuer insgesamt ca Millionen ein Die Steuer ist auf kommensneutral ausgestaltet sodass die Mehreinnahmen durch verschiedene Maßnahmen zurück in die Volkswirtschaft geleitet werden³³⁴ Zukünftig sollen neue Mehreinnahmen dazu genutzt werden um Steuererleichterungen für Familien zu ermöglichen Zudem sollen sie dazu dienen Unternehmen zu unterstützen und Grüne Initiativen für den Kampf gegen den Klimawandel voranzutreiben Beispielsweise will die Provinzregierung größeren Industrien dabei helfen durch Programme wie das neue Clean Growth Incentive Program wettbewerbsfähig zu bleiben wenn die Steuer ansteigt³³⁵

Kanadische Regierung Estimated results of the federal carbon pollution pricing system Kanadische Regierung
Greenhouse gas sources and sinks executive summary

Kanadische Regierung Estimated results of the federal carbon pollution pricing system

Ein Baseline and Credit System zu dem etwa Gutschriftensystem ermöglicht die Vergütung von Emissionseinsparungen In einem solchen Mechanismus werden handelbare Zertifikate für tatsächlich erreichte Emissionsminderungen ausgegeben Sie werden ausgestellt wenn es gelingt nachweislich die Emissionen unter einen zuvor festgelegten Referenzwert baseline zu senken

Weltbank Carbon Pricing Dashboard

Weltbank Carbon Pricing Dashboard

Neben den aufgeführten Steuern gibt es weitere in Neufundland Labrador und Prince Edward Island

Nadel Learning from Carbon Taxes

Weltbank Carbon Pricing Dashboard

Weltbank Carbon Pricing Dashboard

Carbon Pricing Leadership Coalition Carbon Pricing Leadership Coalition Report

Insgesamt wird die CO Steuer als Erfolg gewertet. So hat sie zur Abnahme der Treibhausgasemissionen in der Provinz geführt und sich gleichzeitig nicht negativ auf deren gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt.³³⁶ Das reale BIP der Provinz wuchs zwischen und um mehr als Prozent während die Emissionen abnahmen.³³⁷ Zudem wurden in BC doppelt so viele Investitionen in grüne Technologien wie im kanadischen Durchschnitt ausgelöst, was Experten auf die CO Steuer zurückführen.³³⁸

Seit gilt für die Provinzen, die kein eigenes CO-Bepreisungssystem implementiert haben, neben dem Baseline and Credit Emissionshandelssystem eine CO Steuer als Teil des **föderalen CO-Bepreisungssystems**. Die föderale CO Steuer wird auf Brennstoffe in allen Sektoren erhoben. Sie erfasst ebenfalls verbrennbare Abfälle, die für die Produktion von Energie oder Wärme genutzt werden. Dabei sind Ausnahmen u.a. für Teile der Industrie, für die Landwirtschaft und den Verkehr vorgesehen. Produzenten, Großhändler und Importeure fossiler Brennstoffe müssen die Steuer entrichten. Die Steuerrate startet bei CAD/tCO₂e ca. tCO₂e und soll jährlich um CAD steigen, um CAD/tCO₂e ca. tCO₂e zu erreichen.³³⁹ Dabei ist die Steuer aufkommensneutral ausgestaltet. Alle Einnahmen aus der Steuer werden an die Provinzen zurückerstattet, in denen sie erhoben werden. Die Provinzen verteilen dann gemäß den Vorgaben der föderalen Regierung etwa Prozent der Mehreinnahmen zurück an die Steuerzahler. Es wird erwartet, dass die Rückzahlungen für rund Prozent der kanadischen Haushalte in den vom föderalen Bepreisungssystem betroffenen Regionen die Kosten für die gestiegenen Energiepreise betreffen werden. Die verbliebenen Prozent der Mehreinnahmen sollen besonders betroffenen Akteuren wie z.B. Schulen, Krankenhäusern, Kleinunternehmen sowie indigenen Gemeinschaften zugutekommen. Um entlegene Gebiete zu unterstützen, sind dort die dieselbetriebene Stromerzeugung sowie Flugbenzin (aviation fuel) von der Steuer ausgenommen.³⁴⁰

Am Oktober kündigte die Zentralregierung an, dass die föderale CO Steuer in **Saskatchewan, Manitoba, Ontario** und **New Brunswick** ab April gilt. In den Territorien **Yukon** und **Nunavut** wird sie ab Juli erhoben.³⁴¹

Push Dheyyhs

Die föderalen Regierungsvorgaben haben dazu geführt, dass verschiedene Provinzen und Territorien die Einführung eigener CO-Preisinstrumente planen oder debattieren. So wollen z.B. die **Nordwest Territorien** eine CO Steuer in Kraft treten lassen, die auf fast alle fossilen Brennstoffe erhoben werden soll. Die Steuer soll entsprechend der Mindestanforderung bei CAD/tCO₂e ca. tCO₂e starten, jährlich um CAD/tCO₂e steigen und eine Steuerhöhe von CAD/tCO₂e ca. tCO₂e erreichen.³⁴² Zunächst war geplant, dass die Steuer am Juli in Kraft treten sollte. Anfang Juni gab die Regierung der Territorien jedoch bekannt, dass sich der Start der Steuer um zwei Monate auf September verzögern werde.³⁴³

Gleichzeitig haben mehrere Provinzen Widerstand gegen das föderale Bepreisungssystem angekündigt. So versuchen **Manitoba, New Brunswick, Ontario** und **Saskatchewan** gerichtlich gegen die Anordnung der föderalen Regierung vorzugehen.³⁴⁴ Auch **Alberta** hat angekündigt, sich dem Widerstand anzuschließen. Hintergrund ist, dass die neugewählte konservative Regierung

- Nadel Learning from Carbon Taxes
Carbon Pricing Leadership Coalition Carbon Pricing Leadership Coalition Report
Ten Brink Withana CO und Klimasteuern Lehren aus dem Ausland
Weltbank Carbon Pricing Dashboard
The Guardian Canada passed a carbon tax that will give most Canadians more money
Weltbank Carbon Pricing Dashboard
Weltbank Carbon Pricing Dashboard
Carbon Pulse Canada's Northwest Territories to delay carbon tax by two months
Weltbank Carbon Pricing Dashboard

Albertas unter Premierminister Jason Kenney die bestehende CO Steuer der Provinz Anfang Juni abgeschafft hat ³⁴⁵ Als Folge dessen gab die Zentralregierung bekannt dass die federale CO Steuer somit auch in Alberta Anwendung finde ³⁴⁶ Allerdings soll dies nicht vor dem Januar geschehen ³⁴⁷

6.7 Mexiko

Vorreiterrolle unter den Staaten des Globalen Südens mit nationaler CO₂-Steuer und Plänen für einen nationalen Emissionshandel

Erneuerbare Energien
Nicht vorhanden
CO ₂ -Steuer
Die mexikanische CO Steuer trat in Kraft Die Steuer wird nicht auf den vollen CO Ausstoß der Energieträger erhoben sondern auf die CO Emissionen die im Vergleich zur Nutzung von Erdgas zusätzlich verursacht werden Dementsprechend ist Erdgas von der Steuer ausgenommen Alle anderen fossilen Brennstoffe werden in allen Sektoren von der Steuer bepreist Damit erfasst diese rund 70 Prozent der Treibhausgasemissionen in Mexiko Produzenten und Importeure der fossilen Brennstoffe müssen die Steuer monatlich entrichten ³⁴⁸ Bei der Einführung der CO Steuer im Jahr 2014 lag die Steuerrate abhängig vom Brennstoff zwischen 10 und 20 MXN t CO ₂ e ca und 10 t CO ₂ e ³⁴⁹ Die Steuerraten wurden anschließend modifiziert und bei 10 Prozent des Verkaufspreises der Brennstoffe gekappt ³⁵⁰ Am 1. April 2015 lag der Preis zwischen 10 MXN t CO ₂ e ca und 10 t CO ₂ e und 10 MXN t CO ₂ e ca und 10 t CO ₂ e ³⁵¹
Mexiko gilt als ein Klimaschutz Vorreiter unter den Ländern des Globalen Südens Bereits 2012 hatte der Kongress einstimmig das Allgemeine Klimaschutzgesetz verabschiedet Hierdurch wurde Mexiko das erste Schwellenland mit einem umfassenden Klimaschutzgesetz ³⁵² Mexikos Gesetze begründen eine Verpflichtung die kosteneffizientesten Klimaschutzmaßnahmen zu implementieren wobei Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährden ³⁵³

The Globe and Mail Alberta carbon tax bill officially passed signed into law
 Global News Alberta provincial carbon tax dead as federal tax looms
 Carbon Pulse Canadian federal govt won't impose backstop CO₂ tax on Alberta until
 Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
 Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
 Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit Achieving the Mexican Mitigation Targets Options for an Effective Carbon Pricing Policy Mix
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Carbon Pricing Leadership Coalition Helping Mexico design an effective climate policy
 Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit Achieving the Mexican Mitigation Targets Options for an Effective Carbon Pricing Policy Mix

Progress Dheyyhs

Am Februar gab das mexikanische Energieministerium bekannt, dass es die Entwicklung eines Emissionshandels im Energiesektor plant, der die bestehende CO₂-Steuer komplementieren soll.³⁵⁴ Im April nahm der Senat entsprechende Änderungen am mexikanischen Klimaschutzgesetz an. Die Änderungen beinhalten ein Mandat für den Entwurf und Start eines EHS. Das EHS soll nun zunächst in einer Pilotphase von 12 Monaten operieren. Anschließend soll der formelle Start erfolgen.³⁵⁵ Eine Regierung-Privatsektor-Arbeitsgruppe, die ihre Arbeit aufgenommen hat, stellt das wichtigste Forum für Ausgestaltung und Regulation des mexikanischen EHS dar.³⁵⁶ Das Pilot EHS soll voraussichtlich die Stromerzeugung, den Öl- und Gassektor sowie die Industrie erfassen.³⁵⁷

Am Oktober startete die mexikanische Regierung eine öffentliche Konsultation über einen Regulierungsentwurf für ein nationales Pilot EHS. Den finalen Entwurf will die Regierung im Laufe des Jahres veröffentlichen.³⁵⁸ Zum Redaktionsschluss plante die Regierung den Start des Pilot EHS im Januar.³⁵⁹

Weltbank	The State and Trends of Carbon Pricing
Weltbank	Carbon Pricing Dashboard
Weltbank	The State and Trends of Carbon Pricing
Weltbank	The State and Trends of Carbon Pricing
Weltbank	Carbon Pricing Dashboard
Carbon Pulse	Mexico to release pilot ETS rules next month as it prepares for market launch

6.8 Südafrika

Start einer CO₂-Steuer auf rund 80 Prozent der Treibhausgasemissionen am 1. Juni 2019

Er naxrts xl ds ghpoxöyhr
Nicht vorhanden
CO Aekdeh t ghw Tyhz hw
<p>Am Juni trat die s dafrikanische CO Steuer in Kraft. Pr sident Cyril Ramaphosa hatte ein entsprechendes Gesetz am unterschrieben nachdem das s dafrikanische Parlament das Gesetzesvorhaben am Februar verabschiedet hatte ³⁶⁰ Es handelt sich um die erste CO Steuer auf dem afrikanischen Kontinent. Die CO Steuer soll einen wesentlichen Beitrag dazu leisten dass S dafrika seine Verpflichtungen unter dem Pariser Klimaschutzabkommen erf llt ³⁶¹</p> <p>Zun chst startet die CO Steuer bei ZAR t CO e ca t CO e Laut Gesetzesentwurf soll sie Treibhausgasemissionen aus der Industrie der Stromerzeugung sowie aus dem Geb ude und Verkehrssektor bepreisen. Dabei spielt es keine Rolle welche fossilen Brennstoffe genutzt werden. Es bestehen in der ersten Phase aber Ausnahmen in allen Sektoren. Diese rangieren zwischen und Prozent der vollen Steuerh he u a in Abh ngigkeit von der Intensit t des Handelsdrucks und dem Anteil diffuser Emissionen in den Sektoren. Insgesamt erfasst die Steuer rund Prozent der Treibhausgasemissionen in S dafrika ³⁶²</p> <p>Die erste Phase der Steuer dauert bis ³⁶³ Bis dahin wird die Rate j hrlich um die jeweilige Verbraucherpreisinfation und um zus tzliche zwei Prozent angehoben. Nach sollen vorerst nur noch inflation re Anpassungen vorgenommen werden ³⁶⁴ Damit soll es der Bev lkerung und Unternehmen erm glicht werden sich anzupassen und sich langsam auf emissionsarme Technologien umzustellen ³⁶⁵</p> <p>Nachdem die s dafrikanische Regierung bereits einen ersten Gesetzesentwurf f r eine CO Steuer vorgelegt hatte wurde der Start der Steuer mehrfach verschoben. Am Dezember hatte die Regierung dann einen neuen Gesetzesentwurf ver ffentlicht ³⁶⁶</p> <p>Die schlie liche Einf hrung der Steuer im Juni wurde u a von Umweltverb nden begr t. Kritisiert wurde dabei jedoch dass die Steuerrate in ihrer aktuellen Ausgestaltung noch nicht hoch genug sei um eine ausreichende Wirkung zu entfalten ³⁶⁷</p>
Pp s h Dhedyhs
Nicht bekannt

Reuters South African parliament approves long delayed carbon tax bill Spiegel Online
 S dafrika f hrt eine CO Steuer f r Firmen ein
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 The Carbon Report The proposed South African carbon tax
 Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
 The Carbon Report The proposed South African carbon tax
 Carbon Pulse South Africa further delays carbon tax to examine higher penalty rate Ernst Young
 South Africa announces date for implementation of Carbon Tax
 Spiegel Online S dafrika f hrt eine CO Steuer f r Firmen ein

6.9 Südkorea

Vorreiter mit dem ersten nationalen Emissionshandelssystem in Ostasien

Er naxrts xl ds ghpoxöyhr

Das s d koreanische Emissionshandelssystem Korea EHS startete am Januar Dabei handelt es sich um den zweiten nationalen Emissionshandel in Asien nach Kasachstan und den ersten in Ostasien

Das Korea EHS bepreist die direkten Emissionen von sechs vom Kyoto Protokoll klassifizierten Treibhausgasen sowie die indirekten Emissionen aus dem Stromverbrauch ³⁶⁸ Das Cap and Trade System erfasst die Sektoren Industrie Stromerzeugung Geb ude inl ndischer Luftver kehr sowie den ffentlichen und den Abfallsektor ³⁶⁹ Insgesamt werden vom Korea EHS knapp Unternehmen darunter f nf nationale Airlines erfasst ³⁷⁰ F r kleinere Unternehmen besteht die M glichkeit einer freiwilligen Teilnahme am Emissionshandel ³⁷¹ Durch das CO Bepreisungs instrument werden rund Prozent der Treibhausgasemissionen in S dkorea abgedeckt Am April lag der CO Preis bei rund KRW t CO e ca t CO e ³⁷²

Die erste Phase des s d koreanischen Emissionshandels dauerte von bis In dieser Phase erhielten die vom Emissionshandel erfassten Anlagen Prozent ihrer Zertifikate gra tis ³⁷³ Am Januar startete die zweite Phase die bis laufen wird ³⁷⁴ In dieser Phase werden Prozent der Emissionsberechtigungen kostenlos vergeben w hrend drei Prozent ver steigert werden Energieintensive und wettbewerbsintensive Industrien erhalten weiterhin Prozent der Emissionsberechtigungen kostenlos ³⁷⁵ Weiterhin d rfen nur vom Emissionshandel erfasste Unternehmen mit den Emissionsberechtigungen handeln Am Januar fand die erste regul re Auktion f r Emissionserlaubnisse statt ³⁷⁶ Die dritte Phase wird von bis dauern In dieser Phase werden nur noch Prozent der Emissionsberechtigungen kostenlos ver geben ³⁷⁷ Ob in dieser Phase dritte Parteien am Emissionshandel teilnehmen d rfen ist noch nicht entschieden ³⁷⁸

Der j hrlliche Emissionsreduktionsfaktor lag bei Prozent ³⁷⁹ Das Korea EHS soll einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen des s d koreanischen Klimaschutzziels also der

International Carbon Action Partnership South Korea
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 International Carbon Action Partnership South Korea
 Environmental Defense Action Fund Climate Change Research Institute of Korea IETA Republic of Korea
 An Emissions Trading Case Study
 Weltbank Carbon Pricing Dashboard
 Environmental Defense Action Fund Climate Change Research Institute of Korea IETA Republic of Korea
 An Emissions Trading Case Study
 Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing
 International Carbon Action Partnership South Korea
 Carbon Pulse South Korea to hold first regular CO auction
 Environmental Defense Action Fund Climate Change Research Institute of Korea IETA Republic of Korea
 An Emissions Trading Case Study
 Yoo Introduction to Korea Emissions Trading Scheme Pr sentation am Februar in Montreal Kanada
 International Carbon Action Partnership Emissions Trading Worldwide Executive Summary International
 Carbon Action Partnership ICAP Status Report

<p>Reduktion der Treibhausgasemission um 10 Prozent gegenüber dem Business As Usual Szenario leisten³⁸⁰</p> <p>Bei der CO₂-Bepreisung kooperiert Südkorea mit internationalen Partnern. So unterzeichneten beispielsweise die CO₂-Börsen Pekings und Südkoreas im Dezember 2012 eine gemeinsame Absichtserklärung um Forschung bezüglich möglicher Kooperationen zwischen beiden Kohlenstoffmärkten voranzutreiben.³⁸¹</p> <p>Die Einführung des Korea EHS wurde von deutlichem Widerstand der energieintensiven Industrien begleitet. Die südkoreanische Regierung besitzt im Stromsektor allerdings wichtige Marktanteile, weshalb sich die opponierenden Industrieunternehmen nicht durchsetzen konnten.³⁸²</p>
CO₂-Aekdeh t ghw Tyhz hw
<p>Bis jetzt wurde eine Energiesteuerreform auf nationaler Ebene inklusive der Einführung einer CO₂-Steuer politisch kaum diskutiert.³⁸³</p>
Pp sh Dhedyhs
<p>Nicht bekannt</p>

6.10 Türkei

Laufende Evaluation verschiedener Optionen für ein nationales CO₂-Bepreisungsinstrument

Er naxrbs xl ds ghpoxöyhr
<p>Nicht vorhanden</p>
CO₂-Aekdeh t ghw Tyhz hw
<p>Nicht vorhanden</p>
Pp sh Dhedyhs
<p>Die türkische Regierung berlegt aktuell CO₂-Bepreisungsinstrumente zu etablieren. Sie nahm ein regulatorisches Rahmenwerk für ein umfassendes verpflichtendes MRV-System (Monitoring, Reporting and Verification) für Treibhausgasemissionen an. Hierdurch werden die Emissionen von circa 100 Anlagen aus dem Strom- und Industriesektor erfasst.³⁸⁴ Dies kann als wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem nationalen Emissionshandelssystem gewertet werden. Das Monitoring startete im Jahr 2013.³⁸⁵</p>

Environmental Defense Action Fund, Climate Change Research Institute of Korea, IETA, Republic of Korea, An Emissions Trading Case Study
 Weltbank, Carbon Pricing Dashboard
 Kawakatsu Lee, Rudolph, The Japanese Carbon Tax and the Challenges to Low Carbon Policy Cooperation in East Asia
 Kawakatsu Lee, Rudolph, The Japanese Carbon Tax and the Challenges to Low Carbon Policy Cooperation in East Asia
 International Carbon Action Partnership, Turkey, Andolu Agency, Turkey considers the introduction of carbon pricing, Ecofys, Roadmap for the consideration of establishment and operation of a Greenhouse Gas Emissions Trading System in Turkey
 Carbon Brief, The Carbon Brief Profile, Turkey

Durch die Partnership for Market Readiness (PMR) erhielt die Türkei im Mai finanzielle Mittel um die Umsetzung der MRV-Regulierung durch Pilotstudien im Strom-, Zement- und Raffinerie-sektor fortzusetzen und Optionen für marktbasierende Instrumente zu evaluieren. Die Türkei erhielt weitere finanzielle Unterstützung des PMR, wodurch Gesetzesentwürfe vorbereitet und die technischen sowie institutionellen Kapazitäten des Landes verbessert werden sollen, um eine geeignete CO₂-Bepreisungspolitik auf den Weg zu bringen.³⁸⁶ Dabei geht es explizit auch um die Analyse und Auswahl geeigneter CO₂-Bepreisungsinstrumente.³⁸⁷

Daneben wirkt sich der von der Türkei angestrebte Beitritt zur Europäischen Union auf ihre CO₂-Bepreisungspolitik aus. So versucht die Türkei als EU-Beitrittskandidat, die umweltpolitischen Voraussetzungen für einen EU-Beitritt zu erfüllen. Hierzu gehört auch die EU-EHS-Richtlinie.³⁸⁸ Die implementierte MRV-Regulierung wird somit auch als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Compliance mit dem Europäischen Emissionshandel gewertet.³⁸⁹

6.11 Vereinigte Staaten

Verschiedene CO₂-Bepreisungsinstrumente sowie Initiativen und Diskussionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene

Erneuerbare Energien

Aufgrund fehlender Fortschritte auf Bundesebene nehmen viele Bundesstaaten in den Vereinigten Staaten das Thema Klimaschutz zunehmend selbst in die Hand.³⁹⁰ So gibt es kein nationales Emissionshandelssystem, dafür aber verschiedene regionale Systeme.³⁹¹

Beispielsweise trat in **Kalifornien** am Januar ein Cap and Trade Emissionshandelssystem in Kraft.³⁹² Dieser Vorgang hat erhebliche klimapolitische Bedeutung für die Vereinigten Staaten insgesamt, denn Kalifornien ist der größte ökonomisch bedeutendste und wirtschaftlich produktivste Bundesstaat.³⁹³ Das Bruttoinlandsprodukt des Bundesstaates in Höhe von Billionen USD (ca. Billionen) macht Kalifornien zum sechstgrößten Industrieland weltweit.³⁹⁴

Das Emissionshandelssystem stellt das Rückgrat der Klimapolitik Kaliforniens dar.³⁹⁵ Bei seiner Einführung handelte es sich um den zweitgrößten Emissionshandel der Welt, nach dem EU-EHS.³⁹⁶ Mittlerweile liegt das Kalifornien EHS auf Platz vier hinter dem EU-EHS, dem Korea-EHS

International Carbon Action Partnership Turkey Partnership for Market Readiness PMR Turkey

Weltbank Carbon Pricing Dashboard

International Carbon Action Partnership Turkey

Carbon Brief The Carbon Brief Profile Turkey

JDSupra Carbon Markets Roundup

Neben den aufgeführten Emissionshandelssystemen gibt es noch ein Baseline- und Credit-Emissionshandelssystem im Bundesstaat Washington, momentan außer Kraft gesetzt, sowie ein Cap and Trade Emissionshandelssystem im Bundesstaat Massachusetts.

International Carbon Action Partnership California

Handelsblatt Kalifornien wird zum US-Klimapionier

Frankfurter Rundschau Die Weltmacht im eigenen Land

Environmental Defense Action Fund IETA California An Emissions Trading Case Study

Handelsblatt Kalifornien wird zum US-Klimapionier Center for Climate and Energy Solution

California Cap and Trade

und dem China EHS. Das kalifornische EHS erfasst groÙe Stromerzeugungs- sowie Industrieanlagen, die jährllich mehr als t CO₂ emittieren. Seit werden auch GroÙhändler fossiler Brennstoffe erfasst. Dabei bestehen jedoch Ausnahmen u.a. für Brennstoffe im Luftverkehr.³⁹⁷ Insgesamt erfasst der Emissionshandel rund Unternehmen und deckt über Prozent der Treibhausgasemissionen in Kalifornien ab.³⁹⁸

Das Cap des EHS sinkt zwischen und jährllich immerhin um Prozent. Zum Vergleich: Der jährlliche Reduktionsfaktor im EU EHS beträgt bis lediglich Prozent und wird ab auf Prozent angehoben.³⁹⁹ Im Kalifornien EHS soll der Reduktionsfaktor für die Jahre bis zudem auf durchschnittlich Prozent pro Jahr angehoben werden.⁴⁰⁰ Die Emissionserlaubnisse werden durch eine Kombination aus freier Zuteilung und Auktionen verteilt.⁴⁰¹ Der CO₂-Preis betrug am April USD/tCO₂e, ca. tCO₂e.⁴⁰²

Das Kalifornien EHS kann als erfolgreich angesehen werden. So lagen die Pro-Kopf-Emissionen in dem Bundesstaat seit um fünf Tonnen unter dem nationalen Durchschnitt.⁴⁰³ Das Center for Climate and Energy Solutions erwartet, dass das Kalifornien EHS die Treibhausgasemissionen der regulierten Anlagen zwischen und um Prozent und bis um weitere Prozent reduzieren wird.⁴⁰⁴

Der Bundesstaat konnte über sein EHS bereits erhebliche Mehreinnahmen erwirtschaften. So generierten die staatlichen Auktionen zwischen und Ende Milliarden USD, ca. Milliarden. Ein Großteil dieser Einnahmen wandert in den Greenhouse Gas Reduction Fund. Der Fonds investiert u.a. in sauberen Verkehr, Hochgeschwindigkeitsbahnen sowie städtische Begrünung. Mindestens Prozent der Mehreinnahmen müssen benachteiligten bzw. einkommensschwachen Gemeinschaften in Kalifornien zugutekommen.⁴⁰⁵

Kalifornien hat sein EHS mit den Systemen der kanadischen Provinzen Ontario⁴⁰⁶ und Quebec verlinkt. Anlagenbetreiber können aus allen Systemen Emissionsberechtigungen erwerben, um damit ihre Compliance-Anforderungen zu erfüllen.⁴⁰⁷ Dies verdeutlicht nicht nur die internationale Verknüpfbarkeit von Emissionshandelssystemen, sondern demonstriert auch die wichtige Rolle regionaler Akteure.

Darüber hinaus existiert in den Vereinigten Staaten die **Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI)**. Dabei handelt es sich um ein Cap-and-Trade-Emissionshandelssystem im Nordosten der USA, welches startete. Die RGGI ist eine gemeinsame Anstrengung verschiedener Bundesstaaten, ihre CO₂-Emissionen im Stromsektor zu reduzieren. Die Mitgliedsstaaten sind derzeit Connecticut, Delaware, Maine, Maryland, Massachusetts, New Hampshire, New York, Rhode Island und Vermont.⁴⁰⁸ In den Bundesstaaten lebt rund ein Sechstel der Bevölkerung der USA. Ge-

-
- Environmental Defense Action Fund | IETA | California | An Emissions Trading Case Study
 - Center for Climate and Energy Solutions | California Cap and Trade
 - Bundesministerium für Wirtschaft und Energie | Europäischer Emissionshandel | wichtig für die Energiewende
 - International Carbon Action Partnership | California
 - Center for Climate and Energy Solutions | California Cap and Trade
 - Weltbank | Carbon Pricing Dashboard
 - Environmental Defense Action Fund | IETA | California | An Emissions Trading Case Study
 - Center for Climate and Energy Solutions | California Cap and Trade
 - Environmental Defense Action Fund | IETA | California | An Emissions Trading Case Study
 - Der Emissionshandel in Ontario wurde mittlerweile außer Kraft gesetzt
 - Center for Climate and Energy Solutions | California Cap and Trade
 - Regional Greenhouse Gas Initiative | Elements of RGGI

meinsam sind die Staaten für ca. ein Fünftel des nationalen Bruttoinlandsprodukts der USA verantwortlich. New Jersey war ursprünglich ebenfalls Mitglied, trat aber wieder aus dem Bundesstaatenverbund aus. New Jersey und weitere Bundesstaaten überlegen, der Initiative erneut beizutreten (siehe hierzu die Debatten).

In den RGGI Staaten müssen Stromerzeugungsanlagen, die auf fossilen Energieträgern basieren und eine Leistung von mindestens 100 MW besitzen, Emissionsberechtigungen erwerben, die ihren CO₂-Emissionen über eine Periode von drei Jahren entsprechen.⁴¹⁰ Im Januar 2012 waren 100 Anlagen und damit rund 10 Prozent der Treibhausgasemissionen in den teilnehmenden Bundesstaaten erfasst.⁴¹¹ Regulierte Stromerzeuger können Berechtigungszertifikate aus allen teilnehmenden Staaten nutzen und diese auf regionalen Auktionen und Sekundärmärkten erwerben.⁴¹² Das Cap des RGGI EHS sinkt zwischen 2012 und 2015 jährlich um 1 Prozent.⁴¹³ Am 1. April 2012 betrug der CO₂-Preis 12 USD/t CO₂e, ca. 10 USD/t CO₂e.⁴¹⁴ Die Staaten investieren mit den Einnahmen in Programme, die die Energieeffizienz steigern und den Ausbau von Erneuerbare-Energie-Technologien beschleunigen.⁴¹⁵

Als Ergebnis eines Review-Prozesses liegen aktuell Vorschläge für eine Weiterentwicklung des RGGI EHS für die Jahre 2015 bis 2020 vor. Diese sehen u.a. eine Steigerung des jährlichen Reduktionsfaktors auf 10 Prozent vor. Die Mehrzahl der RGGI Staaten hat die Vorschläge bereits angenommen. Die International Carbon Action Partnership erwartet, dass die restlichen Mitglieder dies ebenfalls tun werden.⁴¹⁶

CO-Aussteuer in den USA

Auf nationaler oder bundesstaatlicher Ebene gibt es in den USA keine CO₂-Steuer. Auf lokaler Ebene führte die Stadt **Boulder**⁴¹⁷ eine CO₂-Steuer auf den Stromverbrauch ein.⁴¹⁸ Die Steuerrate lag bei ca. 10 USD/t CO₂e, ca. 10 bis 15 USD/t CO₂e. Diese generiert rund 10 Mio. USD, ca. 10 Millionen pro Jahr. 2012 stimmten die Bürger der Stadt für eine Verlängerung der Steuer bis März 2015.⁴²⁰

CO₂-Bepreisung in den USA

Aktuell liegen auf **Bundesebene** zwei unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen allerdings kaum realisierbare Vorschläge für eine CO₂-Bepreisung auf dem Tisch. Der Energy Innovation and Carbon Dividend Act von 2012 wurde im November 2012 von einer parteiübergreifenden Gruppe von Kongressabgeordneten vorgestellt und im Januar 2013 parteiübergreifend in den US-Kongress eingebracht. Der Vorschlag sieht eine Gebühr auf fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas vor, die mit der Zeit ansteigen würde.⁴²¹ Zudem schlägt der Healthy Climate and Family Security Act von demokratischen Kongressabgeordneten am 1. März 2012 in den

Ceres: The Regional Greenhouse Gas Initiative: A Fact Sheet
 Regional Greenhouse Gas Initiative: Elements of RGGI
 International Carbon Action Partnership: Regional Greenhouse Gas Initiative: RGGI
 Regional Greenhouse Gas Initiative: Elements of RGGI
 International Carbon Action Partnership: Regional Greenhouse Gas Initiative: RGGI
 Weltbank: Carbon Pricing Dashboard
 Regional Greenhouse Gas Initiative: The Regional Greenhouse Gas Initiative
 International Carbon Action Partnership: Regional Greenhouse Gas Initiative: RGGI
 Stadt im Bundesstaat Colorado mit etwa 100.000 Einwohnern
 Nadel: Learning from Carbon Taxes
 Nadel: Learning from Carbon Taxes
 City of Boulder, Colorado: Climate Action Tax
 Vatican News: USA: Bischof begründet die neuen CO₂-Gesetze

Kongress eingebracht wurde die Einführung eines Cap and Trade Emissionshandelssystems für die Produzenten, Großhändler und Importeure fossiler Brennstoffe vor.⁴²²

Gleichzeitig wird die Einführung neuer sowie die Ausweitung bestehender regionaler Instrumente intensiv diskutiert und teilweise bereits auf den Weg gebracht. Beispielsweise wird im Bundesstaat **Oregon** eine lebhafte Debatte über die mögliche Einführung eines Emissionshandels geführt.⁴²³ Im Januar stellte das Joint Committee on Carbon Reduction den Gesetzesentwurf für die Einführung eines Cap and Trade Emissionshandelssystems Oregon EHS vor. Dieses würde starten und Prozent der Emissionen in Oregon bepreisen. Der Regulierungsentwurf ähnelt stark den Emissionshandelssystemen von Kalifornien und Quebec, wodurch eine knifflige Verlinkung möglich würde.⁴²⁴

Virginia wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit der RGGI beitreten.⁴²⁵ So hat der Gouverneur von Virginia angeordnet, dass das Department of Environmental Quality Regulierungsmaßnahmen erarbeiten soll, auf deren Basis die CO₂-Emissionen im Stromsektor reduziert werden können. Die Regulierung soll Klauseln für die Nutzung von marktbasierenden Mechanismen und den Handel von Emissionsberechtigungen mit verschiedenen Bundesstaaten beinhalten. Im März stellte das Department einen Entwurf für die Umsetzung eines EHS im Stromsektor vor, der mit der RGGI verlinkt werden würde.⁴²⁶ Die International Carbon Action Partnership (ICAP) geht davon aus, dass Virginia der Initiative beitreten wird.⁴²⁷

New Jersey hat im Juni ein entsprechendes Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, der RGGI erneut beizutreten, nachdem der Bundesstaat ausgetreten war.⁴²⁸ Auch in **Pennsylvania** werden aktuell Stand Mai Entwürfe für ein potenzielles Emissionshandelssystem erarbeitet, welches mit der RGGI verlinkt werden könnte.⁴²⁹

Bereitungen für die Einführung eines Emissionshandels bestehen auch in **New Mexico**, wo eine Climate Change Task Force gegründet wurde. Diese soll Strategien und Politikinstrumente für die Treibhausgasreduktion des Bundesstaates evaluieren, wozu auch die Schaffung eines Emissionshandelssystems gehört.⁴³⁰

Verschiedene Bundesstaaten diskutieren zudem über die mögliche Einführung eigener CO₂-Steuern. Entsprechende Vorschläge existieren in **Montana** und auf **Hawaii**.⁴³¹ In **Boulder** wird darüber diskutiert, die bestehende CO₂-Steuer auszuweiten und nicht nur den Sektor Strom zu besteuern.⁴³²

Daneben bestehen weitere Initiativen für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Bundesstaaten. So hat beispielsweise die **Transport and Climate Initiative (TCI)** im Dezember ein Statement verabschiedet, welches Pläne für das Design eines CO₂-Bepreisungssystems

Don Beyer	Van Hollen	Beyer Introduce Cap and Dividend Legislation
Carbon Pulse	Majority of Oregon legislators backing carbon legislation	state representative says
Weltbank	Carbon Pricing Dashboard	
Washington Examiner	Virginia moving forward with cap and trade plan soon after Democratic win	
Weltbank	Carbon Pricing Dashboard	
International Carbon Action Partnership	Regional Greenhouse Gas Initiative	RGGI
Regional Greenhouse Gas Initiative	RGGI states welcome New Jersey as its CO ₂ regulation is finalized	
Carbon Pulse	Pennsylvania legislators developing power sector cap and trade bill	
International Carbon Action Partnership	New Mexico	
Carbon Pulse	Montana legislators float two carbon tax bills	Carbon Pulse
makers float two carbon tax proposals		Hawaii law
Arostegui et al	Recommendations For Implementing a Carbon Tax in Boulder	Colorado

im Verkehrssektor vorsieht. Der Initiative gehen neun US Bundesstaaten sowie die Stadt Washington DC an.⁴³³ Das Design der Initiative soll im Laufe entwickelt werden.⁴³⁴

Im Bundesstaat **Washington** durften die Einwohner am November über die Einführung einer CO₂-Steuer auf fossile Brennstoffe und Strom abstimmen.⁴³⁵ Geplant war, dass die CO₂-Steuer bei 10 Dollar pro Tonne starten und dann jährlich um zwei Dollar steigen würde, sich also in sieben Jahren fast verdoppeln sollte. Die Wähler stimmten letztlich mit 60 Prozent gegen die Einführung der CO₂-Steuer.⁴³⁶ Zum Redaktionsschluss war noch nicht absehbar, ob das Abstimmungsergebnis tatsächlich bedeutet, dass kein weiteres CO₂-Preisinstrument eingeführt wird. Jedenfalls wurden im März in dem Bundesstaat weitere Vorschläge für die Schaffung einer CO₂-Steuer sowie für die Umsetzung eines Cap and Trade EHS gemacht, der u.a. mit dem Kalifornien- und dem Quebec EHS verlinkt werden würde.⁴³⁷

Die teilnehmenden Bundesstaaten sind Connecticut, Delaware, Maryland, Massachusetts, New Jersey, Pennsylvania, Rhode Island, Vermont und Virginia.

Transportation and Climate Initiative: [Transportation and Climate Initiative Statement](#)

Tagesspiegel: [Background](#), [Stimmen Amerikaner für höhere Benzinpreise](#)

Secretary of State: [Initiative Measure No. 1000](#), [Initiative Measure No. 1001](#), [concerns pollution](#)

Carbon Pulse: [Washington state CO₂ price back in play as lawmaker proposes tax](#), [Carbon Pulse](#)

[Washington state ETS bill introduced as rival CO₂ tax proposal clears senate committee](#)

7 Referenzen

- Minutos El Constitucional tumba el impuesto catalán sobre el riesgo medioambiental de elementos radiotóxicos online <https://www.minutos.es/noticia/constitucional-tumba-impuesto-catalan-riesgo-medioambiental-elementos-radiotoxicos> abgerufen am
- Agora Energiewende Vom Wasserbett zur Badewanne Die Auswirkungen der EU Emissionshandelsreform auf CO₂-Preis, Kohleausstieg und den Ausbau der Erneuerbaren online www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/Reform_des_Europaeischen_Emissionshandels/Agora_Energiewende_Vom_Wasserbett_zur_Badewanne_WEB.pdf abgerufen am
- Agora Energiewende, Agora Verkehrswende Die Kosten von unterlassenen Klimaschutz für den Bundeshaushalt Die Klimaschutzverpflichtungen Deutschlands bei Verkehr, Gebäuden und Landwirtschaft nach der EU Effort Sharing Entscheidung und der EU Climate Action Verordnung online www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/Non-ETS/Nicht-ETS-Papier_WEB.pdf abgerufen am
- Åkerfeldt, Hammar CO Taxation in Sweden Experiences of the Past and Future Challenges online www.un.org/esa/ffd/wp-content/uploads/STM-Article-CO-tax-AkerfeldtHammar.pdf abgerufen am
- Andolu Agency Turkey considers the introduction of carbon pricing online www.aa.com.tr/en/energy/finance/turkey-considers-introduction-of-carbon-pricing abgerufen am
- Argentinisches Finanzministerium Argentina's Comprehensive Tax Reform Its new Carbon and Liquid Fuel Taxes online www.thepmr.org/system/files/documents/Argentina_Tax_reform_Carbon_tax.pdf abgerufen am
- Arostegui et al Recommendations For Implementing a Carbon Tax in Boulder Colorado online dukespace.lib.duke.edu/dspace/bitstream/handle/10131/10000/MP_Report_Draft_Revised.pdf sequence isAllowed y abgerufen am
- Association for the District Heating of the Czech Republic Situace v teplárně je velmi vlnavá vyjaduje okamžitě online www.tscr.cz/data/zpravodaj/zprava.php?idc abgerufen am
- Aurora Energy Research The carbon price thaw Post freeze future of the GB carbon price online www.auroraer.com/wp-content/uploads/GM-CPS-final-publication-Nonsubscribers.pdf abgerufen am
- Australische Regierung Repeal of the Carbon Tax How the Carbon Tax works online https://www.environment.gov.au/system/files/pages/2015/06/16/dabecbd_bafcb_files/factsheet-how-carbon-tax-works.pdf abgerufen am
- Australische Regierung Emissions Reductions Fund online www.business.gov.au/assistance/emissions-reduction-fund abgerufen am
- Australische Regierung Clean Energy Regulator Auction June online www.cleanenergyregulator.gov.au/ERF/Auctions/results/june abgerufen am
- Belgian National Debate on Carbon Pricing Juni Executive Summary online www.climate.be/files/Carbon_pricing_Executive_summary.pdf abgerufen am

Bloomberg Hottest Summer Bumps Up Climate Fight in Swedish Election online
www.bloomberg.com/news/articles/hottest-summer-bumps-up-climate-fight-in-swedish-election-race abgerufen am

Bundesministerium für Umwelt Naturschutz Bau und Reaktorsicherheit Klimaschutz in Zahlen Fakten Trends und Impulse deutscher Klimapolitik Ausgabe online
www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/klimaschutz_in_zahlen_bf.pdf abgerufen am

Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit Emissionshandel Was ist das online
www.bmu.de/themen/klima/energie/emissionshandel/emissionshandel_was_ist_das abgerufen am

Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit Klimaschutzbericht online
www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzbericht_bf.pdf abgerufen am

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Europäischer Emissionshandel wichtig für die Energiewende online
www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/emissionshandel.html abgerufen am

Bunuel González Implementing a carbon tax in Spain how to overcome the fear of inflation Vortrag im Rahmen der Jährlichen Konferenz der Green Growth Knowledge Platform GGKP am 1. und 2. Januar in Venedig Italien online
www.greengrowthknowledge.org/sites/default/files/Bunuel_Implementing_a_Carbon_Tax_in_Spain.pdf abgerufen am

Carbon Brief Budget Key climate and energy announcements online
www.carbonbrief.org/budget-key-climate-energy-announcements-utm_source=NEW_Weekly_Briefing&utm_campaign=bd_f_a_Carbon_Brief_Weekly&utm_medium=email&utm_term=beadefbd_f_a_ct_t_Carbon_Brief_Weekly_goal=beadefbd_f_a abgerufen am

Carbon Brief Q A How will China's new carbon trading scheme work online
www.carbonbrief.org/qa-how-will-chinas-new-carbon-trading-scheme-work abgerufen am

Carbon Brief The Carbon Brief Profile Turkey online
www.carbonbrief.org/carbon-brief-profile-turkey abgerufen am

Carbon Brief Analysis Why the UK's CO₂ emissions have fallen since 2013 online
<https://www.carbonbrief.org/analysis-why-the-uks-co2-emissions-have-fallen-since-2013> abgerufen am

Carbon Market Institute IETA Australia A direct action case study online
www.ieta.org/resources/Case_Studies/Worlds_Carbon_Markets_Australia_Case_Study.pdf abgerufen am

Carbon Market Watch The EU Emissions Trading System The Linear Reduction Factor and The Auctioning Share Presentation am 1. März 2012 online
<https://carbonmarketwatch.org/wp-content/uploads/informalENVIshadows.pdf> abgerufen am

Carbon Pricing Leadership Coalition Helping Mexico design an effective climate policy online
www.carbonpricingleadership.org/news/helping-mexico-design-an-effective-climate-policy abgerufen am

Carbon Pricing Leadership Coalition Carbon Pricing Leadership Coalition Report online https://apo.org.au/sites/default/files/resource_files/apo_nid_____pdf abgerufen am

Carbon Pricing Leadership Coalition The Swedish experience of carbon taxation Get a fossil free beer or carton of milk online www.carbonpricingleadership.org/blogs/the-swedish-experience-of-carbon-taxation-get-a-fossil-free-beer-or-carton-of-milk abgerufen am

Carbon Pulse Austria adds to EU nations favouring an EU ETS floor online carbonpulse.com abgerufen am

Carbon Pulse Australia s ERF needs more than just cash to pick up pace online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign c f CPdaily utm medium email utm term a d f c f abgerufen am

Carbon Pulse Canadian government to impose backstop carbon pricing on five provinces online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign c f CPdaily utm medium email utm term a d f c f abgerufen am

Carbon Pulse Majority of Oregon legislators backing carbon legislation state representative says online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign c f CPdaily utm medium email utm term a d f c f abgerufen am

Carbon Pulse South Africa further delays carbon tax to examine higher penalty rate online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign ce e c CPdaily utm medium email utm term a d f ce e c abgerufen am

Carbon Pulse UK outlines carbon tax replacement for EU ETS under no deal Brexit online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign f ab cd CPdaily utm medium email utm term a d f f ab cd abgerufen am

Carbon Pulse China holds firm on bringing major industry sectors into its ETS online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign bf c e c CPdaily utm medium email utm term a d f bf c e c abgerufen am

Carbon Pulse Montana legislators float two carbon tax bills online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign f ae a CPdaily utm medium email utm term a d f f ae a abgerufen am

Carbon Pulse Hawaii lawmakers float two carbon tax proposals online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign d af CPdaily utm medium email utm term a d f d af abgerufen am

Carbon Pulse South Korea to hold first regular CO auction online carbonpulse.com utm source CP Daily utm campaign baa ced a CPdaily utm medium email utm term a d f baa ced a abgerufen am

- Carbon Pulse South Africa s parliament approves long awaited carbon tax bill
online [carbon pulse com](http://carbonpulse.com) utm source CP Daily utm campaign a f
CPdaily utm medium email utm term a d f a f
abgerufen am
- Carbon Pulse Washington state CO price back in play as lawmaker proposes
tax online [carbon pulse com](http://carbonpulse.com) utm source CP Daily utm campaign f a e
CPdaily utm medium email utm term a d f f a e
abgerufen am
- Carbon Pulse Washington state ETS bill introduced as rival CO tax proposal
clears senate committee online [carbon pulse com](http://carbonpulse.com) utm source CP Daily utm cam
paign b aeba CPdaily utm medium email utm term a d f
b aeba abgerufen am
- Carbon Pulse Swiss lawmakers give final approval for EU ETS link setting up
connection online [http carbon pulse com](http://carbonpulse.com) utm source CP Daily utm cam
paign a da de CPdaily utm medium email utm term a d f
a da de abgerufen am
- Carbon Pulse Mexico to re release pilot ETS rules next month as it prepares for
market launch online [http carbon](http://carbonpulse.com)
pulse com utm source CP Daily utm campaign bd fad a
CPdaily utm medium email utm term a d f bd fad a ab
gerufen am
- Carbon Pulse Alberta eliminates C carbon levy but timeline for federal re
placement uncertain online [http carbon](http://carbonpulse.com)
pulse com utm source CP Daily utm campaign dc
CPdaily utm medium email utm term a d f dc ab
gerufen am
- Carbon Pulse Pennsylvania legislators developing power sector cap and trade
bill online [http carbon pulse com](http://carbonpulse.com) utm source CP Daily utm cam
paign f e CPdaily utm medium email utm term a d f
f e abgerufen am
- Carbon Pulse Canada s Northwest Territories to delay carbon tax by two months
online [http carbon pulse com](http://carbonpulse.com) abgerufen am
- Carbon Pulse Canadian federal govt won t impose backstop CO tax on Alberta
until online [http carbon pulse com](http://carbonpulse.com) abgerufen am
- Center for Climate and Energy Solutions California Cap and Trade online
[www c es org content california cap and trade](http://www.ces.org/content/california-cap-and-trade) abgerufen am
- Ceres The Regional Greenhouse Gas Initiative A Fact Sheet online [https www ce](https://www.ceres.org/sites/default/files/Fact_Sheets_or_misc_files/RGGI_Fact_Sheet.pdf)
res org sites default files Fact Sheets or misc files RGGI Fact Sheet pdf
abgerufen am
- City of Boulder Colorado Climate Action Tax online [bouldercolorado gov climate cli](http://bouldercolorado.gov/climate-climate-action-plan-cap-tax)
mate action plan cap tax abgerufen am
- Climate Group Catalonia passes climate change law to reduce emissions by
by online [www theclimategroup org news catalonia passes climate change law re](http://www.theclimategroup.org/news/catalonia-passes-climate-change-law-reduce-emissions)
duce emissions abgerufen am
- Convery Dunne Joyce Ireland s Carbon Tax in the context of the Fiscal Crisis online
[www ucy ac cy erc documents Convey et al](http://www.ucy.ac.cy/erc/documents/Convey_et_al.pdf) pdf abgerufen am

Deutsche und Französische Regierung Declaration of Intent DoI between the French Republic and the Kingdom of Denmark on Cooperation in the Field of Energy and Climate online www.diplomatie.gouv.fr/IMG/pdf/declaration_of_intent_final_en_cle-edad.pdf abgerufen am

DiGr ng Wahlprogramm Zukunft Zesammenhalt Gutt Liewen online moien.lu/wp-content/uploads/2018/07/dei-greng-Wahlprogramm.pdf abgerufen am

Department of Environment of Saitama Prefectural Government Emissions Trading System in Saitama online http://www.kankyo.metro.tokyo.jp/en/climate_cap_and_trade/cap_tokyo_files/icapsymposium_session_saitame_pre.pdf abgerufen am

Deutsche Emissionshandelsstelle Emissionshandelsscheine und Weiterentwicklung der Marktstabilitätsreserve online www.dehst.de/DE/Emissionshandel/verstehen/Weiterentwicklung/ueberschuesse/MSR/ueberschuesse_msr_node.html.doc abgerufen am

Deutsche Emissionshandelsstelle DEHSt Treibhausgasemissionen Emissionshandelspflichtige stationäre Anlagen und Luftverkehr in Deutschland VET Bericht online https://www.dehst.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/VET_Bericht/VET_Bericht_publicationFile_v.pdf?__blob=publicationFile_v abgerufen am

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit Achieving the Mexican Mitigation Targets Options for an Effective Carbon Pricing Policy Mix online climate.blue.download/GIZ/Options_for_a_Carbon_Pricing_Policy_Mix_Mexico.pdf abgerufen am

Deutsch-französisches Büro für die Energiewende CO-Bepreisung in Frankreich online energie.fr/de/eu/de/effizienz/flexibilitaet/nachrichten/leser-memo-zur-co-bepreisung-in-frankreich.html abgerufen am

Deutschlandfunk CO-Steuer in Südafrika Gesetz für die Zukunft online <https://www.deutschlandfunk.de/co-steuer-in-suedafrika-gesetz-fuer-die-zukunft-de.html.dram.article.id> abgerufen am

Deutschlandfunk Energiewende in den Niederlanden Der schwierige Einstieg in den Ausstieg online <https://www.deutschlandfunkkultur.de/energiewende-in-den-niederlanden-der-schwierige-einstieg-in-de.html.dram.article.id> abgerufen am

Die Tageszeitung China führt Emissionshandel ein Der Preis für den Klimaschmutz online www.taz.de/China-fuehrt-Emissionshandel-ein-Der-Preis-fuer-den-Klimaschmutz abgerufen am

Don Beyer Van Hollen Beyer Introduce Cap and Dividend Legislation online <https://beyer.house.gov/news/documentsingle.aspx?DocumentID=1144> abgerufen am

Ecofys Roadmap for the consideration of establishment and operation of a Greenhouse Gas Emissions Trading System in Turkey online www.aacommunity.com/en/energy/finance/turkey/considers-introduction-of-carbon-pricing abgerufen am

Ends Report UK consults on four carbon pricing routes post Brexit online <https://www.endsreport.com/article/uk-consults-four-carbon-pricing-routes-post-brexit> abgerufen am

Energate Frankreich dringt auf einen CO₂ Mindestpreis online www.energate-messenger.de/news/frankreich-draengt-auf-co2-mindestpreis abgerufen am

Energate Deutsch-Französische Arbeitsgruppe soll CO₂ Mindestpreis prüfen online www.energate-messenger.de/news/deutsch-franzoesische-arbeitsgruppe-soll-co2-mindestpreis-pruefen abgerufen am

Energate Niederlande ziehen Untergrenze für CO₂ Preis ein online <https://www.energate-messenger.de/news/niederlande-ziehen-untergrenze-fuer-co2-preis-ein> abgerufen am

energiezukunft Finnland will bis klimaneutral werden online <https://www.energiezukunft.eu/klimawandel/finnland-will-bis-klimaneutral-werden> abgerufen am

Energy Live News Views sought on future of UK carbon pricing post Brexit online <https://www.energylivenews.com/views-sought-on-future-of-uk-carbon-pricing-post-brexit> abgerufen am

Environmental Defense Action Fund Climate Change Research Institute of Korea IETA Republic of Korea An Emissions Trading Case Study online www.ieta.org/resources/Case-Studies/Korean-Case-Study.pdf abgerufen am

Environmental Defense Action Fund IETA California An Emissions Trading Case Study online www.ieta.org/resources/Resources/Case-Studies/Worlds-Carbon-Markets/California-Case-Study-Jan.pdf abgerufen am

Ernst & Young South Africa announces date for implementation of Carbon Tax online www.ey.com/gl/en/services/tax/international_tax_alert/south_africa_announces_date_for_implementation_of_carbon_tax abgerufen am

Euractiv China startet größten CO₂ Markt der Welt online www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/china-startet-groessten-co2-markt-der-welt abgerufen am

Euractiv Seven EU countries call for stronger climate action in Europe online www.euractiv.com/section/climate-environment/news/seven-eu-countries-call-for-stronger-climate-action-in-europe abgerufen am

Euractiv Nach Gelbwesten CO₂ Steuer steht in Frankreich weiter zur Diskussion online www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/nach-gelbwesten-co2-steuer-steht-in-frankreich-wieder-zur-diskussion abgerufen am

Euronews UK working on post Brexit carbon trading scheme minister online www.euronews.com/uk-working-on-post-brexit-carbon-trading-scheme-minister abgerufen am

Europäische Kommission EU Emissions Trading System EU ETS online ec.europa.eu/clima/policies/ets_en abgerufen am

Europe Carburants en fait la hausse des taxes ne va que très peu financer la transition écologique online www.lejdd.fr/Politique/carburants-en-fait-la-hausse-des-prix-ne-va-que-tres-peu-financer-la-transition-ecologique abgerufen am

Expertenkommission zum Monitoring Prozess Energie der Zukunft Stellungnahme zum sechsten Monitoring Bericht online www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S/T/stellungnahme-der-expertenkommission-zum-sechsten-monitoring-bericht-zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile_v abgerufen am

Financial Post Kenney government s Bill will roll back Alberta carbon tax on everyone but large emitters online <https://business.financialpost.com/commodities/kenney-will-roll-back-alberta-carbon-tax-on-everyone-but-large-emitters-with-his-governments-bill> abgerufen am

Finnische Regierung Eight parties in Parliament decide on common climate policy goals online valtioneuvosto.fi/en/artikkeli/asset/publisher/kahdeksan-eduskunta-puoluetta-paatti-yhteisista-ilmastopolitiikan-tavoitteista abgerufen am

Flachsland et al Five myths about an EU ETS carbon price floor online www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/C/MCC_Publications/EU_ETS_Carbon_Price_Floor_Myths_and_enlightenment_Policy_Brief.pdf abgerufen am

Frankfurter Rundschau Die Weltmacht im eigenen Land online www.fr.de/kultur/weltmacht-eigenen-land.html abgerufen am

Französisches Ministerium für ökologischen und solidarischen Wandel Fiscalité carbone online www.ecologique.solidaire.gouv.fr/fiscalite-carbone abgerufen am

Französisches Ministerium für ökologischen und solidarischen Wandel Fiscalité des énergies online <https://www.ecologique.solidaire.gouv.fr/fiscalite-des-energies> abgerufen am

Gemeinsame Erklärung Dänemarks Finnlands Islands Norwegens und Schwedens Declaration on Nordic Carbon Neutrality online valtioneuvosto.fi/documents/Declaration_on_Nordic_climate_neutrality.pdf abgerufen am

Gemeinsame Erklärung von neun EU Energie- und Umweltministern Statement to strengthen and extend carbon pricing in Europe online www.ecologique.solidaire.gouv.fr/sites/default/files/Statement_Carbon_Pricing.pdf abgerufen am

Germanwatch CO Preise Frankreich zeigt wie man es nicht machen sollte online germanwatch.org/de abgerufen am

Global News Alberta provincial carbon tax dead as federal tax looms online <https://globalnews.ca/news/alberta-carbon-tax-ucp-bill-kenney/> abgerufen am

Grenzecho Wann kommt die CO Steuer online www.grenzecho.net/region-in-land-wann-kommt-die-co-steuer abgerufen am

Handelsblatt Kalifornien wird zum US Klimapionier online www.handelsblatt.com/politik/international/einstieg-in-emissionshandel-kalifornien-wird-zum-us-klimapionier.html?ticket=ST-RAyfkliiNUbKqib-fKSX-ap abgerufen am

Handelsblatt Niederlande planen Klima Steuer für Unternehmen online www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft/handel-und-finanzen/niederlande-planen-klima-steuer-fuer-unternehmen.html?ticket=ST-BdGCtwRzqgcnvUeXCak-ap abgerufen am

House of Commons Carbon Price Floor CPF and the price support mechanism online researchbriefings.parliament.uk/ResearchBriefing/Summary/SN abgerufen am

- Houses of the Oireachtais Report of the Joint Committee on Climate Action Climate Change a Cross Party Consensus for Action online https://data.oireachtas.ie/ie/oireachtas/committee/dail/joint_committee_on_climate_action/reports/report_climate_change_a_cross_party_consensus_for_action_en.pdf abgerufen am
- IDA Ireland Besteuerung in Irland online www.idaireland.de/IDAIreland/media/docs/TaxationinIreland_DEULRpdf.pdf abgerufen am
- IETA EDF Tokyo The World's Carbon Markets A Case Study Guide to Emissions Trading online https://www.edf.org/sites/default/files/Tokyo_ETS_Case_Study_March.pdf abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Netherlands proposes EUR carbon price floor online icapcarbonaction.com/fr/news/archive/netherlands_proposes_eur_carbon_price_floor abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Ontario announces cap and trade program online icapcarbonaction.com/en/news/archive/ontario_announces_cap_and_trade_program abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Brazil online icapcarbonaction.com/en/ets_map_etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership California online icapcarbonaction.com/en/ets_map_etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership China online icapcarbonaction.com/en/ets_map_etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership China releases draft Interim Regulations on the Management of Carbon Emissions Trading https://icapcarbonaction.com/en/news/archive/china_releases_draft_interim_regulations_on_the_management_of_carbon_emissions_trading abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Emissions Trading Worldwide Executive Summary International Carbon Action Partnership ICAP Status Report online icapcarbonaction.com/en/option.com/attach/task/download/id abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Ontario introduces formal legislation to repeal cap and trade outlines program wind down online icapcarbonaction.com/en/news/archive/ontario_introduces_formal_legislation_to_repeal_cap_and_trade_outlines_program_wind_down abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Qu bec online icapcarbonaction.com/en/ets_map_etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Regional Greenhouse Gas Initiative RGGI online icapcarbonaction.com/en/ets_map_etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Saitama online icapcarbonaction.com/en/ets_map_etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership South Korea online icapcarbonaction.com/en/ets_map_etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Switzerland online icapcarbonaction.com/en/ets_map_etsid abgerufen am

- International Carbon Action Partnership Tokyo online icapcarbonaction.com/en/ets-map-etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership Turkey online icapcarbonaction.com/en/ets-map-etsid abgerufen am
- International Carbon Action Partnership New Mexico online <https://icapcarbonaction.com/en/ets-map-etsid> abgerufen am
- Irish Examiner Varadkar signals increased carbon tax to meet climate change goals online www.irishexaminer.com/breakingnews/ireland/varadkar-signals-increased-carbon-tax-to-meet-climate-change-goals html abgerufen am
- Irish Times Debate on carbon tax increase divides Climate Action Committee online www.irishtimes.com/news/politics/oireachtas/debate-on-carbon-tax-increase-divides-climate-action-committee abgerufen am
- Irish Times Carbon tax increases should be reinvested as grants says Martin online www.irishtimes.com/news/ireland/irish-news/carbon-tax-increases-should-be-reinvested-as-grants-says-martin abgerufen am
- Irish Times All party climate action committee reaches agreement on carbon tax rises online <https://www.irishtimes.com/news/environment/all-party-climate-action-committee-reaches-agreement-on-carbon-tax-rises> abgerufen am
- Irish Times Climate change plan Carbon taxes seen as best way to reduce pollution online <https://www.irishtimes.com/news/environment/climate-change-plan-carbon-taxes-seen-as-best-way-to-reduce-pollution> abgerufen am
- Japanisches Umweltministerium Greening of Whole Tax System and Carbon Tax in Japan online www.env.go.jp/en/policy/tax_greening.pdf abgerufen am
- JDSupra Carbon Markets Roundup online www.jdsupra.com/legalnews/carbon-markets-roundup-recent abgerufen am
- Kanadische Regierung Estimated results of the federal carbon pollution pricing system online www.canada.ca/content/dam/eccc/documents/pdf/reports/estimated-impacts-federal-system-federal-carbon-pollution-pricing-system-en.pdf abgerufen am
- Kanadische Regierung Greenhouse gas sources and sinks executive summary online <https://www.canada.ca/en/environment/climate-change/services/climate-change-greenhouse-gas-emissions-sources-sinks-executive-summary.html> abgerufen am
- Kawakatsu Lee Rudolph The Japanese Carbon Tax and the Challenges to Low Carbon Policy Cooperation in East Asia online www.econ.kyoto-u.ac.jp/dp/papers/e.pdf abgerufen am
- Klenert et al Making carbon pricing work for citizens online <https://www.nature.com/articles/s> abgerufen am
- Klu mann BEE Briefing zur CO₂-Bepreisung in Schweden und der Schweiz online [https://www.bee-ev.de/fileadmin/Publikationen/Positionspapiere/Stellungnahmen/BEE_Briefing_CO₂-Bepreisung_Schweden_Schweiz.pdf](https://www.bee-ev.de/fileadmin/Publikationen/Positionspapiere/Stellungnahmen/BEE_Briefing_CO2_Bepreisung_Schweden_Schweiz.pdf) abgerufen am
- Koalitionsvertrag Kabinett Rutte III Vertrouwen in de toekomst online www.parlement.com/d/pdfs/Regeerakkoord.pdf abgerufen am

Kreiser et al Market based instruments National experiences in environmental sustain
ability Edward Elgar Publishing

Kurier Klimaschutz Regierung lehnt dringlichen Parlamentsantrag ab online
[kurier.at/politik/inland/klimaschutz/regierung/lehnt-dringlichen-parlamentsantrag-ab](#)
ab _____ abgerufen am

Le Point Tribune de d put s pour une fiscalit carbone juste Ce n est pas le
retour de la taxe carbone Orphelin online [www.lepoint.fr/politique/tribune-de-depu-tes-pour-une-fiscalite-carbone-juste-ce-n-est-pas-le-retour-de-la-taxe-carbone-orphelin](#)
_____ .php abgerufen am

L essentiel Die neue Regierung ist offiziell im Amt online [www.lessen-tiel.lu/luxemburg-story-heute-wechselt-die-regierung-in-luxemburg](#) _____ abgerufen
am

L schel Schriftliche Stellungnahme zur ffentlichen Anh rung zu dem Gesetzesentwurf
der Bundesregierung Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Energie und des
Stromsteuergesetzes BT Drucksache online [www.bundestag.de/re-source/blob/cbfeebafabcbb/data.pdf](#) abgerufen am

London School of Economics Climate Change Legislation in Finland online
[www.lse.ac.uk/GranthamInstitute/wp-content/uploads/Finland.pdf](#) abgerufen am

Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change Decarbonization
and EU ETS Reform Introducing a price floor to drive low carbon investments online
[www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/C/MCC_Publications/Decarbonization_EU_ETS_Reform_Policy_Paper.pdf](#) abgerufen am

Montelnews EDF hopes for European CO price floor within months online
[www.montelnews.com/en/story/edf-hopes-for-european-co-price-floor-within-months](#)
ths _____ abgerufen am

Montelnews Dutch government insists on CO price floor from online
[www.montelnews.com/en/story/dutch-government-insists-on-co-price-floor-from-utm-source-CP-Daily-utm-campaign-e-ca-CPdaily-COPY-utm-medium-email-utm-term-ad-fe-ca](#)
_____ abgerufen am

Montelnews Dutch to vote on carbon price floor before summer online
[www.montelnews.com/en/story/dutch-to-vote-on-carbon-price-floor-before-summer](#)
abgerufen am

Nadel Learning from Carbon Taxes online [aceee.org/files/proceedings/data/papers.pdf](#) abgerufen am

Nasdaq China issues long awaited st draft of rules for carbon emissions trading
online [https://www.nasdaq.com/article/china-issues-long-awaited-st-draft-of-rules-for-carbon-emissions-trading](#) _____ abgerufen am

Newbery et al When is a carbon price floor desirable online [www.repository.cam.ac.uk/handle](#) _____ abgerufen am

New York Times Yellow Vest Protests Shake France Here s the Lesson for Cli
mate Change online [www.nytimes.com/world/europe/france-fuel-carbon-tax.html](#) abgerufen am

- Niederländische Regierung Ontwerp van het Klimaatakkoord online www.rijksoverheid.nl/documenten-rapporten/2017/09/29/ontwerp-klimaatakkoord abgerufen am 29.09.17
- Niederländische Regierung Climate deal makes halving carbon emissions feasible and affordable online <https://www.government.nl/latest-news/2017/09/29/climate-deal-makes-halving-carbon-emissions-feasible-and-affordable> abgerufen am 29.09.17
- Niederländische Regierung Klimaatakkoord hoofdstuk Industrie online <https://www.klimaatakkoord.nl/industrie/documenten-publicaties/klimaatakkoord-hoofdstuk-industrie> abgerufen am 29.09.17
- Norwegisches Öl und Energieministerium Taxes and Emissions Trading online energifaktanorge.no/en/et-baerekraftig-og-sikkert-energisystem/avgifter-og-kvoteplikt abgerufen am 29.09.17
- Norwegische Regierung Submission to the Talanoa dialogue online unfccc.int/sites/default/files/resource/TalanoaSubmissionNorway_apr-END_rev.pdf abgerufen am 29.09.17
- oekonews.at Klinkinger für CO₂-Mindestpreis auf europäischer Ebene online www.oekonews.at/mdoc?id=17866 abgerufen am 29.09.17
- Ontario Premier Ford Announces the End of the Cap and Trade Carbon Tax Era in Ontario online news.ontario.ca/opo/en/premier-doug-ford-announces-the-end-of-the-cap-and-trade-carbon-tax-era-in-ontario.html abgerufen am 29.09.17
- OTS NEOS Einigung zu CO₂-Reduktion ist nicht ambitioniert genug online www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170929_OTS_027_neos_einigung_zu_co2_reduktion_ist_nicht_ambitioniert_genug abgerufen am 29.09.17
- Parlament Klimaschutz Liste Pilz dringt auf Einführung einer CO₂-Steuer online www.parlament.gv.at/PAKT-AKT/SCHLTHEM/SCHLAG/J/20170929/Klimaschutz_shtml abgerufen am 29.09.17
- Partnership for Market Readiness PMR Turkey online <http://pmrturkiye.org/en/pmr-turkey> abgerufen am 29.09.17
- Pereira Pereira The Environmental and Economic Effects of a New Carbon Tax in Portugal online economics.wm.edu/wp/cwm/wp/2017/09/18/pereira-pereira.pdf abgerufen am 29.09.17
- Pereira Pereira and Rodrigues A New Carbon Tax in Portugal A Missed Opportunity to Achieve the Triple Dividend online economics.wm.edu/wp/cwm/wp/2017/09/18/pereira-pereira-and-rodrigues-rev.pdf abgerufen am 29.09.17
- Policy Exchange The Future of Carbon Pricing Implementing an independent carbon tax with dividends in the UK online policyexchange.org.uk/wp-content/uploads/2017/09/The-Future-of-Carbon-Pricing.pdf abgerufen am 29.09.17
- Public Policy The Carbon Tax Years On online www.publicpolicyarchive.ie/the-carbon-tax-years-on abgerufen am 29.09.17
- Profacts Enquête publique sur la tarification du carbone Rapport rédigé par Profacts pour le Service public fédéral SPF Santé publique Sécurité de la chaîne alimentaire et Environnement online <https://www.climat.be/files/2017/09/29/Enquete-tarification-carbone-resultats-principaux.pdf> abgerufen am 29.09.17
- Regierung Luxemburg Die Regierung online gouvernement.lu/de/gouvernement.html abgerufen am 29.09.17

- Regierung Luxemburg Entwurf des Integrierten Nationalen Energie und Klimaplan für Luxemburg online mea.gouvernement.lu/dam/assets/actualites_NECP_draft_LUX.pdf abgerufen am
- Regional Greenhouse Gas Initiative Elements of RGGI online www.rggi.org/program/overview_and_design_elements abgerufen am
- Regional Greenhouse Gas Initiative The Regional Greenhouse Gas Initiative online www.rggi.org abgerufen am
- Regional Greenhouse Gas Initiative RGGI states welcome New Jersey as Its CO regulation is finalized online https://www.rggi.org/sites/default/files/Uploads/Press_Releases/NJ_Announcement_Release.pdf abgerufen am
- Reseau Action Climat Pas de Transition écologique sans justice sociale online <https://reseauactionclimat.org/wp-content/uploads/presentation.pdf> abgerufen am
- Reuters France calls on EU nations to adopt carbon price floor online www.reuters.com/article/us/eu-carbon/france-calls-on-eu-nations-to-adopt-carbon-price-floor-idUSKBNGHQA abgerufen am
- Reuters Energy firms, green groups call for strong UK carbon price to keep coal at bay online www.reuters.com/article/us/britain-carbon-pricing/energy-firms-green-groups-call-for-strong-uk-carbon-price-to-keep-coal-at-bay-idUSKCNMSHW abgerufen am
- Reuters South African parliament approves long delayed carbon tax bill online www.reuters.com/article/us/safrica-carbon-tax/south-african-parliament-approves-long-delayed-carbon-tax-bill-idUSKCNQU abgerufen am
- Reuters Dutch to introduce corporate CO₂ tax as climate plans fall short online www.reuters.com/article/us/climatechange/netherlands-dutch-to-introduce-corporate-co2-tax-as-climate-plans-fall-short-idUSKBNQU abgerufen am
- Reuters Spain proposes EU carbon tax on energy imports online <https://de.reuters.com/article/eu-energy/spain-idUKLNM> abgerufen am
- Sandbag The UK Carbon Price Floor online sandbag.org.uk/wp-content/uploads/Sandbag_Carbon_Floor_Price_final.pdf abgerufen am
- Scharin, Wallström The Swedish CO₂ tax: an overview online www.enveco.se/wp-content/uploads/Anthesis_Enveco_rapport_The_Swedish_CO2_tax_an_overview.pdf abgerufen am
- Schweizerische Eidgenossenschaft CO₂-Abgabe online www.bafu.admin.ch/co_abgabe abgerufen am
- Schweizerische Eidgenossenschaft Rückverteilung der CO₂-Abgabe online www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klimapolitik/co_abgabe_rueckverteilung_der_co2_abgabe.html abgerufen am
- Schweizerische Eidgenossenschaft Schweizer Emissionshandelssystem EHS für Unternehmen online www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klimapolitik/emissionshandel/schweizer-emissionshandelssystem_ehs.html abgerufen am
- Schweizerische Eidgenossenschaft Verknüpfung der Emissionshandelssysteme Schweiz EU online www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/klima/fachinformationen/klimapolitik/emissionshandel/verknuepfung_der_emissionshandelssysteme_schweiz

[eu verknuepfung der emissionshandelssysteme schweiz eu verhandlung.html](#) abgerufen am

Secretary of State Initiative Measure No Initiative Measure No con
cerns pollution online [results vote wa gov results](#) [State Measures Initiative Meas
ure No](#) Initiative Measure No [concerns pollution.html](#) abgerufen am

Skou Andersen Europe s experience with carbon energy taxation online
[https://pure.au.dk/ws/files/111111111/sapiens_andersen.pdf](#) abgerufen am

Spiegel Online S dafrika fhrt eine CO Steuer f r Firmen ein online
[https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/suedafrika-fuehrt-eine-co-steuer-fuer-firmen-ein-a-111111111.html](#) abgerufen am

Sutlovi ov Analysis Current Carbon Pricing Developments in the Czech Republic Un
verffentlichte Analyse im Auftrag von Germanwatch

Tagesschau Wahl in Luxemburg Koalition verteidigt knappe Mehrheit online
[www.tagesschau.de/ausland/luxemburg_wahl.html](#) abgerufen am

Tagesspiegel Background Stimmen Amerikaner f r h here Benzinpreise online
[https://www.tagesspiegel.de/background/stimmen-amerikaner-fuer-hoehere-benzinpreise](#) abgeru
fen am

Ten Brink Withana CO und Klimasteuern Lehren aus dem Ausland online
[dievolkswirtschaft.ch/content/uploads/2017/06/Ten-Brink-Withana-DE.pdf](#) abgerufen am

The Canadian Chamber of Commerce Federal Carbon Pricing Backstop online
[www.chamber.ca/advocacy/briefing/Briefing_federal_backstop.pdf](#) abgerufen am

The Carbon Report The proposed South African carbon tax online [www.thecarbonre
port.co.za/the-proposed-south-african-carbon-tax](#) abgerufen am

The Center for International Environment and Ressource Policy Carbon Pricing in Prac
tice online [sites.tufts.edu/cierp/files/2017/06/Carbon_Pricing_In_Practice_A_Review_of_the
Evidence.pdf](#) abgerufen am

The Globe and Mail Alberta carbon tax bill officially passed signed into law on
line [https://www.theglobeandmail.com/canada/article-alberta-carbon-tax-bill-officially-pas
sed-signed-into-law](#) abgerufen am

The Guardian Canada passed a carbon tax that will give most Canadians more
money online [www.theguardian.com/environment/climate-consensus/2017/oct/11/canada-passed-a-carbon-tax-that-will-give-most-canadians-more-money](#)
abgerufen am

TheJournal No decisions made as to how Ireland will quadruple its carbon tax by
online [https://www.thejournal.ie/carbon-tax-ireland-111111111-Jun-111111111](#) abgerufen am

The New York Times Dutch Government Presents Measures to Cut Carbon Emis
sions online [https://www.nytimes.com/aponline/2017/06/11/world/europe/ap/eu-nether
lands-climate.html](#) abgerufen am

The Straits Times Carbon taxes How other countries price them online
[www.straitstimes.com/singapore/environment/carbon-taxes-how-other-countries-price-them](#)
abgerufen am

- Tiroler Tageszeitung NEOS auf grünem Weg ökologisches Steuerkonzept mit CO Steuer online www.tt.com/ticker/neos-auf-gruenem-weg-oekologisches-steuerkonzept-mit-co-steuer abgerufen am
- Tiroler Tageszeitung Luxemburgs neues Parlament kam zu erster Sitzung zusammen online www.tt.com/ticker/luxemburgs-neues-parlament-kam-zu-erster-sitzung-zusammen abgerufen am
- Transportation and Climate Initiative Transportation and Climate Initiative Statement online https://www.georgetownclimate.org/files/Final_TCI_statement_for_matted.pdf abgerufen am
- Tschechisches Industrie und Handelsministerium Střn energetick koncepce 1esk Republiky online www.mpo.cz/assets/dokumenty/priloha.pdf abgerufen am
- Tschechisches Umweltministerium Politika ochrany klimatu v 1R online www.mzp.cz/C_F_DC_cz/politika_ochrany_klimatu_FILE_OEOK_POK.pdf abgerufen am
- Umweltbundesamt Kompatibilität des Europäischen Emissionshandels mit interagierenden energie- und klimapolitischen Instrumenten und Maßnahmen online https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikationen/positions_papier_kompatibilitaet_eu_ets.pdf abgerufen am
- Umweltbundesamt Der Europäische Emissionshandel online www.umweltbundesamt.de/daten/klima/der-europaeische-emissionshandel abgerufen am
- Umweltbundesamt Der Emissionshandel im Kontext der europäischen Klimaschutzziele online www.dehst.de/DE/Emissionshandel/verstehen/Weiterentwicklung/Europaeische_Klimaschutzziele_europaeische_klimaschutzziele_node.html abgerufen am
- Umweltbundesamt Emissionshandel Deutsche Anlagen mindern um Prozent online <https://www.umweltbundesamt.de/themen/emissionshandel/deutsche-anlagen-mindern-um> abgerufen am
- United Nations Conference on Trade and Development Country Profile Slovenia online unctad.org/sections/ditc/ccbs/docs/ditc_tedb_ccp_en.pdf abgerufen am
- Utility Week Treasury wants to be highly aligned with EU ETS after Brexit online utilityweek.co.uk/treasury-wants-uk-highly-aligned-eu-ets-brexit abgerufen am
- Vatican News USA Bischof begrüßt Pläne für neues CO Gesetz online www.vaticannews.va/de/welt/news/usa-bischof-dewane-begruessst-co-gesetz-klimawandel.html abgerufen am
- Verkehrsrundschau Macron denkt an flexible Version der CO Steuer online www.verkehrsrundschau.de/nachrichten/macron-denkt-an-flexible-version-der-co-steuer.html abgerufen am
- Voita China's National Carbon Market A Game Change in the Making Ifri 8dito 8nergie online www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/voita_china_carbon_market.pdf abgerufen am
- Wang Evaluating Regional Emissions Trading Pilot Schemes in China's Two Provinces and Five Cities online https://agi.repo.nii.ac.jp/action/repository/action_common/download/item/id/item_no/attribute/id/file/no abgerufen am

Washington Examiner Virginia moving forward with cap and trade plan soon after Democratic win online www.washingtonexaminer.com/virginia-moving-forward-with-cap-and-trade-plan-soon-after-democratic-win abgerufen am

Weishaar Introducing Carbon Taxes at Member State Level Issues and Barriers Working Papers österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung online www.wifo.ac.at/jart/prj_wifo_resources_person_dokument/person_dokument/jart/publikation/onsid_mime_type/application/pdf abgerufen am

Weltbank Tokyo's Emissions Trading System A review of its operation since online <http://documents.worldbank.org/curated/en/2012/01/129094746790000000/BRI-Tokyo-Box-B-PUBLIC/pdf> abgerufen am

Weltbank The State and Trend of Carbon Pricing online documents.worldbank.org/curated/en/2012/01/129094746790000000/AR-REPLA-EPI-Box/pdf abgerufen am

Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing online www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/Climate/State-and-Trend-Report.pdf abgerufen am

Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing online openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/wbreport/pdf abgerufen am

Weltbank Carbon Price Dashboard online carbonpricingdashboard.worldbank.org abgerufen am

Weltbank The State and Trends of Carbon Pricing online openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/sequence_isAllowed_y/pdf abgerufen am

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags Die CO₂-Abgabe in der Schweiz Frankreich und Großbritannien Mögliche Modelle einer CO₂-Abgabe für Deutschland Sachstand WD online www.bundestag.de/blob/b-ca-f-c-d-be-wd/pdf/data/pdf abgerufen am

Yoo Introduction to Korea Emissions Trading Scheme Presentation am 1. Februar in Montreal Kanada online www.icao.int/Meetings/carbonmarkets/Documents/Session_Yoo_KETS.pdf abgerufen am

Zhang Wang Du Lessons Learned from China's Regional Carbon Market Pilots online www.zhenxuanwang.org/wp-content/uploads/EEEEP-ETS.pdf abgerufen am

Zimmermann H. J. Rozensk Carbon taxation in European countries online www.researchgate.net/publication/Carbon-taxation-in-the-European-countries abgerufen am

Sie fanden diese Publikation interessant?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

ky/wy/. / BIC Swift BFSWDE 3301 BER IBAN DE

ky/wy/ y kdk Stichwort Weitblick an ky@germanwatch.org senden und Euro spenden

61:6w v3t ü Werden Sie Fördermitglied Mindestbeitrag 10 Euro Jahr oder stimmberechtigtes Mitglied ab 20 Euro Jahr Studierende ab 10 Euro Jahr bei Germanwatch Weitere Informationen und das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Website unter

www.germanwatch.org/de/mitglied-werden

Wir schicken Ihnen das Anmeldeformular auf Anfrage auch gern postalisch zu
Telefon [+49 30 26494949](tel:+493026494949) E Mail info@germanwatch.org

Germanwatch

Hinsehen Analysieren Einmischen unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz Anpassung Welternährung Unternehmensverantwortung Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima Entwicklung Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft wissenschaftsbasierte Analysen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bank für Sozialwirtschaft AG
IBAN DE
BIC Swift BFSWDE 3300

Weitere Informationen erhalten Sie unter
0228 365-1111
oder bei einem unserer beiden Büros

Mythenquerstraße 11
Dr. Werner Schuster Haus
Kaiserstraße 111 D-53111 Bonn
Telefon 0228 365-1111 Fax 0228 365-1112

Mythenquerstraße 11
Stresemannstraße 11 D-10117 Berlin
Telefon 030 2534-1111 Fax 030 2534-1112

E-Mail info@germanwatch.org

Internet www.germanwatch.org



Rheinische Akademie für Entwicklungspolitik
Friedrichstraße 111 D-53111 Bonn

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen